



Politische Berichte

Nummer 4 / 14. Jahrgang

11. Februar 1993

G 7756 D Preis 2,00 DM

Durch die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs sollen die Länder vollends an den Tropf des Bundes

Die Länder sollen nach Waigels Pfeife tanzen

Unter dem Trommelfeuer der Sparpropaganda und dem Druck der heraufziehenden Rezession mit ihrem steilen Anstieg der Arbeitslosenzahlen hat die Regierung eines ihrer vorrangigen Ziele aus dem kürzlich vorgelegten „Föderalen Konsolidierungsprogramm“ (FKP) erreicht: ÖTV und DAG willigten in einen Abschluß von 3,04 % für die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes ein, der angesichts der offiziellen Preissteigerungsrate von über 4 % einen herben Reallohnabbau vor allem für die unteren Vergütungsgruppen bedeutet. Dies und die zahlreichen Angriffe auf die ärmsten Teile der Bevölkerung, die bereits in der letzten Ausgabe dieser Zeitung dargestellt wurden, sind jedoch keineswegs die einzigen Schwerpunkte, die die Regierungskoalition mit ihrem Rundumschlag setzt. Mit der massiven Verlagerung von finanziellen Belastungen auf die Länder soll diesen die Möglichkeit einer selbständigen und unabhängigen Haushaltsführung, wie sie im Grundgesetz Art. 109 vorgesehen ist, unmöglich gemacht werden.

„Als Föderales Belastungsprogramm zur Konsolidierung des Bundeshaushalts“ bezeichnete der niedersächsische Ministerpräsident Schröder das Programm Waigels. Die Umsetzung dieses Bonner Konzeptes würde nach der übereinstimmenden Ansicht der Ministerpräsidenten aller 16 Länder das Ende des *Föderalismus in Deutschland* bedeuten. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Scharping sagte, „Die Verwirklichung des FKP-Papiers würde zur völligen Strangulierung der finanziellen Möglichkeiten der westlichen Länder führen.“ Der nordrhein-westfälische Finanzminister Schleußer beziffert die Mehrbelastungen für NRW auf 12 Milliarden DM jährlich, das wären ca. 15 % des Haushaltsvolumens.

In dem Papier ist vorgesehen, daß die Länder zusätzlich vom Bund die Kosten für den Schienen-Personen-Nahverkehr in Höhe von ca. 14 Mrd. DM übernehmen und sich mit 2 Mrd. DM an der EG-Finanzierung beteiligen. Durch eine Änderung der Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern sollen die Länder weitere 10 Mrd. DM an den Bund verlieren. Dazu kommt ab 1995 die Einbeziehung der neuen Bundesländer in den Länderfinanzausgleich, die das Volumen des Finanzausgleichs gegenüber 1991 (3,95 Milliarden DM horizontaler Länderfinanzausgleich plus 3,4 Mrd. DM Bundesergänzungszuwei-

sungen) durch das erheblich niedrigere Pro-Kopf-Steueraufkommen der ostdeutschen Länder auf ca. 30 Mrd. DM ansteigen lassen wird.

Die Aufteilung dieser Lasten ist seit Jahr und Tag Streitpunkt zwischen Bund und Ländern. Der Finanzausgleich zwischen den westlichen Bundesländern, der infolge der ungleichmäßigen wirtschaftlichen Entwicklung sein Volumen seit 1970 bereits versechsfacht hat, mußte 1991 für den Ausgleich unterschiedlicher Pro-Kopf-Steueraufkommen zwischen 84,6 % (Saarland) und 135,1 % (Hamburg) vom Länderdurchschnitt auf einen Mindeststand von 95 % sorgen. Dem vorangegangen ist schon die Vorweganhebung der einkommensschwachen Länder durch ein Viertel des Länderanteils an der Umsatzsteuer (1991: 12,11 Mrd. DM). Durch die Bundesergänzungszuweisungen wurde dann die Untergrenze der Finanzkraft bis auf ca. 98 % vom Länderdurchschnitt angehoben. Mit Einbeziehung der östlichen Bundesländer 1995 kämen fünf Länder hinzu, deren originäre Finanzkraft zwischen 58 und 62 %, bezogen auf einen durch sie schon gesenkten Länderdurchschnitt ausmachte. Nach dem alten Verfahren wären über 20 Milliarden DM notwendig, um sie mittels Vorweganhebung auf 85 % des Länderdurchschnitts zu heben. Das Volumen des Länderfinanzausgleichs im eigentli-

chen Sinne würde sich dann zusätzlich auf fast 10 Mrd. DM verdreifachen. Während jetzt nur Baden-Württemberg und Hessen in den Ausgleich einzahlen, würden im Westen dann alle Länder zahlungspflichtig bis auf das Saarland. Die West-Länder hatten sich auf ein Konzept geeinigt, bei dem der Bund über eine Erhöhung des Umsatzsteueranteils der Länder die 20 Milliarden DM für die Vorabanhebung finanzieren sollte, und waren bereit, selbst den erhöhten Ausgleichsanteil zu tragen. Zwar hat sich der Bund jetzt zu dieser Vorweganhebung bereit erklärt, will aber mit der Kürzung des Umsatzsteueranteils der Länder und mit den Belastungen durch Bahnreform und EG-Finanzierung mehr als dies den Ländern aufbürden. Innen soll der Schwarze Peter über den Zwang zu Sparmaßnahmen und Verteuerung des Nahverkehrs zugeschoben werden, zusätzlich sollen sie sich bei den Kommunen schadloos halten.

Auf die Kritik Schleußers ließ Bundesfinanzminister Waigel im *Handelsblatt* verlauten, eine zusätzliche Verschuldung der Länder sei zumutbar, da ihre durchschnittliche Zinsquote, bezogen auf die Gesamtausgaben, erheblich niedriger sei als die des Bundes. Außerdem sollten die Länder berücksichtigen, daß etwa ein Viertel der Länderlasten durch die Kommunen getragen würden, wobei die Länder durch den kommunalen

Finanzausgleich noch die Möglichkeit der „Feinststeuerung“ hätten. Überdies sollten sie, in eigener Zuständigkeit „Entlastungsmöglichkeiten“, sprich weitere Einsparungen ausschöpfen.

Am Wochenende setzte Bundesbankvizepräsident Tietmeyer noch einen drauf: Die vielen Einwände gegen das FKP seien angesichts der unterschiedlichen politischen Interessen nicht verwunderlich, das „... Programm darf in seinem Einsparvolumen nicht wesentlich eingeschränkt werden, da es ohnehin eher an der Unter- als an der Obergrenze des Notwendigen liegen dürfte.“ Ein überzeugendes Verhandlungsergebnis sei bald vonnöten, um die „in der Wirtschaft herrschende Unsicherheit“ zu beenden. Offensichtlich fühlt sich „die Wirtschaft“, die sich wie nie zuvor am Ausverkauf des DDR-Vermögens bereichert hat, erst sicher, wenn klar ist, daß nicht doch jemand auf die Idee kommt, ihr Geldvermögen (1991: 1673 Mrd. DM) zur Finanzierung des „Aufbaus Ost“ heranzuziehen, ebenso wie die im letzten Jahr explosionsartig angestiegenen Devisenreserven der Bundesbank (Ende 1992: ca. 200 Mrd. DM).

Quellen: *Handelsblatt*, 20.1. bis 6.2.93; R. Hickel, Föderaler Finanzausgleich im vereinten Deutschland nach 1995, in: *WSI-Mitteilungen* 9/92; R. Peffekoven, Reform muß neuen Ländern ab 1995 sichere Finanzausstattung garantieren, in *Handelsblatt*, 27.11.92 — (ulj)

Einladung zur 13. o. BWK-Bundesdelegiertenkonferenz

Wir laden alle Delegierten, Mitglieder und Gäste der Bundesdelegiertenkonferenz herzlich ein zur Tagung der 13. ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz des BWK am 13. und 14. März 1993 in Köln, Jugendgästehaus Köln-Riehl, An der Schanz 14. Beginn ist am Samstag, den 13. März, um 8.00 Uhr.

Die vorläufige Tagesordnung lautet:

- Tätigkeitsbericht
- Finanzen
- Wahlen
- Anträge zur weiteren Tätigkeit.
- (Präsidium der 12. ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz des BWK)

Jugoslawien: ZdK will Kriegseinsätze

Kurz vor einer offenbar von den Westmächten vorbereiteten Entscheidung des UN-Sicherheitsrates zur Ausweitung der Jugoslawien-Intervention nahmen die Aufforderungen von reaktionärer Seite in der BRD, die Bundeswehr solle sich an solchen Kriegseinsätzen beteiligen, deutlich zu. Einer der Kriegshetzer: Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Seine Präsidentin Rita Waschbüsch forderte am 22. Januar vor dem „Geschäftsführenden Ausschuss des Zentralkomitees“, „in Südosteuropa mit der selben Konsequenz zu handeln, wie sie am Golf praktiziert wird.“ Auch die Bundeswehr müsse sich an solchen Einsätzen beteiligen. Die Deutschen könnten sich auch mit Rücksicht auf ihre Vergangenheit an dieser Verpflichtung nicht vorbeimogeln, zitiert der Pressedienst des ZdK die Präsidentin. Waschbüsch demagogisch: „Was wir von anderen verlangen, müssen wir auch selbst geben“ — als habe die bundesdeutsche Bevölkerung einen Kriegseinsatz von irgendetwas „anderen“ Staat verlangt!

Quelle: ZdK-Mitteilungen 399/93 — (rü)

Schönhuber auf Hitler-Trip

Das Verwaltungsgericht Hannover hat die Beobachtung der Republikaner durch den nds. Verfassungsschutz unter Berufung auf das nds. Verfassungsschutzgesetz abgelehnt. Die vom Innenministerium vorgelegten Materialien rechtfertigten nicht die Annahme, die Repts richteten sich gegen Verfassungsgrundsätze. Der Irrtum des Gerichts wie auch des nds. Innenministeriums, das die Beobachtung veranlaßt hatte: Schönhubers Politik zielt, wie die Hitlers, nicht einfach auf die Erschütterung der Staatsordnung ab, sondern darauf, den Staat rechtspositivistisch für faschistische Ziele einzuspannen. Auch ohne Geheimdienstbeobachtung ergeben sich genügend Anhaltspunkte für den Sicherheit und Leben ausländischer Bürger bedrohenden Terror der Repts. — (sec)

Die ÖTV unterwirft sich der Lohnleitlinie der Regierung

Den öffentlichen Arbeitgebern ist es gelungen, die Lohnleitlinie des Finanzministeriums — 3 % für Arbeiter und Angestellte, 2 % für Beamte — im Tarifbereich hundertprozentig durchzusetzen. Jetzt soll diese Lohnleitlinie gegen die Beamten vollstreckt werden. Nur der Weg ist noch unklar: Arbeitsmarktgabe oder Besoldungsabschlag oder gar beides? Nur eines ist sicher. Durch das kampflöse Aufgeben der sozialen Komponente (150 DM waren gefordert) ist es nochmals schwieriger geworden, die Beamten des einfachen und mittleren Dienstes — die ein „Sonderopfer“ absolut nicht verkraften können — vor diesen Angriffen zu schützen. Das Unternehmerlager ist ermutigt. Arbeitgeber-Präsident Murmann erklärte, die private Wirtschaft müsse nun „den tarifpolitischen Kurs weiter nach unten fortsetzen“. Der Deutsche Industrie- und Handelstag warnte ebenfalls davor, den Abschluß zum Maßstab für die gewerbliche Wirtschaft zu machen. Dort müsse wegen der Rezession noch tiefer abgeschlossen werden. — (kar)

Hungerstreik für kurdische Freiheit

720 Kurdinnen und Kurden beteiligen sich seit Ende Januar an einem Hungerstreik für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes, gegen den Terror in den kurdischen Gebieten, gegen Waffenlieferungen des Westens an die Türkei (Bild). Aufgerufen zu der Aktion haben die 15 Abgeordneten, die die Kurdinnen und Kurden in Europa Ende letzten Jahres als ihre Vertreter für das kurdische Nationalparlament gewählt hatten. — (rü, Bild: L.M.)



USA: Clintons billige Zusagen

Neuer US-Präsident erfüllt erst einmal die billigen Versprechen

In den Wochen vor der Amtsübernahme war US-Präsident Bill Clinton beschuldigt worden, sich von seinen Wahlversprechen abzusetzen. Drei Tage nach seiner Amtseinführung hob Clinton die berühmte „Maulkorb“-Verordnung von Präsident Bush auf, die Familienplanungsstellen und Kliniken mit dem Entzug von Bundesmitteln drohte, wenn sie über Abtreibung informierten. Desgleichen durften internationale Organisationen nicht über Abtreibung informieren, wenn sie Förderungsmittel der USA erhalten wollten. Clinton hob ebenfalls das Verbot der Verwendung von Geweben von abgetriebenen Föten für Forschung über Alzheimer- und Parkinson-Krankheit sowie Diabetes und das Einfuhrverbot für die französische Abtreibungspille RU-486 auf. Sodann löste er das „Council for Competitiveness“ (Rat für Wettbewerbsfähigkeit) auf. Dieses Gremium inspizierte alle Verordnungen und Regeln der Ministerien auf Schädlichkeit für die Wettbewerbsfähigkeit der US-Kapitalisten und wies sie zur Neu-

bearbeitung zurück, wenn die Kapitalisten über „zu große Belastungen“ jammerten. Dieses Gremium hat die Umsetzung verschiedener Gesetze zum Schutz der Umwelt und zur Sicherheit am Arbeitsplatz in konkrete Regelungen und Vorschriften verhindert oder diese Regelungen entscheidend verwässert.

Präsidentiale Verfügungen wie diese, die auf keinem Gesetz beruhen, können mit einem Federstrich des Präsidenten ohne Aktion des Kongresses beseitigt werden. Bei der Aufhebung des Verbots von Homosexuellen im Militär, ein weiteres Wahlversprechen und ebenfalls lediglich eine Regierungsverfügung, stieß Clinton auf geballten Widerstand bei den Militärs und im Senat. Deshalb hat er den Erlaß einer Verfügung um sechs Monate verzögert und zur Zeit nur den Verteidigungsminister angewiesen, ab sofort das Verbot nicht mehr durchzusetzen und die Strafverfolgung von Homosexuellen einzustellen.

Das erste Gesetz, das Clinton am Freitag unterzeichnete, war auch ein Wahl-

versprechen: das Gesetz über Familienurlaub. Dieses Gesetz, das Beschäftigten in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten das Recht gibt, unbezahlten Urlaub bis zu zwölf Wochen bei Geburt eines Kindes oder Krankheit von Familienmitgliedern zu nehmen, ohne den Arbeitsplatz zu verlieren, war zweimal an Präsident Bushs Veto gescheitert. Bei der Verabschiedung dieses Gesetzes, das zuvor selbst von einer großen Zahl von Republikanischen Abgeordneten und Senatoren unterstützt worden war, versuchte die ideologische Rechte, die Ressentiments gegen Homosexuelle und Clintons Eile mit der Verabschiedung dieses Gesetzes auszunutzen und einen Zusatz anzuhängen, der das Verbot von Homosexuellen im Militär gesetzlich festgelegt hätte. Das ist nicht gelungen.

Damit ist die Wahlversprechen, die Regierung und Kapitalisten nichts oder wenig kosten, abgehakt. Für das nächste Wahlversprechen, die Reduzierung des Haushaltsdefizits, sind „Opfer“ angekündigt. — (ger, her)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Jahreswirtschaftsbericht: Krise

Sowohl SPD-Vertreter wie FDP-Chef Graf Lambsdorff halten die Zahlen des Anfang Februar vorgelegten Jahreswirtschaftsberichts der Regierung (Stagnation oder 1 % Rückgang des Bruttoinlandsprodukts) für zu optimistisch. Lambsdorff sieht die BRD-Konzerne in einer schweren Krise, SPD-Vertreter wiesen darauf hin, daß die Arbeitslosenzahl von 3,5 Millionen plus die ca. 2,5 Millionen in Umschulung oder anderen „Arbeitsmaßnahmen“ beschäftigten Personen zusammen an die Arbeitslosenzahlen der 30er Jahre reichen. Die Bundesbank reagierte mit einer geringfügigen Zinssenkung: Der Diskontsatz wurde von 8,25 auf 8 Prozent gesenkt.

Noch weniger Steuern für Reiche

Bei der Beratung über Waigels berichtigtes „Standortsicherungsgesetz“ (Senkungen von Spitzensteuersatz, Körperschaftsteuer und Erbschaftsteuer) zeichnen sich zusätzliche Steuererleichterungen für die Kapitalisten ab. Die FDP und der Wirtschaftsausschuß des Bundesrates (mit SPD-Mehrheit) wollen die im Gesetz vorgesehene Kürzung der Abschreibungsmöglichkeiten für Kapitalisten (angeblich zum „Ausgleich“ für die Steuererleichterungen) weglassen lassen. An ihre Stelle sollen Marginalien treten wie die Begrenzung der Abschreibung für Firmenwagen auf 80000 DM (erst darüber gelten PKWs als „Luxusautos“) und eine Begrenzung der Rücklagenbildung durch Pensionsrückstellungen. Letzteres wird — parallel zu den Rentensenkungen — die Bereitschaft der Konzerne dämpfen, betriebliche Zusatzrenten zu vereinbaren.

„Solidarpakt“: Streit Bund-Länder

Sowohl SPD- wie CSU-Ministerpräsidenten und -Länderfinanzminister weisen die von Finanzminister Waigel vorgelegten Pläne für das sogenannte „Föderale Konsolidierungskonzept“ scharf zurück. Das FKP-Papier würde „zur völligen Strangulierung der finanziellen Möglichkeiten aller alten Bundesländer führen“, so SPD-Schärfing aus Rheinland-Pfalz. Der bayerische CSU-Finanzminister von Waldenfels kündigte „harte Verhandlungen mit dem Bund“ an. Waigel hatte in seiner Vorlage u.a. eine Anhebung des Mehrwertsteueranteils des Bundes und die Verlagerung mehrerer Bundesaufgaben — u.a. im Verkehrsbereich — auf die Länder gefordert. Bei letzterem zeichnet sich jetzt ein „Kompromiß“ ab: Einführung einer Autobahngebühr ab 1.1.94 mit einem Aufkommen von 8 Mrd. DM, um den Bund von Autobahnkosten zu entlasten.

„Aus“ für „Lapas“

Mit einem Stopp aller Beschaffungsprogramme hat Verteidigungsminister Rühle auf neue Haushaltskürzungen durch Waigel reagiert. Die Presse folgert: Das sei das „Aus“ für den Luftaufklärer „Lapas“. Schon möglich, zumal

in Spanien die Vorbereitungen für ein WEU-Satellitenzentrum auf Hochtouren laufen. Gegen mögliche Personalverringerungen der Bundeswehr protestierte vorsorglich NATO-Generalsekretär Wörner: Das könne die Bundesregierung gar nicht ohne Konsultation in der NATO entscheiden, behauptete er.

Asylrecht: Erste „sichere Länder“

Die Arbeitsgruppe von Regierungsparteien und SPD, die die Aufhebung des Asylrechts vorbereitet, hat sich auf mehrere „sichere Drittstaaten“ geeinigt. Wer aus angeblich „sicheren Drittstaaten“ in die BRD flüchtet, soll sofort an der Grenze zurückgeschickt werden. Als „sichere Drittstaaten“ gelten künftig zusätzlich zu den EG-Staaten: Österreich, Schweiz, Polen, tschechische Republik, Rumänien, Bulgarien. Strittig seien Ungarn und die skandinavischen Länder. Mit Rumänien hat Innenminister Seifers ein sogenanntes „Rücknahmeabkommen“ ausgehandelt, um insbesondere Roma leichter abzuschieben. Die CDU drängt auf Tempo, damit die Gesetze bis 1. April in Kraft sind.

Waffenexport nach Indonesien

Einen ganzen Flottenverband beträchtlicher Größe und Kampfkraft wird die Bundesregierung nach Indonesien exportieren. Der Bundessicherheitsrat genehmigte den Export von 39 Fregatten, Minenräumern und Küstenschutzschiffen sowie von drei U-Booten, alle aus dem Bestand der früheren DDR-Volksarmee. Begründung: Indonesien gehöre der „Südostasiatischen Staatengemeinschaft“ an, die der NATO „gleichgestellt“ sei. Das indonesische Regime ist berüchtigt wegen seiner Kommunisten-Massaker, seine Truppen halten außerdem seit über einem Jahrzehnt widerrechtlich Ost-Timor besetzt und terrorisieren dort die Bevölkerung.

Schulzeiten sollen kürzer werden

Am 3. Februar hat das Bundeskabinett „Grundsätze der Bildungs- und Forschungspolitik“ verabschiedet, die auf einem geplanten „Bildungsgipfel“ bei Kanzler Kohl Beratungsgrundlage sein sollen. Geplant ist u.a. die Einführung eines obligatorischen Fächerkanons als Bedingung für das Abitur, die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre, Erhöhung der Studienkapazität an Fachhochschulen, Ausbau von Tutoren- bzw. Mentorenprogrammen für Studienanfang bzw. -abschluss, um das Studium zu verkürzen.

Was kommt demnächst?

Am 4. März will das Bundeskabinett die Gesetze zum „Solidarpakt“ beschließen und dem Bundesrat zuleiten. Am 7. März sind in Hessen die Kommunalwahlen. Am 11. und 12. März wollen die Länderfinanzminister mit Waigel weiter über dessen Pläne für die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs im Rahmen des sogenannten „Solidarpakts“ beraten. Zum 1. April soll die Aufhebung des Asylrechts in Artikel 16 samt Begleitgesetzen in Kraft treten, d.h. die Schlußberatungen in Bundestag und Bundesrat müssen im März sein.

Mordfall Kerstin Winter, Freiburg: Ermittlungsfehler, Irreführung

Die Ermittlungen im Fall Kerstin Winter, die am 22. Januar mittels einer Paketbombe getötet worden war, haben bis zum vergangenen Montag, dem 18. Tag der Ermittlungen der Freiburger Sonderkommission, noch keinerlei brauchbare Hinweise auf den oder die Täter gebracht. Verschiedenste Gerüchte, von diesen Behören selbst oder von Medien in Umlauf gebracht und durch diese Ermittlungstätigkeit angeheizt, haben sich zwischenzeitlich als völlig haltlos erwiesen. Es ist gegenwärtig zu befürchten, daß die Ermittlung der Täter wegen des Zeitablaufs immer schwieriger, wenn nicht ganz unmöglich wird.

Nachfolgend eine Chronologie des bisherigen Ermittlungsverfahrens, die zeigt: die Arbeit der Freiburger Kriminalbehörden in diesem Fall erweist sich als Anhäufung von Ermittlungsfehlern und -Versäumnissen sowie (teilweise bewußte) Irreführung von Presse und Öffentlichkeit.

22.1.: Die 24-jährige Krankenschwester Kerstin Winter wird beim Öffnen eines vor der Wohnungstür abgelegten Pakets durch die Explosion eines darin enthaltenen Sprengsatzes getötet. Ihr zu dieser Zeit in der gemeinsamen Wohnung anwesende Freund Uwe B. bleibt unverletzt. Die Umstände der Tat und die Tatsache, daß die Ermordete politisch aktiv war (ein „Verein zur Förderung der Subkultur“ firmierte unter ihrer Adresse, gleichzeitig arbeitete sie in einer Gruppe „Punks gegen Langeweile“ mit, die sich öffentlich für ein autonomes Jugendzentrum in Freiburg einsetzt) machen Vermutungen, den oder die Täter im faschistischen Lager zu suchen, wahrscheinlich. Noch am Abend formiert sich ein spontaner Demonstrationzug zum Haus, im dem Kerstin Winter wohnte. Der Tatort bleibt stundenlang frei zugänglich und wird nicht abgesperrt. Hausbewohner und Nachbarn werden nur oberflächlich befragt.

23.1.: Die Freiburger Staatsanwaltschaft erklärt auch für die durch Beamte des LKA verstärkte Sonderermittlungsgruppe der Polizei, man „ermittle in alle Richtungen“. Gleichzeitig gab man der Presse gegenüber zu erkennen, daß man einen politischen Anschlag (aus rechten Kreisen) für unwahrscheinlich halte. Solche Vermutungen seien zwar „aus laienhafter Sicht“ naheliegend, im konkreten Fall aber eher unwahrscheinlich. Begründet wurde diese Behauptung damit, daß die in Frage kommenden faschistischen Kreise „zu feige und zu dumm“ seien, um ein solches Attentat zu begehen. Redakteure eines Freiburger Regionalsenders und der *Bild*-Zeitung recherchieren, daß Kerstin Winter vor Jahren Opfer einer Vergewaltigung geworden war und spekulieren auf den Vergewaltiger als möglichen Täter. Obwohl ein einziger Anruf genügt hätte, um festzustellen, daß dieser noch in

Stuttgart inhaftiert ist, widerspricht die Staatsanwaltschaft zunächst nicht.

24.1.: Am Abend findet wie in zahlreichen anderen Städten eine Demonstration statt. Über 4000 folgen einem Aufruf, in dem es u.a. heißt: „Wir wissen nicht, wer Kerstin ermordet hat, doch wir vermuten, daß es ein faschistischer Anschlag war. (...) Die Spekulationen und Gerüchte über die Tat reichen von A-Z und sollen bewußt den politischen und menschenverachtenden Mordhintergrund verschleiern.“

Zeitgleich mit der Demonstration veranstaltet das LKA eine Pressekonferenz, auf der es seine Theorie über die Täter präsentiert: Das Bombenpaket trug als Absenderangabe in Blockschrift den aus den Papierfetzen rekonstruierten Schriftzug „Mord Rim“ in einer fiktiven Freiburger „Silberstraße 100“, die in Berlin tatsächlich existiert. RIM ist die Abkürzung für „Revolutionäres International Movement“, eine maoistische Dachorganisation, in der sich mehr als 18 verschiedene maoistische Gruppen und Parteien zusammengeschlossen haben, als bekannteste die PCP, bekannter unter dem Namen „Sendero Luminoso“ (Peru), in Deutschland unter anderem die TKP/ML. Die Tatsache, daß Anhänger der TKP/ML in Westberlin mehrfach Schlägereien mit Anhängern autonomer Gruppen hatten, begründe die Suche nach den Tätern im „linksexremen Spektrum“.

27.1.: „Türkischer Ableger des Leuchtenden Pfad als Drahtzieher hinter dem Mord?“ lauten dann die Schlagzeilen. Die LKA-Räuberpostille wird von allen Medien (bis zur *TAZ*) begierig aufgegriffen, nachdem die Vergewaltigungstheorie sich als unhaltbar herausgestellt hat. Ein Flugblatt der „Revolutionären Kommunisten (BRD)“, die dem RIM nahestehen, verbreitet in Berlin, demontiert das Lügenmärchen und bringt die behördliche Desinformation in Zusammenhang mit einem „Aufruf zur Verteidigung des Lebens des Vorsitzenden Guzman“, dem in Peru verurteilten Vorsitzenden der PCP.

28.1.: Wie erst später bekannt werden sollte, ist die Polizei bereits seit dem Mordtag in Kenntnis davon, daß die Bombe in drei Exemplare der *Badischen Zeitung* vom Sommer 1991 eingewickelt war. In einer befand sich ein Artikel, der über Aktivitäten der Initiative für ein autonomes Jugendzentrum und den Verein zur Förderung der Subkultur berichtete. Pressevertreter werden bei ihren Recherchen vor die Ermittlungen leitenden Oberstaatsanwalt Fluck gebeten, diese Tatsache zunächst nicht zu veröffentlichen, um weitere Ermittlungserfolge nicht zu gefährden. Fluck gilt als CDU-Parteigänger und verdankt seine frühe Beförderung und die Funktion eines Pressesprechers der Staatsanwaltschaft nach verbreiteter Ansicht innerhalb der Freiburger Staatsanwaltschaft

politischer Protektion. Während also Pressevertreter im Glauben gehalten wurden, man ermittle nun doch in eine politische Richtung, wurde gleichzeitig der Freund der Ermordeten langen und wiederholten Verhören unterzogen.

29.1.: Uwe B., der Freund Kerstins, wird unter dem Vorwand, ein Detail seiner Zeugenaussagen sei unklar, noch einmal ins LKA geholt. Dort wird ihm seine vorläufige Festnahme erklärt und gleichzeitig die Wohnung seiner Mutter Winter ohne Durchsuchungsbefehl nach belastendem Material durchsucht. Die Staatsanwaltschaft verhängt eine Nachrichtensperre.

30.1.: Oberstaatsanwalt Fluck beantragt einen Haftbefehl gegen Uwe B. Dringender Tatverdacht sei gegeben, weil in seinem Betrieb an dort befindlichen Feuerlöschern Druckbehälter fehlten, wie sie auch für den Bombenbau verwendet worden sind. Außerdem käme als Täter nur jemand in Frage, der zum engsten Kreis um die Getötete gehöre, weil die Bombe auf Grund ihrer Konstruktion jedenfalls nicht über weite Strecken transportabel gewesen sei, ohne zu riskieren, daß der Zünder ausgelöst wird. Zudem lasse ein Schriftgutachten des LKA seine Urheberchaft für die Blockschriftangaben auf dem Paket als wahrscheinlich erscheinen und scheidet ein politisches Attentat mit großer Wahrscheinlichkeit aus. Als Motiv wird auf Eifersucht spekuliert, ohne hierfür genauere Anhaltspunkte zu liefern. Obwohl der Verteidiger des Beschuldigten noch im Haftprüfungstermin auf die einstige Ermittlungstätigkeit der Behörde hinweist und ausdrücklich rügt, daß dem zuständigen Richter wichtige Aktenteile vorenthalten werden (so fehlt jeder Hinweis auf das Zeitungsexemplar, mit dem die Bombe eingepackt war) wird Haftbefehl erlassen.

3.2.: Der Haftbefehl wird ohne weitere Auflagen aufgehoben und Uwe B. aus der Haft entlassen. Grund: Der Feuerlöschertyp am Arbeitsplatz des Verdächtigen ist nicht identisch mit dem zum Bombenbau verwendeten, was auch ein Laie auf den ersten Blick hätte erkennen können. Das Schriftgutachten des LKA beschreibt einen Grad der Wahrscheinlichkeit der Täterschaft, die für 14 Millionen der 80 Millionen Bundesbürger zutrifft. Die in der Wohnung aufgefundenen Filzschreiber, mit denen angeblich die Adressangaben auf dem Bombenpaket gemacht worden seien, kursieren in Büros und Wohnungen zu zigtausenden. Die Behauptung, die Konstruktion der Bombe habe sie nicht transportabel gemacht, fällt ebenso in sich zusammen und damit die These, ein Täter müsse aus dem persönlichen Umfeld stammen. Dies wird allerdings erst zwei Tage später bekanntgegeben. Die Staatsanwaltschaft behauptet gleichwohl weiter erhebliche Verdachtsgründe gegen Uwe B. — (kh)

Weiter grausame Sonderbehandlung der Gefangenen aus der RAF

Seit der „Kinkel-Initiative“ hat sich im Hinblick auf die Freilassung der politischen Gefangenen nur wenig bewegt. Gleichwohl erwecken die Behörden den Eindruck, als normalisiere sich die Behandlung der Gefangenen. Dazu trägt bei, daß gegenwärtig einige Gefangene entlassen worden sind oder entlassen werden sollen: Carlos Grosser, Bärbel Perau, Isabel Jacobs, Bernd Rosenkötter, Michael Dietiker. Bei allen handelt es sich um Gefangene aus dem Widerstand, die ihre Strafe ganz oder zum größten Teil abgesessen haben. Schon dies also rechtfertigt den Eindruck einer gewissen Entspannung, den die Verantwortlichen in der Öffentlichkeit zu erzeugen versuchen, in keiner Weise. Durch überhaupt nichts gerechtfertigt ist der Eindruck, vergewissert man sich der Lage der zu lebenslanger Haft verurteilten Gefangenen aus der RAF. Eine wachsende Anzahl von ihnen ist seit über 15, 17, ja 20 Jahren eingekerkert, endlos lange Zeit unter unmenschlichen Sonderhaftbedingungen. Die ganze großartige „Kinkel-Initiative“ hat nicht einmal dazu geführt, daß die über 15 Jahre lang Inhaftierten entsprechend

§ 57a StGB bedingt entlassen werden. Im Gegenteil.

Wie mehrere Rechtsanwälte mit Presseerklärung vom 20.1.93 mitteilten, hat das OLG Hamburg nach der Anhörung von Christine Kuby mitgeteilt, daß „eine besondere Schwere der Schuld“ vorliege, „Entlassungsvorbereitungen“ durchgeführt werden müßten und nach einem Jahr erneut über die bedingte Freilassung entschieden werde. Christine Kuby war 1978 als 19-jährige unter mehr als zweifelhaften Umständen zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Selbst die Bundesanwaltschaft hatte eine „besondere Schwere der Schuld“ verneint.

Auch gegen die Entlassung von Karl-Heinz Dellwo, Hanna Krabbe und Lutz Tauber — alle seit April 1975 wegen der Besetzung der deutschen Botschaft in Stockholm in Haft und zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt — türmt das zuständige Oberlandesgericht in Düsseldorf rachsüchtig und böse hohe Hürden auf. Zunächst, so die Rechtsanwälte, habe das OLG beabsichtigt, die Gefangenen anzuhören, dann über die Schulschwere zu entscheiden und an-

schließend das vom Gesetz vorgesehene Prognosegutachten einzuholen. Nachdem die Gefangenen in ihrem Entlassungsantrag erklärt hatten, sie akzeptierten ein sozialwissenschaftlich orientiertes, nicht aber ein psychiatrisches Gutachten, hat das OLG beschlossen, zuerst ein psychiatrisches Gutachten einzuholen, und im Fall der Verweigerung der Mitarbeit mit der Ablehnung des Entlassungsantrages gedroht.

Gegen eine weitere Gefangene aus der RAF, Eva Haule, bisher zu 15 Jahren verurteilt, hat die BAW ein neues Verfahren eingeleitet mit dem Ziel, sie lebenslang hinter Gittern zu halten.

Die Justizbehörden, andere Schlüsselpersonen sich aus ihrem Handeln nicht ziehen, halten die Gefangenen aus der RAF weiter als Geiseln, auch nach der Erklärung der RAF. Sie halten sie als Geiseln augenscheinlich in der Absicht, zumindest solange niemanden rauszulassen, bis die nichtaufgeklärten Anschläge der RAF aufgeklärt sind. Gleichzeitig setzen altbekannte Dunkelmänner erneut die Propaganda von bevorstehenden Anschlägen der RAF in Gang — in propagandistischer Absicht? — (see)



Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Frau Schmalz-Jacobsen, hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts vorgelegt. Wesentlicher Inhalt ist: Kinder von Ausländern, die in der BRD geboren werden, erhalten automatisch deutsche Staatsangehörigkeit, bei Ausländern und Flüchtlingen, die acht bzw. fünf Jahre rechtmäßig in der BRD leben, soll automatischer Rechtsanspruch auf deutsche Staatsangehörigkeit gelten, die doppelte Staatsbürgerschaft wird erleichtert. Der Entwurf geht den Fraktionen zur Beratung vor. Ob daraus je ein formeller Gesetzentwurf wird, steht also noch in den Sternen. Zudem hatte Bundespräsident von Weizsäcker schon vor einiger Zeit vorgeschlagen, die doppelte Staatsbürgerschaft zu erleichtern. Ziel: Den angeblich „Deutschen“ im Osten mit dieser Maßnahme zu erleichtern, ihrerseits doppelte Staatsbürgerschaft einzuklagen. (Bild: af/mz)

Die Armut bekämpfen! Begrüßenswerte Initiativen

Selbst Graf Lambsdorff beginnt die Wirtschaftslage mit den Zuständen Anfang der dreißiger Jahre zu vergleichen. Seine Partei bleibt aber ebenso wie die Union bei einem harten Kurs der Marktwirtschaft, der unter dem Titel Solidar-pakt wie in der Vergangenheit steigende Arbeitslosigkeit und wachsende Verarmung gezielt einsetzen will zur Erhöhung von Profiten durch Senkung des Werts der Arbeitskraft. Während in der Vergangenheit die Opposition gegen

solch einen Kurs sich eher auf sozialdemokratische Rezepte beschränkte, Opfer müssen sein, nur sollen die Reichen auch was abgeben, scheint sich jetzt doch ein ernstzunehmender Widerstand gegen Verelendung und Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsteile zu bilden. Wir berichteten bereits kurz, daß sich eine Nationale Armutskonferenz aus Wohlfahrtsverbänden, Selbsthilfeorganisationen, Kirchen und Gewerkschaften gebildet hat, die eine „wirk-

same öffentliche Lobby für die arme Bevölkerung“ aufbauen möchte. Wir dokumentieren jetzt ausführlicher aus deren Positionspapier. Begrüßenswert ist in diesem Zusammenhang auch die Initiative der PDS/LL-Bundestagsfraktion. Sie bereitet einen Gesetzentwurf zu einer bedarfsorientierten Grundsicherung vor, der begleitet sein soll von einer öffentlichen Diskussion. Wir dokumentieren hierzu den Beschluß des PDS-Parteitag. — (alk, rüt)



Kampagne zur bedarfsorientierten Grundsicherung

Beschluß des 3. PDS-Parteitag, 29. bis 31. Januar 1993, Berlin

Die Bundestagsgruppe hat einen Gesetzentwurf für eine bedarfsorientierte Grundsicherung erarbeitet. Dieser Gesetzentwurf sieht für jeden in der BRD lebenden Menschen das Recht auf eine soziale Grundsicherung in Höhe von 50% des Durchschnittseinkommens vor.

Vorleistungen müssen dazu nicht erbracht werden. Die soziale Grundsicherung soll aber nicht die herkömmlichen Sozialleistungen, die auf dem Versicherungssystem basieren, ersetzen, sondern durch steuerfinanzierte Leistungen ergänzen, daß niemand mehr von materieller Not oder Armut bedroht ist. Aus diesem Grunde hält der Gesetzentwurf am Versicherungsprinzip fest und will dieses sogar ausweiten durch die Einführung einer generellen Versicherungspflicht auch für diejenigen, die bisher keinen Beitrag zur Solidargemeinschaft leisten wie Selbständige, Beamte, Besserverdienende.

Weil Versicherungsansprüche in der Regel nur durch bezahlte Arbeit erworben werden, geht der Gesetzentwurf davon aus, daß Erwerbsarbeit ihren zentralen Stellenwert im Leben der Menschen behält, dies aber nur möglich ist, wenn vorhandene Arbeit radikal umverteilt (Arbeitszeitverkürzung) bzw. eine Neubewertung von bisher unbezahlt und ehrenamtlich geleisteter Arbeit vorgenommen wird.

Die soziale Grundsicherung muß aber heute für alle jene zur Verfügung stehen, die von solchen neuen Ansätzen noch nicht, nicht mehr oder überhaupt nicht profitieren können: alleinerziehende oder ältere Frauen, Langzeitarbeitslose, Jugendliche, Menschen mit Behinderungen.

Im 1. Quartal des Jahres 1993 wird die Bundestagsgruppe PDS/Linke Liste den Gesetzentwurf für eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung in den Bundestag einbringen.

Die Gesetzesinitiative der Bundestagsgruppe wird im gesamten Jahr 1993 durch eine breite Parteidiskussion und vielfältige außerparlamentarische Aktivitäten begleitet.

Dazu sind folgende Maßnahmen erforderlich:

1. Die AG „Gesetzesinitiative“ bei der Bundestagsgruppe erstellt ein Informationsmaterial, in dem das Ziel, die historischen und sozialen Hintergründe sowie die zentralen Prinzipien des Gesetzes zur sozialen Grundsicherung erklärt werden. Dabei muß Verständnis dafür geweckt werden, daß dieses Gesetz zu einer Zeit eingebracht wird, in der von Seiten der Regierung Verzicht verordnet und durch massiven Sozialabbau untermauert wird. Dieses Material dient der innerparteilichen Information und Qualifizierung und soll dazu beitragen, daß Genossinnen und Genossen in ihrem politischen Arbeitsbereich zur Frage der sozialen Grundsicherung argumentieren können.

2. Gleichzeitig soll auf der Grundlage des Materials der Meinungsaustausch mit denjenigen organisiert werden, die sich in Verbänden, Gewerkschaften, anderen Parteien mit Modellen einer sozialen Grundsicherung befassen.

3. Die Bundestagsgruppe PDS/Linke Liste wird gebeten, mit allen im Bereich der Sozialpolitik arbeitenden Genossinnen und Genossen sowie PDS/Linke Liste-Parlamentarierinnen und -Parlamentariern aller Ebenen eine Aussprache mit dem Ziel durchzuführen, das Anliegen des Gesetzentwurfs zur sozialen Grundsicherung zu vermitteln und gleichzeitig über mögliche Schritte zur Verbreite-

rung der Diskussion vor Ort und mit anderen Organisationen zu beraten.

Als Termin sollte der 17./18. April 1993 ins Auge gefaßt werden.

4. Die AG Kommunalpolitik berät mit Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern darüber, wie von Seiten der Städte und Gemeinden die parlamentarische Initiative zur sozialen Grundsicherung unterstützt werden könnte.

Über die AG werden in den Kommunen Treffen mit VertreterInnen aus Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Arbeitslosen- und Mieterverband, Betroffeneninitiativen, Frauenbüros und anderen Interessierten zum Meinungsaustausch über die soziale Grundsicherung initiiert.

Begründung:

Die Krise des bundesdeutschen Sozialleistungssystems ist schon lange vor dem Wegfall der Systemkonkurrenz entstanden und für zunehmend mehr Menschen spürbar geworden. Privatisierung, Deregulierung und Entstaatlichung der Sozialbeziehungen sind Kernpunkte der neokonservativen Modernisierungsstrategie, wie sie seit der Wende 1982 eingeleitet wurde. Auf die chronische Massenarbeitslosigkeit reagierte die Bundesregierung schon damals mit einem scharfen Sparkurs zulasten der materiellen und immateriellen Reproduktionsanfordernisse der großen Mehrheit der Bevölkerung. Sie beförderte damit die weitere Spaltung der Lebensverhältnisse und trug zur Vertiefung der sozialen Ungleichheit bei, indem sie sich einerseits auf die steuerliche Entlastung der Spitzenverdiener konzentrierte und andererseits diese Privilegien durch Einsparungen bei den sozialen Transferleistungen finanzierte.

Die Folgen lassen sich umfassend dokumentieren. Einem durchschnittlich hohen Lebensniveau und einer relativ guten sozialen Absicherung stehen zunehmende Langzeitarbeitslosigkeit, eine steigende Zahl von Sozialhilfeberechtigten, Wohnungsnot und Obdachlosigkeit, wachsende Armut, Pflegenotstand, die Entwicklung zur Zweidrittelgesellschaft gegenüber. Für immer mehr Menschen zeigt sich, daß über Jahre erbrachte Versicherungsleistungen heute kaum mehr ausreichen, um den Lebensunterhalt zu begleichen. In wirklich materieller Not geraten erst recht diejenigen, die diese Versicherungsleistungen nicht erbringen konnten. Viele Arbeitslose erhalten keine Leistungen der Arbeitsverwaltung und sind deshalb auf Unterstützung durch die Sozialämter angewiesen.

Dies gilt ganz besonders für die Mehrheit der Menschen in den neuen Bundesländern. Die Deindustrialisierung und die Auflösung der landwirtschaftlichen Strukturen führt zur Verarmung ganzer Regionen. Von den einstmals 9,8 Millionen Erwerbstätigen sind heute noch etwa 6 Millionen in Beschäftigungsverhältnissen, deren Bestand allerdings angesichts neuer Massenentlassungen keineswegs gesichert ist. Die Angst der Arbeitslosen vor dauerhaftem sozialen Abstieg ist mehr als berechtigt angesichts der steigenden Zahl von Langzeitarbeitslosen.

Daß dieser Kurs beibehalten wird, zeigen die letzten Monate nur allzu deutlich. Die Novellierung des AFG, die Mehrbelastungen von Patienten durch das Gesundheitsstrukturgesetz, Angriffe auf die Tarifautonomie und auf ArbeitnehmerInnenschutzrechte, die Diskussion um die Kürzung der Sozialhilfe bei gleichzeitiger Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Mieten in Ostdeutschland stehen dafür ebenso wie der Abbau poli-

tischer und sozialer Rechte für AusländerInnen und AsylbewerberInnen.

Die desolaten Staatsfinanzen sollen auf Kosten der Arbeitslosen und der Ärmsten saniert werden.

Der kontinuierliche Sozialabbau, der sich auch in der sinkenden Sozialleistungsquote nachweisen läßt, hat die Mängel des Sozialleistungssystems der BRD immer deutlicher zu Tage treten lassen. Diese Mängel sind allerdings nicht nur den Finanzierungsgespässen durch regierungsamtliche Sparpolitik geschuldet, sondern sind auch struktureller Natur.

Das System der sozialen Sicherung in der BRD ist im wesentlichen ein Versicherungssystem, dem eine typisch männliche Erwerbsbiographie zugrundeliegt, indem dann relativer Schutz vor sozialen Risiken besteht, wenn Mensch durch Sozialabgaben und Beitragszeiten entsprechende Anwartschaften erwerben konnte.

In dem Maße, wie Massenarbeitslosigkeit ebenso zum Alltag der BRD gehörte wie die Auflösung von sogenannten Normalarbeitsverhältnissen in Teilzeitarbeit, Heimarbeit oder andere Formen geringfügiger und ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse, konnten immer weniger Menschen solche Vorleistungen erbringen, die ihnen ausreichenden Schutz vor Arbeitslosigkeit, Krankheit, Erwerbsunfähigkeit und Alter bot.

Eigene Anwartschaften für Sozialleistungen begründet auch nicht der Teil an gesellschaftlich unverzichtbarer Arbeit, der in Form von unbezahlter Haus- und Erziehungsarbeit sowie unentgeltlicher Pflege überwiegend von Frauen geleistet wird.

Schließlich gibt es auch erhebliche Mängel bei der Absicherung derjenigen, die aufgrund physischer oder psychischer Behinderungen nie ins Erwerbsleben integriert werden konnten. Die übergroße Zahl derjenigen, die auf Pflege angewiesen ist, landet in der Sozialhilfe.

Die Sozialhilfe, einstmals als Notfallhilfe für besondere Lebenslagen erdacht, wird ohnehin für immer mehr Menschen in den alten und in absehbarer Zeit auch in den neuen Bundesländern zum Regeleinkommen. Ein Einkommen, das Sicherung auf dem untersten Niveau bedeutet, gemessen an europäischen Armutskriterien sogar unterhalb der Armutsgrenze liegt.

Dennoch stellt die Sozialhilfe ein Element von sozialer Grundsicherung dar. Mit der genannten Entwicklung sind die Grundlagen des sozialstaatlichen Kompromisses prinzipiell in Frage gestellt. Der Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung geht einher mit dem Zwang zur privaten Vorsorge.

In dieser Situation erhebt die PDS/Linke Liste die Forderung nach einer sozialen Grundsicherung. Sie nimmt damit eine seit langem aufgestellte Forderung von Betroffeneninitiativen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden auf.

Unser Konzept der sozialen Grundsicherung soll an den offensichtlichen Systemmängeln anknüpfen. Soziale Grundsicherung soll das System der sozialen Sicherung so ergänzen, daß jedem Menschen unabhängig von Alter und Geschlecht, von Anwartschaften und Bedürftigkeitsprüfungen ein individueller Rechtsanspruch auf ein menschenwürdiges Leben zusteht.

Antragsteller: IG Arbeit, Gesundheit und Soziales bei der PDS

Beschluß: angenommen.

Armut und Unterversorgung

Aus: Positionspapier der Nationalen Armutskonferenz

Die Nationale Armutskonferenz ist ein Forum von Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege und Fach- und Selbsthilfeorganisationen, die mit ihrer Arbeit dazu beitragen, das Armutsproblem zu überwinden, bzw. die Selbsthilfemaßnahmen der von Armut betroffenen oder bedrohten Bevölkerungsgruppen repräsentieren.

Armut ist bisher kaum ein Thema für Gesellschaft und Politik. Das hat vor allem drei Ursachen:

a) Tatsächlich werden von partiellen oder kumulativen Unterversorgungsercheinungen bislang erst begrenzte Bevölkerungsgruppen getroffen, während die große Mehrheit der Bundesbürger vom Wachstum des materiellen Wohlstandes mehr oder weniger ausgeprägt profitiert.

b) In Staat und Gesellschaft sinkt offenkundig der generelle Stellenwert für Sozial- und Gesellschaftspolitik auf der Prioritätenskala öffentlicher Aufgaben.

c) Bei der armen Bevölkerung handelt es sich nicht um eine weitgehende homogene Gruppe. Als Folge einer Pluralisierung von Lebensformen werden darüber hinaus gleiche objektive Risikolagen höchst unterschiedlich wahrgenommen und beantwortet. Dabei wird es durch die zunehmende „Vereinzelnung“ für die Betroffenen immer schwieriger, Widerstand aufzubauen und die eigenen Interessen offensiv einzufordern.

Das Verständnis von Armut, das der Konferenz zugrundeliegt, speist sich in erster Linie aus der Praxis der Armutsbekämpfung, aus sozialer Arbeit als Selbsthilfe und Hilfe für andere. Demgegenüber konzentriert sich die Diskussion in der BRD vor allem auf einen materiellen Armutsbegriff.

Wir begreifen somit Armut als eine in verschiedener Hinsicht belastete und belastende Lebenssituation derer, die nicht zu dem relativ gut und im internationalen Vergleich sogar sehr gut abgesicherten Kernbereich unserer Gesellschaft gehören.

Zur Definition von Armut als erstem Schritt zu ihrer Bekämpfung bedarf es jedoch des gesellschaftlichen und politischen Konsenses. Dieser Konsens läßt sich nicht durch theoretische Überlegungen herstellen, auch Aufrufe zur Solidarität und zum Teilen reichen nicht aus. Armut entsteht im Wesentlichen aufgrund wirtschaftlicher, sozialer und politischer Prozesse in der Verteilung von Ressourcen. Die Bekämpfung der Armut kann somit nur politisch geregelt werden.

Die Zunahme der Einkommensarmut stellt keine Sonderentwicklung dar, sie ist vielmehr lediglich ein Moment eines sehr deutlichen Umverteilungsprozesses. Während Jahr für Jahr das Pro-Kopf-Einkommen weiter ansteigt, ist dieser Reichtum zunehmend ungleichmäßiger verteilt. Geht man von dem weiter gefaßten, oben skizzierten lebenslagenorientierten Armutsbegriff aus, ergibt sich ein ähnliches Bild: Bei einem insgesamt hohen Versorgungsniveau der Bevölkerung wächst die Zahl derer, die in einem oder mehreren Bereichen wie Wohnen, Arbeit, Bildung, Gesundheit etc. keine ausreichende Versorgung finden.

Durch die deutsche Einigung hat das Erscheinungsbild von Armut und Unter-

versorgung völlig neue Konturen angenommen: Die bisherigen — und natürlich auch weiterhin existierenden — Formen der Abspaltung und Ausgrenzung benachteiligter Bevölkerungsgruppen im Westen werden heute ergänzt und überlagert durch eine Ost-West-Polarisierung von Lebenslagen und Lebenschancen.

Die Sozialversicherung als Kernbereich unseres sozialen Sicherungssystems gewährt zwar beim Eintritt bestimmter Risiken Lohnersatzleistungen. Da dieses System jedoch über das Versicherungsprinzip an den Arbeitnehmer/-innen-Status gekoppelt ist, verfügen nicht alle Bevölkerungsgruppen über Leistungsansprüche; die Zielsetzung einer Lebensstandardsicherung hat zudem zur Folge, daß die frühere Position in der Erwerbshierarchie auch das Niveau staatlicher Transferleistung bestimmt. Folge: Benachteiligte Positionen in der Erwerbsarbeit werden nur begrenzt durch staatliche Transferleistungen aufgehoben, vielmehr durch die Sozialpolitik tendenziell reproduziert.

Durch die sich abzeichnende Aushöhlung des Normalarbeitsverhältnisses wird das Fundament der Sozialversicherung zunehmend schmaler. Darüber hinaus werden angesichts einer Tendenz zur Individualisierung und Pluralisierung von Lebensformen die tradierten Sicherungsnetze Ehe/Familie in ihrer Schutzfunktion immer brüchiger.

Da die verschiedenen Gruppen der armen Bevölkerung auch in Zukunft kaum allein in der Lage sein werden, eine wirksame öffentliche Lobby aufzubauen, sind potentielle Bündnispartner gefordert, diesen Prozeß aktiv zu unterstützen und öffentlich Position zu beziehen. Als Bündnispartner kommen hier insbesondere die Wohlfahrtsverbände, die Kirchen und die Gewerkschaften in Betracht.

Die Nationale Armutskonferenz sieht ihren Auftrag darin, einen Beitrag zu einer veränderten Politik zu leisten, damit die Lebenslage armer Menschen verbessert und eine strukturelle Überwindung von Armutsbedrohung erreicht wird. Das soll geschehen z.B. durch die Forderung nach einer gesetzlich verankerten, regelmäßigen nationalen Armutsberichterstattung, die im Bundestag zu diskutieren ist und zu der die Bundesregierung Stellung zu nehmen hat; vor allem zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West sind aus der Sicht der Nationalen Armutskonferenz folgende Forderungen besonders dringlich: Einführung einer existenzsichernden Grundsicherung, um die Ausgrenzung eines Teils der Gesellschaft dauerhaft zu verhindern; Abbau von Struktur-mängeln und -lücken in vorgelagerten Sicherungssystem; Schaffung von ausreichendem bezahlbarem Wohnraum; Verstärkung der Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt, insbesondere in den neuen Bundesländern; Bildung, Aufbau, Sonderstellung einer eigenständigen Existenzsicherung für Frauen im sozialen Sicherungssystem; eine Gesundheitspolitik, die die gleichwertige Versorgung aller Bevölkerungsgruppen gewährleistet.

Nationale Armutskonferenz, c/o Paritätischer Wohlfahrtsverband, Heinrich-Hoffmann-Str. 3, 6000 Frankfurt 71, Tel.: 069/67 06 239.

Der folgende (aus Platzgründen leicht gekürzte) zweite Teil des in der letzten Ausgabe begonnenen Beitrags zu den Expansionsplänen der türkischen Bourgeoisie aus kurdischer Sicht befaßt sich mit der Situation in der Türkei und der Lage in Kurdistan. — (Red.)

Die Lage der Werktätigen und der linken Kräfte in der Türkei

Die Werktätigen in der Türkei setzen keine Hoffnungen mehr in die bürgerliche Politik. Nur weil keine Alternative vorhanden ist, lassen sie sich gezwungenermaßen im Schlepptau der bürgerlichen Politik mitziehen. Der tägliche Anstieg der Lebenshaltungskosten, Inflation und Arbeitslosigkeit, das soziale Chaos in der Gesellschaft, die Behinderung gewerkschaftlicher Organisation, Massenentlassungen, daß immer noch Millionen Menschen ohne jegliche soziale Absicherung leben, die in Polizeistationen systematisch angewendete Folter, Massenverhaftungen, „Verschwindenlassen“ in der Polizeihaft, einseitige Auslegung der Gesetze zugunsten des Staates, „Hinrichtungen ohne Urteile“, die auf der Straße sofort von Polizeibeamten vollzogen werden, all das quält die Werktätigen in der Türkei immer mehr.

Die Bedingungen, den Unmut und Protest gegen diese Zustände durch demokratische Kanäle zum Ausdruck bringen zu können, sind völlig beseitigt worden. Die fortschrittliche Presse befindet sich in einer Umzingelung, sie arbeitet unter dem Damoklesschwert der „Anti-Terrorismus“-Gesetze. Die Werktätigen zeigen ihren Protest nur durch gewerkschaftliche Aktionen und Streiks und die bewegen sich innerhalb der von der Bourgeoisie gezogenen Grenzen. Obwohl die Basis für eine Radikalisierung des Arbeiterwiderstands vorhanden wäre, führen die Faktoren Repression, gesetzliche Beschränkungen, vereiniger Block der Bourgeoisie gegen die Werktätigen, die Zerrissenheit der Gewerkschaften, daß ihnen der Avantgardecharakter fehlt und sie eng mit dem Regime verbunden sind, und die Schwäche der linken Kräfte, die den Widerstand der Werktätigen anführen müßten, dazu, daß dieser Widerstand sehr unterentwickelt geblieben und entpolitisiert worden ist.

Die Linke in der Türkei hat ihre traditionelle Stärke verloren. Die entscheidenden Ursachen dafür können folgendermaßen aufgezählt werden: Die Linke hat die langfristige ideologische Abhängigkeit vom Staat nicht überwunden. Die Gewalt des 12. September-Putsches 1980 hat die linken Kräfte zerschlagen. Die Linke war ideologisch von äußeren Kräften abhängig. Der Zusammenbruch des Realsozialismus hat die Linke noch weiter geschwächt. Die größten Schwächen der Linken bestehen darin, daß sie nicht in der Lage ist, eine sich auf die aktuellen Fragen und Probleme beziehende Politik zu entwickeln, daß sie sich nicht mit dem kurdischen Volk solidarisiert und daß sie trotz ihrer Zersplitterung keine Einheit und auch keine Aktionseinheit bildet. Die Linke ist derzeit gegenüber dem Staat in einer reichlich schwachen Position.

Angesichts dieser Lage der Linken werden die Werktätigen von der Bourgeoisie beeinflusst. Die Intellektuellen besitzen keinen Einfluß. Sie stehen unter dem Einfluß der Expansionspropaganda des Staates. Viele wechseln die Fronten. Dann gibt es nicht wenige, die sich abstrakt mit dieser staatlichen Propaganda befassen. Einige linke Gruppen sind immer noch damit beschäftigt, sich mit Themen rein abstrakter Politik zu befassen.

So sieht die Lage in der Türkei, in der Umzingelung durch die Repression, durch die Verbote und durch die Ausbeutung aus. Die Linke ist nicht in der Lage, eine Verbindung mit den Werktätigen aufzubauen. Sobald sie nur ihren Kopf hochhebt, schlagen die Staatskräfte mit der größten Barbarei zu.

Die Bourgeoisie zwingt ihren „Mısak-ı Milli“ (großtürkischen) Geist der ganzen Gesellschaft auf. Sie läßt mit der Parole, das 21. Jahrhundert werde das Jahrhundert der Türken werden, die pantürkische Politik der Osmanen während des Krieges 1914-8, wieder aufleben.

Eine klare Definition des politischen Klimas der Türkei ist ziemlich schwierig. Die Besonderheiten dieses Klimas sind bekannt. Die Bourgeoisie will das Volk als ergebene Jasager ihrer Politik und Unterstützer ihrer Expansionsbestrebungen sehen. Die ökonomischen und sozialen Probleme stehen dem je-

Die Klassenkämpfe in der Türkei und die Lage in Kurdistan

doch entgegen. Das Regime versucht, die Widersprüche durch Methoden der Gewalt und Propaganda zu beseitigen. Das System wird auf Dauer jedoch nicht so weitermachen können. Die Bourgeoisie wird irgendwann den Werktätigen einen neuen Weg aufzeigen und ihre Expansionspropaganda in die Tat umsetzen müssen. Wenn sie das nicht tut, kann sie nur noch die Ausbeutung und Unterdrückung, die schon an extreme Ausplünderung grenzt, noch weiter steigern, und das dann noch mitzutragen, ist für die Werktätigen fast unmöglich. Es sieht nicht danach aus, daß die linken Kräfte in nächster Zeit einen organisierten Widerstand zeigen werden. Und das läßt die Unklarheit noch weiter wachsen.

Die Medien spielen eine große Rolle für die Politik der Bourgeoisie. Die bürgerliche Presse betreibt massive Expansionspropaganda. Die Zeitungen, die kein Wort von den Verbrechen der türkischen Armee und von den Konterguerillamorden in Kurdistan schreiben, bringen täglich den Chauvinismus im Volk anheizende Schlagzeilen von der „Brutalität der Serben“, von der „Grausamkeit der armenischen Banden“ etc. Die Presse steht unter der Kontrolle der Spezialkriegsbehörde des türkischen Generalstabs und ist ein Teil dieses Spezialkriegs geworden. Diese Propaganda hat einen ernstzunehmenden Einfluß auf die Volksmassen.

Der Einfluß der linken Presse ist äußerst beschränkt. Ihre Auflage ist extrem niedrig, sie wird ständig verboten und beschlagnahmt sowie wirtschaftlich ruiniert.

Die Ausweglosigkeit des Regimes in Kurdistan

Es gibt nur eine einzige Kurdistanpolitik der türkischen Bourgeoisie, auch wenn sie bezüglich der einzelnen Teile Kurdistans unterschiedliche Taktiken anwendet. Sie ist gegen das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes in der Region und unternimmt, was sie nur kann, um zu verhindern, daß das kurdische Volk sein Selbstbestimmungsrecht bekommt. Die Dimensionen, die die Kurdistan-Frage erreicht hat, machen jedoch die traditionelle Politik der türkischen Bourgeoisie de facto unwirksam. Denn auf der einen Seite führt sie faktisch einen Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk, und auf der anderen Seite erkennt sie faktisch das Autonomieregime in Südkurdistan an. Tatsächlich ist zwar die Aufrechterhaltung dieses Regimes aufgrund seiner Struktur, seiner Zusammensetzung und des Charakters der darin vertretenen Parteien größtenteils von den politischen Bedingungen in der Region abhängig, doch die türkische Bourgeoisie war dazu gezwungen, sich in die Entwicklungen dort einzuschalten.

Dieses Mal verfolgte der türkische Staat, nachdem klar war, daß er diese Entwicklungen nicht mehr verhindern kann, eine Politik, diese Kräfte in Südkurdistan zu kontrollieren und gegen den kurdischen Volkswiderstand der Unabhängigkeitslinie einzusetzen. Diese Politik betrieb der türkische Staat vollkommen in Kollaboration mit den imperialistischen Kräften. Dazu sollte die Aufrechterhaltung der militärischen Präsenz des Imperialismus in der Region in der Form der NATO-Eingreiftruppen als Schutzschild dienen.

Das ohne Basis gegründete kurdische Autonomieregime ist wirtschaftlich und militärisch vom türkischen Staat abhängig. Die türkischen Agenten tummeln sich in allen Städten, die türkische Armee bekam offiziellen Beraterstatus. Die Türkei hat sich zur einzigen Verbindung für das Autonomieregime gemacht, denn nur auf diesem Weg kann sie die politische Abhängigkeit des kurdischen Autonomieregimes von ihr zementieren. Der feudalbourgeois Charakter der kurdischen politischen Organisationen, die das Autonomieregime bilden, und ihre Kollaboration haben dieser Politik den Boden bereitet.

Die TR hat, gestützt auf diese Beziehungen, diese Kräfte zum Angriff auf die PKK gehetzt. Das erste, was diejenigen, die diesen kurdischen Autonomiestaat gegründet haben, getan haben, war, sich zum Angriff auf ihr eigenes Volk und auf seine Avantgarde herzugeben. Die Völker der ganzen Welt haben

diesen Verrat beobachten können. Die hinter diesem Angriff steckenden imperialistischen Kräfte rieben sich dabei die Hände. Diesen Punkt kann die TR natürlich als Erfolg für sich verbuchen.

Das darf jedoch nicht überbewertet werden, denn was ändert schon ein unverdienter Teilerfolg? Die TR steckt in der Kurdistan-Frage in einer totalen Sackgasse. Das Problem hat solche Dimensionen erreicht, daß es sogar die innere Ordnung des Systems beeinträchtigt. Und selbst wenn wir die Lage in Kurdistan einmal außer Acht lassen, auch für die Türkei selbst gilt, daß der Kampf des kurdischen Volkes die Hauptursache für die ausweglose ökonomische, soziale und politische Krise des Regimes ist. Noch wichtiger dabei ist, daß die TR, solange es die ungelöste Kurdistan-Frage gibt, keine Wertschätzung erreichen kann, nicht expandieren kann und auch von ihren Unterstützern mit Argwohn betrachtet wird.

Was unternimmt die türkische Bourgeoisie zur Lösung des Problems? Sie sagt: „Der Terror soll eingestellt werden, dann werden wir Reformen durchführen.“ Die türkische Bourgeoisie setzt vollkommen auf eine militärische Lösung des Problems, alle bürgerlichen Parteien agieren in der Kurdistan-Frage gemeinsam ... Die unter dem Befehl der Armee stehende Konterguerilla mordet weiter kurdische Intellektuelle und

wurde dagegen gestärkt und wird weiter gestärkt. Die kurdischen Menschen aller Schichten, ob sie in Kurdistan auf dem Land, in der Stadt oder in der Türkei leben, haben nur eine einzige Überlebenschance, und das ist der Sieg der PKK. Die TR hat keine Chance, als Alternative zur PKK eine kollaborierende kurdische Bewegung zu schaffen. Solche Anstrengungen werden zwar ständig unternommen, doch die TR hat diese Chance längst verspielt.

Der von der TR in Kurdistan geführte schmutzige Krieg isoliert die TR ständig auf internationaler Ebene. Das menschliche Drama in Kurdistan ist in der Weltöffentlichkeit bekannt. Allerdings wird von den imperialistischen Kräften durch ihre Medien verhindert, daß sich diese Öffentlichkeit auswirkt, und sie versuchen, das kurdische Volk und seinen Freiheitskampf zu isolieren. In dieser Hinsicht machen sich auch die imperialistischen Kräfte mitschuldig und sind Mittäter der Verbrechen der TR.

Die TR hat durch die von ihr betriebene Politik Kurdistan verloren und das Volk dadurch dazu gebracht, sich politisch ganz und gar gegen die TR zu stellen. Der Staat kann seine Existenz in Kurdistan nur noch durch seine Armee und mit militärischer Gewalt aufrechterhalten.

Der Krieg in Kurdistan kommt dem Staat teuer zu stehen. Einer der Haupt-

rung niederschlagen.

In diesem Zusammenhang können die Aktivitäten zur Bildung des Nationalparlaments Kurdistans als ein sehr wichtiger Erfolg des Volkes Kurdistans gewertet werden. Außerdem hat der Angriff der südkurdischen Kräfte auf ihr eigenes Volk auf Wunsch der TR diese bloßgestellt und isoliert und das Volk noch enger mit dem von der PKK verfolgten Weg verbunden. Das Volk hat praktisch erlebt, daß es keine andere Alternative gibt. Der Kampf in Kurdistan beeinflusst das politische Klima in der Türkei und bringt die Gewerkschaften, Organisationen, Intellektuellen und einfachen Menschen in der Türkei in Zugzwang. Früher oder später werden die werktätigen Massen der Türkei dazu gezwungen sein, ihre Stimme zu erheben.

Für das kurdische Volk ist die Sache ganz klar. Es kann nicht weiterexistieren, indem es sich der staatlichen Gewalt beugt. Und die TR kann dieses Problem auch nicht mit Gewalt lösen. Wenn die TR so weitermacht, und das wird sie wohl tun, dann wird sich der Krieg nur noch verschlimmern. Die Phase des Blutvergießens kann so schnell verkürzt werden, wie das kurdische Volk und seine Avantgarde eine Phase der Sensibilisierung für eine politische Lösung erkennen kann.

Hierbei ist es von ausgesprochener Wichtigkeit, daß das kurdische Volk mit seinem Kampf nicht alleine gelassen wird. Das wichtigste Standbein einer Unterstützung für seinen Kampf ist die Türkei. Es ist von großer Bedeutung für das kurdische Volk, daß die Werktätigen der Türkei sensibilisiert werden und diese Sensibilisierung in Aktionen verwandeln. Eine solche Entwicklung ist auch von lebenswichtiger Bedeutung für die Befreiung der türkischen Werktätigen.

Für den Kampf des kurdischen Volkes um Menschlichkeit ist die Solidarität der revolutionären, demokratischen und humanistischen Kräfte aus Europa sehr wichtig. Das Leid, das dem kurdischen Volk angetan wird, erscheint viel zu wenig in der Öffentlichkeit.

Die Staaten bilden da ein ernstzunehmendes Hindernis und sie sind es auch, die die TR aufrüsten, ermutigen und sich zu Mittätern ihrer Morde machen. Wenn die gemeinsamen Werte der Menschheit wirklich gemeinsame sind, dann muß die Mißhandlung und Verletzung der Menschenwürde des kurdischen Volkes auch nicht nur sein Problem sein, sondern die gesamte Menschheit angehen.

Da ist zum Beispiel die BRD. Die Waffen aus den Beständen der ehemaligen DDR sind jetzt zum großen Teil in den Händen der türkischen Armee, die damit kurdische Dörfer und Städte bombardiert und beschießt. Deutsche Panzer werden dazu benutzt, kurdische Zivilisten zu Tode zu schleifen. In der BRD werden Streubomben, also Massenvernichtungswaffen, die zum Einsatz gegen die kurdische Zivilbevölkerung vorgesehen sind, produziert und an den türkischen Staat geliefert. Die türkische Armee wird mit neuer Ausrüstung von den BRD-Imperialisten aufgerüstet und erhält weitere Militärhilfe. Wenn die staatliche Kontrolle der Medien ein wenig überwunden wird, dann sind in der BRD immer wieder die Menschheit beschämende Nachrichten und Bilder aus Kurdistan zu sehen, Frauen, die vergewaltigt wurden, Menschen, die durch Bombardements ihr Augenlicht verloren haben, zu Behinderten gemachte Kinder, das Elend der aus ihren Dörfern vertriebenen Menschen etc. Obwohl darüber berichtet wird, zeigt sich ein gravierender Widerspruch, denn die Presse, demokratische Kreise und humanistische Gruppen, die sich sonst mit solchen Themen befassen, folgen beharrlich der vom Staat festgelegten Politik und schweigen. Einige dieser Kreise gehen sogar noch weiter und maßen sich an, unter dem Deckmantel von Demokratie das kurdische Volk und seine Avantgarde des Widerstands zu verurteilen.

Humanität muß aber einen internationalistischen Charakter haben. Wo immer die Menschheit unterdrückt wird, dort muß Solidarität gezeigt werden und das auf aktive Weise. Noch dann, wenn die herrschenden Klassen eines Landes in diesen Völkermord verstrickt sind, muß es weitaus Besseres tun geben, als auch noch zum Mittäter zu werden. — (S. Celik)



In einem Lager der ARGK in Südkurdistan. Bild: af/mz

Patrioten. Es gibt wenige Länder auf der Welt, in dem so viele Menschen so willkürlich, hinterhältig, brutal und häufig ermordet werden wie in Kurdistan. 1992 wurden allein in Batman, Silvan, Nusaybin und Diyarbakir weit über 1000 Menschen auf diese Weise von der Konterguerilla ermordet. Die Ermordeten waren Ärzte, Pressemitarbeiter, Ingenieure, Lehrer, Geistliche, Schüler und Studenten, Handwerker, Angestellte und Bauern.

In Kurdistan kann von Menschenrechten keine Rede sein, das wäre eine Beleidigung dieses Begriffs. Die von der TR in Kurdistan betriebene Politik kann nicht nur als Gewalt bezeichnet werden, es ist die reinste Völkermordpolitik.

Es ist klar, was die TR vorhat. Sie will die PKK durch militärische Gewalt liquidieren. In dieser Hinsicht herrscht Konsens zwischen der Armee, dem Parlament und den bürgerlichen Medien.

Doch betrachten wir einmal die andere Seite der Medaille. Die TR steigert seit zehn Jahren ständig die Dosis ihrer militärischen Gewalt, trotzdem gelang es ihr nicht, die PKK zu liquidieren. Und das wird ihr auch in Zukunft nicht gelingen. Denn sie ist im Unrecht. Die PKK

gründe, warum die Inflation nicht gesenkt werden kann, ist der Krieg in Kurdistan ...

Wer diese Fakten hinter der staatlichen Propaganda und Gewaltpolitik nicht erkennt und die Dimensionen, die der Befreiungskampf des Volkes Kurdistans erreicht hat, nicht sehen will, läßt sich täuschen. Wer das jedoch erkennt, und bei einer realistischen Analyse kommt man nicht umhin, dies zu erkennen, sieht, daß die Expansionspolitik der TR erfolglos bleiben wird und nichts als Illusionen sind. Die TR kommt, solange sie ihren Buckel Kurdistan behält, nicht weiter, aber gleichzeitig ist dieser Buckel auch das Motiv für die TR, sich in Abenteuer zu stürzen.

Andererseits haben sich die politischen Möglichkeiten für den nationalen Befreiungskampf Kurdistans auch verbessert. Diejenigen, die von den Expansionsbestrebungen der TR beunruhigt sind, sind dazu gezwungen, sich der Realität Kurdistans auf eine richtigere Weise zu nähern, wenngleich sich das auch noch nicht materiell manifestiert. Das kurdische Volk will, daß sich die Fortschritte, die sein Befreiungskampf gemacht hat, in einer Institutionalisie-

Schlappe für Haider FPÖ gespalten

Erfreulicher Ausgang des Anti-Ausländer Volksbegehrens von Haider FPÖ: nur 417278 Unterschriften erhielt die rassistische Initiative, das sind knapp 7,4% der Wahlberechtigten. Über den Mißerfolg kann auch die naßforsche Art nicht hinwegtäuschen, mit der Haider versuchte, die Schlappe mit dem „Psychoterror“ und der „brutalen Argumentation“ der Gegner zu erklären. Wahr ist allerdings, daß die breiten antirassistischen und antifaschistischen Aktivitäten und Wirkung gezeigt haben. Noch im Dezember, vor dem Beginn der Aktionen gegen „Österreich zuerst“, erklärten über 17% der Stimmberechtigten, sicher für das Begehren stimmen zu wollen. In dem Maß, in dem die Aktivitäten gegen Ausländerfeindlichkeit zunahm, sank ihre Zahl.

Erste Auswertungen haben gezeigt, daß nicht, wie prognostiziert, überdurchschnittlich viele arme Leute, und hier vor allem Rentner und Hausfrauen, für Haider Begehren stimmten; auch läßt sich kein Zusammenhang zwischen Regionen mit hohem Ausländeranteil und großer Unterstützung des Begehrens aus dem Ergebnis herauslesen.

Der schweren Schlappe für Haider folgte umgehend eine zweite: vier Tage nach dem Ausländer-Volksbegehren

spaltete sich die FPÖ. Haider Stellvertreterin Heide Schmidt, gleichzeitig stellvertretende Parlamentspräsidentin, und vier weitere FPÖ-Parlamentarier erklärten ihren Austritt aus der FPÖ. Sie wollen ein „Liberales Forum“ und eine eigene Fraktion gründen. Die Liberalen begründeten ihren Austritt mit der von Haider betriebenen „extrem feindseligen“ Polarisierung in Österreich und mit der kürzlich vollzogenen europapolitischen Kehrtwendung des einstigen EG-Befürworters. Haider zeigte sich zwar „enttäuscht“, sprach aber auch von „Ballast“, den man losgeworden sei. Die „Dissidenten“, so Haider unter deutlicher Bezugnahme auf NS-Vokabular, hätten ihr persönliches Interesse vor das der „Gesinnungsgemeinschaft“ gestellt und sich als „fünfte Kolonne im Dienst der Altparteien“ mißbrauchen lassen. Mit dem Verlust der letzten Feigenblatt-Liberalen sei die Haider-FPÖ „endgültig den Republikanern Schönhubers in Deutschland und der Nationalen Front Le Pens in Frankreich gleichzusetzen“, urteilt der Wiener Kurier. Gefordert sind jetzt die Liberale Internationale und vor allem auch die FDP: Die FPÖ muß ausgeschlossen werden, Einladungen an Haider von FDP-Gliederungen darf es nicht mehr geben. — (jü)

Balkankrieg: Kohl für Waffen nach Bosnien

Ende Januar griffen kroatische Truppenverbände die unter UNO-Aufsicht stehenden serbisch besiedelten Gebiete in Kroatien an. Das war ein glatter Bruch der Waffenstillstandsvereinbarung, die vor einem Jahr zwischen der UNO, Kroatien und den in diesem Gebiet, der sogenannte Kraijna, lebenden Serben. Die Republik Kraijna wurde von den Serben ausgerufen, nachdem in der neuen Verfassung von Kroatien nur noch von einem Staat der Kroaten die Rede war, mit der Konsequenz, daß alle Angehörigen anderer Nationalitäten nur noch mindere Rechte in diesem Staat haben werden. Der Gründung der Republik Kraijna vorausgegangen waren massenhafte Vertreibungen von Serben aus diesen Gebieten. Nachdem die Serben in der Kraijna die politische und militärische Gewalt ausübten, revanchierten sie sich ebenfalls mit Vertreibungen der dort lebenden Kroaten. Die Offensive der kroatischen Armee war nicht überraschend, sie wurde nur etwas später erwartet. Denn Ende Februar läuft das Mandat für die UNO-Truppen in der Kraijna aus, und die kroatische Regierung hatte nicht vor, dieses wieder zu verlängern. Der kroatische Präsident Tudjman selbst nannte den Grund. Kroatien sei inzwi-

schon wieder genügend gerüstet und benötige die Hilfe der UNO-Truppen nicht mehr. Offen verkündete Tudjman damit die Verletzung des Waffenembargos der UNO, das für alle Staaten der Balkanregion gilt. Erst in jüngster Zeit wurden in der Adria zwei Frachter aufgebracht, die Waffen für Kroatien geladen hatten. Natürlich war das medienwirksame Entern der Frachter durch EG-Kriegsschiffe nur eine Propagandaaktion, welche die wirkliche Frage verschleiern soll: Wo bekommt Kroatien die schweren Waffen her? Daß die Bundesregierung in Bonn immer weniger Skrupel hat, offen ihren Waffendeal mit den Balkanstaaten zu machen und den Krieg weiter anzuhetzen, zeigen die jüngsten Äußerungen von Kohl und Rühe. Beide befrworteten die Aufhebung des Waffenembargos für Bosnien-Herzegowina. Für den bosnischen Präsidenten Izetbegović war dies der gefundene Anlaß, alle Friedensgespräche zu torpedieren, um mit den in Aussicht gestellten Waffen den Krieg auf eine neue Spitze zu treiben. Im übrigen sind in der bosnischen Regierung auch Kroaten vertreten, die dann ebenfalls in den Genuß bundesdeutscher Waffenlieferungen kämen. Und damit schließt sich wieder der Kreis. — (hav)

Hochst: Weltweite Konzernpraxis enthüllt

Acht Belegschaftsvertreter des Hoechst-Konzerns aus fünf Ländern stellten auf einer Veranstaltung am 18. Januar in Frankfurt die Ausbeutungs- und Disziplinierungsmaßnahmen sowie die Arbeitsbedingungen in Uruguay, Brasilien, Südafrika, Australien und Deutschland an den Pranger. Die Veranstaltung organisierten kirchliche, gewerkschaftliche und ökologische Organisationen.

Hochst Brasilien verbietet jegliche gewerkschaftliche Organisation sowie die Wahl von Betriebsräten. Die Arbeitsbedingungen sind gesundheitsschädigend. Taubheit, Blut- und Lungenkrankheiten der Arbeiter sind die häufige Folge. Hoechst weigert sich, das brasilianische Arbeitsrecht und die Beschränkung der Arbeitszeit für Schichtarbeiter auf 6 Stunden pro Tag umzusetzen und läßt 44 Wochenstunden arbeiten.

Hochst Südafrika hielt sich nie an den relativ liberalen EG-Kodex. Gewerkschaftliche Organisation außer in den sogenannten Sweetheart-Unions, Management-Zöglingen, war verboten ebenso wie Betriebsräte. Erst 1985 wurde die erste wirkliche Chemiarbeiter-Gewerkschaft, die CWU gegründet. Mit der

Teildemokratisierung Südafrikas in 1989/90, wurde das interne Hoechst-Regime härter: Entlassungen hauptsächlich von Gewerkschaftern aus erfindenen Gründen sind an der Tagesordnung.

Hochst Australien hebt sämtliche tariflichen Rechte aus. Arbeitsverträge werden nur noch als Einzelverträge abgeschlossen. Von den chemischen Konzernen in Australien ist Hoechst der einzige, der in den letzten 20 Jahren drei Betriebsräte entlassen hat wegen Wahrnehmung von Mitbestimmungsrechten und prahlte auch noch öffentlich damit. Bei Hoechst Australien waren und sind viele Einwanderer, die keine Englischkenntnisse haben und nicht wissen, mit welchen Stoffen sie arbeiten. Nachdem auffällig viele krank wurden und herauskam, daß mit krebserregenden Stoffen gearbeitet wird, setzten gewerkschaftliche Vertreter im Betrieb durch, daß jährliche Untersuchungen stattfinden. Heftige Kritik wurde an der Gewerkschaft IG Chemie geübt, die dem Hoechst-Konzern nicht entgegenarbeitet, und wiederholte Versuche zur Kontaktaufnahme durch Gewerkschafter aus Hoechst-Betrieben im Ausland ignoriert. — (udi)

Internationale Umschau



Mit einer Kundgebung für Gewerkschaftsrechte wehrten sich Ende Januar US-Textilarbeiter gegen Angriffe von US-Konzernen auf gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Die Teilnehmer der Kundgebung in Little Rock (Bild) forderten das Bundesamt für Arbeitsbeziehungen (NLRB) auf, die Angriffe der Textilkonzerne zu untersuchen und ihnen entgegenzutreten. So solle das NLRB gegen die Firma Earle Industries in Arkansas vorgehen, die sich seit zwei Jahren weigere, mit der Textilgewerkschaft überhaupt zu verhandeln, obwohl eine klare Mehrheit der Belegschaft vorher in einer Urabstimmung die Gewerkschaft ausdrücklich aufgefördert hatte, ihre Interessen gegenüber der Firma zu vertreten. — (rül, Bild: AFL-CIO News)

Regierungstruppen greifen Rote Khmer an

Nachdem die Versuche, die Roten Khmer politisch zu isolieren und Wahlen in Kambodscha abzuhalten, obwohl weiterhin vietnamesische Truppen und Kolonialisten sich im Land befinden, gescheitert waren, verstärkten jetzt Regierungstruppen den militärischen Kampf gegen die Roten Khmer. In der größten Truppenaktion seit dem Inkrafttreten des Friedensabkommens von 1991 unternahm die Armee einen Vorstoß auf einen Stützpunkt der Roten Khmer. Der Sprecher der UNO-Truppen berichtete, daß auch Dorfbewohner und Flüchtlinge von der Armee gezwungen wurden, an der Offensive teilzunehmen. Die Offensive scheint gescheitert: hundert Regierungssoldaten wurden gefangen genommen, zweihundert sind zu den Roten Khmer übergelaufen. — (alk)

Roma in der ČR fordern Verbot rassistischer Gruppen

Die in der Tschechischen Republik lebenden Roma fordern ein Verbot rassistischer und faschistischer Organisationen. Die gehäuften Übergriffe von Skinheads in den letzten Tagen mußten endlich strafrechtlich verfolgt werden. Die „stille Zustimmung der Regierung wird diesen faschistischen Trupps die Verletzung der gültigen Gesetze ermöglichen“. Statt die sozialen Probleme, die durch die Wanderung von Roma aus der Slowakischen Republik in die ČR entstehen, zu lösen, wählt die Regierung „lieber ungesetzliche Mittel zur Diskriminierung“. Sudd. Ztg., 5.2. — (alk)

Niederlande: Gesetz über „Sterbehilfe“

Am 5. Februar hat das niederländische Parlament ein Gesetz über Sterbehilfe beraten. Sozialdemokraten und Christdemokraten haben das Gesetz vorgelegt. Es sieht vor, die Strafbarkeit von „Sterbehilfe“ prinzipiell beizubehalten, aber eine Strafverfolgung der Ärzte bei bestimmten Bedingungen aufzuheben. Zu diesen Bedingungen gehört, daß der Kranke ausdrücklich den Wunsch zu sterben äußert. Außerdem sollen solche ärztlichen Entscheidungen meldepflichtig sein, um eine Nachprüfung zu erleichtern. Seit 1984 gibt es im niederländischen Parlament Gesetzesvorlagen zu diesem Thema, damals brachten die „linksliberalen“ „Demokraten 66“ einen ersten Gesetzentwurf ein, der Sterbehilfe erlauben wollte. Allein 1990 soll in den Niederlanden in 2300 Fällen „Euthanasie auf Verlangen des Patienten“ (FAZ, 6.2.93) vorgekommen sein, in weiteren 1000 Fällen sogar ohne einen solchen „Wunsch“. Heftigen Streit gibt es jetzt u.a. um eine Formulierung, die die Strafverfolgung auch bei Tötung „Willensunfähiger“ (dazu werden etwa Schwachsinnige gezählt) aussetzen will. Das wird als Euthanasie angegriffen. Die Opposition kritisiert weiter, daß die Grenzen zwischen Tötung mit und ohne Ersuchen des Kranken durch den Gesetzentwurf verwischt würden. Sie will das Gesetz in der zweiten Kammer stoppen. — (rül)

Ehemalige politische Gefangene erneut verhaftet

Am 14.1.1993 ist Mercedes Herranz Arcones (38 Jahre), ehemalige politische Gefangene, zusammen mit einem weiteren Genossen, Antonio Narváez Terner, von der Polizei in Barcelona festgenommen worden. Sie ist auch in der BRD bekannt, wo sie im Jahre 1990 Informationsveranstaltungen über den großen Hungerstreik der Gefangenen aus PCE(r) und GRAPO abhielt. Im Dezember 1989, kurz nach Beginn dieses Hungerstreiks, wurde sie aus dem Knast wegen Haftunfähigkeit entlassen. Die spanische Zeitung *El País* meldete, daß sie von einer Haftrichterin entgegen dem Willen der Regierung entlassen wurde, da sie unheilbar an Multipler Sklerose erkrankt ist. Ein Artikel aus *El País* vom 20.1.93 beschäftigt sich unter anderem mit der beabsichtigten Freilassung von José Ignacio Cuadra, der als GRAPO-Mitglied zu mehr als 50 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Seit 1988 dauern die Bemühungen um die Freilassung des ebenfalls unheilbar Erkrankten an. Die Haftrichterin Manuela Carmena meinte, es sei „nicht möglich, die Ideologie zu bestrafen“. Cuadra habe erklärt, er wolle „nicht zum Terrorismus zurückkehren“, weshalb sie ihre Absicht bekanntgibt, ihn bedingt freizulassen, wie sie es auch vor drei Jahren mit Mercedes Herranz machte, die vor einigen Tagen in Barcelona verhaftet wurde. Die Richterin erklärte, sie habe damals eine „absolut gesetzeskonforme Entscheidung“ getroffen.

Unser Kommentar: Die Festnahme von mehreren ehemaligen politischen Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) scheint zu einem größeren Programm von spanischer Bourgeoisie und Staat zu gehören, welches sich auch in einer Medienkampagne widerspiegelt. Aufgrund von Haftunfähigkeit freigelassene politische Gefangene würden ihre Freiheit nutzen, um mit ihren „verbrecherischen“ Aktivitäten fortzufahren. Die Freilassungen in Spanien stützen sich auf Artikel 60 der Gefängnisordnung, der besagt, daß Gefangene vorzeitig in bedingte Freiheit entlassen werden können, wenn sie unheilbar krank sind. Die Debatte um die Anwendung dieses Artikels für politische Gefangene sowie die Verhaftung von Ex-Gefangenen zeigen die politische Absicht auf. (I.S. — Internationale Solidarität, Bremen)

Türkei will „Hilfe gegen Fundamentalismus“

Am 8. Februar weilte die türkische Wirtschaftsministerin Tansu Ciller in Bonn. Sie sprach u.a. auf der Gründungsversammlung eines mit Hilfe der Bundesregierung gegründeten „Politikforums Deutschland-Türkei“. Sie verlangte von der Bundesregierung mehr Türkeihilfe, diesmal als „Hilfe gegen den Fundamentalismus“ — eine dreiste Forderung, wenn man bedenkt, daß der türkische Geheimdienst sogenannte „Hizbullah“-Gruppen direkt aufgebaut hat und lenkt, um mit ihrer Hilfe kurdische Politiker und oppositionelle Journalisten zu ermorden. Eine großdeutsch-türkische Allianz, gerade auch im Hinblick auf gemeinsame Expansion in die früheren zentralasiatischen Republiken der UdSSR, liege auch im Interesse der BRD, so Frau Ciller. Quelle: Süddeutsche Zeitung, 9.2.93 — (rül)



Mit einer landesweiten Demonstration und Kundgebung protestierten am 29. Januar in der belgischen Hauptstadt Brüssel Beschäftigte aus dem Erziehungswesen gegen niedrige Löhne und Überarbeitung. Sie verlangten ca. 5000 zusätzliche Planstellen, insbesondere bei der Behindertenfürsorge und der Ganztagsbetreuung von Kindern sowie eine Lohnerhöhung um 12,5 Prozent. Die Beschäftigten kritisieren, daß ihre Löhne um mehr als 10 Prozent unter denen der Lehrer liegen, die oft genau die gleiche Arbeit leisten. Bild: Eine frühere Kundgebung der Beschäftigten im Erziehungswesen in Brügge. — (rül, Bild: Solidair)

Protest gegen Sachleistungen

Friedrichshafen. Seit dem 4. 1. 93 erhalten die AsylbewerberInnen in Friedrichshafen anstatt der ihnen zustehenden auszahlbaren Sozialhilfe nur noch Naturalien in Form von sogenannten Essenskörben sowie monatlich 75 DM Taschengeld und einmal im Jahr neue Kleidung von der Stadt. Vor dem 4. Januar 1993 wurde ihnen die Sozialhilfe noch bar ausbezahlt.

Der Bodenseekreis lehnt in einem Bescheid das Vorgehen der Stadt Friedrichshafen ab. Der Grund sei der, den Kontakt der AsylbewerberInnen zur Bevölkerung zu verbessern.

Seit Anfang Januar boykottieren die AsylbewerberInnen die Annahme der Essenskörbe. In der Löwentalkaserne, der Keplerstraße und dem Wachirweg, Unterkünfte der Stadt, wird die Annahme der Essenskörbe verweigert. AsylbewerberInnen, die Arbeit haben, unterstützen finanziell ihre Mitbewohner, die keine Essenskörbe annehmen. Von Teilen der Bevölkerung wie dem Anti-Fa Bündnis wird der Boykott der Essenskörbe unterstützt durch Sach- wie Geldspenden. Durch unwahre Behauptungen versucht die Stadt, die Bevölkerung aufzusetzen. Kinder würden hungern, darauf werde keine Rücksicht genommen. Die Streikenden seien gewalttätig. Sie würden andere zwingen, die Essenskör-

be nicht anzunehmen. Bis heute sind es noch 350 bis 400 AsylbewerberInnen, die die Annahme der Essenskörbe verweigern. Am Donnerstag, den 4. Februar, demonstrierten 50 bis 60 AsylbewerberInnen vor und im Rathaus.

In der Fernsehsendung im ZDF Studio 1 am Dienstag, den 2. Februar, kam ein Bericht über die AsylbewerberInnen in Friedrichshafen. Ein Sparkassenbuch wurde gezeigt. Mit dem Kommentar, es sei das Sparbuch eines Asylbewerbers mit einem Guthaben von 30000 DM. Hiermit bezahle der Asylsuchende seine Schlepper. Die AsylbewerberInnen schleppten das Geld zu ihren Anwälten. Der AK Asyl habe angeblich die Verweigerung der Essenskörbe erst möglich gemacht. So Studio 1 in seinem Bericht.

Am Tag darauf distanzierte sich der Arbeitskreis Asyl von der einseitigen Berichterstattung.

Am Samstag, den 13. Februar, um 10 Uhr, wird in Friedrichshafen am Buchhornplatz/Cafe Cappuccino eine Demonstration stattfinden. Hierzu rufen auf die AsylbewerberInnen und das Anti-Fa Bündnis Friedrichshafen.

Information über ANTI-FA FN, Postfach 1722, 7990 FN. Spendenkonto: K. Schweizer, „Essen in Menschenwürde“ Kreissparkasse FN, Konto Nr.: 304964, BLZ 651 50040. — (jök)

Ökologische Linke Liste: Faschisten kein Thema!?

Frankfurt/Main. Am 28. 1. führte die „Ökologische Linke Liste“ (ÖkolinX) ihre zweite „zentrale“ Veranstaltung zu den Kommunalwahlen am 7. März über das Thema „Multikulturalismus und Ökofaschismus“ mit etwa 400 Teilnehmern durch. Es referierten die KandidatInnen der Liste: Jutta Dittfurth, Ulli Breuer (stellv. Vors. der IG Medien Ffm), Angela Grünzel (Antirassistische/Antifaschistische Stadtteilinitiative Gutleut) sowie Thomas Ebermann, Hamburg. Es handelte sich um die einzige von insgesamt dreizehn angekündigten (Wahl)veranstaltungen, deren Titel ausdrücklich eine Befassung mit Faschismus, also faschistischen Kandidaturen, versprach. Die Veranstaltung fand wenige Tage vor der Sitzung des Gemeindevorstandes statt, auf der — begleitet von Protesten des Stadtschülerrates — Listen der NPD, der REPS, der DVU, der ÖDP und der Freien Wählergemeinschaft Frankfurt (FWF) zur Kandidatur zugelassen wurden. Die NPD, die bei den Kommunalwahlen im März 89 — neben der ÖDP — als einzige faschistische Organisation kandidierte, erhielt damals 20574 Stimmen (6,6%), zog mit sieben Vertretern in die Stadtverordnetenversammlung ein und betreibt dort bis heute eine von SPD, CDU und GRÜNEN politisch nicht beachtete Tätigkeit. Von der NPD spaltete sich die FWF ab, deren zwei Vertreter ebenfalls in der Stadtverordnetenversammlung sitzen. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1989 konnten die Faschisten ihren Anhang noch vergrößern. Die REPS erhielten damals 16258, DVU-Liste D (DVU/NPD) 5675 Stimmen.

Obwohl die REPS nach wie vor mit einem Kommunalwahlergebnis von bis zu 7% — vor einigen Monaten waren es noch 10% — gehandelt werden, waren die faschistischen Kandidaturen kein eigentlicher Gegenstand der Veranstaltung von ÖkolinX. Auch die Kritik des Ökofaschismus, wie er repräsentiert durch die ÖDP am 7. 3. zur Wahl steht, wurde in den Referaten nur gestreift. Das eigentliche Anliegen der Ex-GRÜNEN bestand in einer Abrechnung mit dem Dezernenten des nach der letzten Kommunalwahl eingerichteten Amtes für Multikulturelle Angelegenheiten, Cohn-Bendit (Die GRÜNEN). J. Dittfurth bemühte sich um den Nachweis „gemeinsamer ideologischer Grundannahmen von Multikulti und Ethnopluralismus der (neuen) Rechten und Faschisten“; „... neben den offenen brutalen Formen des Rassismus herrscht ein subtilerer Multikulti-Rassismus, der Flüchtlinge kontingentierte, Menschen auf ihre ökonomische Verwertbarkeit beschränkt ...“. Den Ex-GRÜNEN

war vor allem an Ideologiekritik gelegen. Eine praktische Befassung mit der Tätigkeit des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten fand dabei kaum statt. Man muß kein Freund von Cohn-Bendit sein, um darauf hinzuweisen, daß die Abschaffung des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten eine zentrale Forderung der REPS und anderer Faschisten (sowie der CDU) ist. Für den Fall, daß die SPD nach den Wahlen ein Bündnis mit der CDU eingehen sollte, steht das Dezernat erklärtermaßen zur Disposition. Vor allem die REPS betreiben derzeit einen massiven Propagandaeinsatz mit Postwurfsendungen. „Deutschland muß das Land der Deutschen bleiben. Die multikulturelle Gesellschaft zerstört unsere Heimat ...“, schreiben sie in ihrem Kommunalwahlprogramm. „Frankfurt muß deutsch bleiben“ hetzt die DVU auf den Plakatwänden. Eine ausländerfeindliche Hetzschrift der DVU darf zwar — vorerst — nicht über die Post vertrieben werden. Eine „entschärfte“ Ausfertigung ist in Vorbereitung. Verteilt werden mußte von den Briefträgern ein Pamphlet, in dem die DVU titelt: „Für ein sauberes Frankfurt ... Kriminelle und Korrupte hart bestrafen ... Protest gegen die Altparteien“.

Schon jetzt muß als wahrscheinlich gelten, daß der faschistische Block seinen Stimmenanteil gegenüber der Kommunalwahl 89 noch steigern können und durch die REPS in der Stadtverordnetenversammlung vertreten sein wird. Daß die Schönhuber-Partei — wie noch vor einigen Monaten befürchtet — durch ein 10%-Ergebnis die Ablösung des rot/grünen Magistrats herbeiführen könnte, ist unwahrscheinlicher geworden, wenn auch nach wie vor nicht ausgeschlossen. Das Bündnis von SPD und GRÜNEN kann jüngsten Umfragen zufolge mit einem Stimmenergebnis von knapp über 50% rechnen, mit sinkender Tendenz. Die FDP erhält danach 3,5% und könnte somit erneut an der 5%-Klausel scheitern. ÖkolinX wird ein Ergebnis von 1,4% zugerechnet.

Die Ökologische Linke Liste führt den (Wahl)kampf gegen „rosa/grünlich“, im Kern gegen die GRÜNEN, und nicht gegen reaktionäre und faschistische Politik. Die Kritik an Multikulti und völkischem Ethnopluralismus dient primär diesem Zweck. Die PDS unterstützt diesen Kurs. Nachdem bereits die Listenbildung nicht unter Einbeziehung vorhandenen Widerstandes vollzogen wurde (s. PB 20. 11. 92), führt auch die weitere Strategie zu dem fatalen Ergebnis, daß eine Unterstützung von Linken, die an antifaschistischer Politik interessiert sind, kaum möglich ist, da das Konzept von ÖkolinX ausgrenzt. — (ola)

Krach in München: SPD unterstützt CSU-Referent

München. Das Rathausbündnis von Grünen und SPD droht zu zerbrechen, weil die SPD in der Frage der Besetzung des Münchner Ordnungsamtes eine 180 Grad Wendung vollzogen hat und den CSU-Hardliner Uhl in diesem Amt halten will. Für die Grünen steht dieser CSU-Politiker für eine reaktionäre Ausländerpolitik, für die Diffamierung von Flüchtlingen und Asylbewerbern, für die massive Einschränkung der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit und für eine autofreundliche Verkehrspolitik. Um die Zusammenarbeit mit der SPD fortzuführen, sehen die Grünen nur noch einen Weg. Die Kompetenzen des Ordnungsamtes müßten um den gesamten Komplex der Ausländerpolitik beschnitten und dem Sozialreferat zugeordnet werden. OB Kronawitter (SPD) ist dagegen. — (dil)

Stiftung fordert Abschiebestopp für Kurden

Hamburg. Der — im wesentlichen sozialdemokratisch besetzte — Vorstand der Hamburger Stiftung für politisch verfolgte setzt sich für die Wiedereinführung des Abschiebestopps für Kurden ein. Er weist in einer Erklärung vom 20. 1. und in einem ähnlich lautenden Schreiben an den 1. Bürgermeister Vochsauer auf die Unterdrückung der Kurden nicht nur in Kurdistan, sondern auch in den westlichen Teilen der Türkei hin und auf die „konkrete Gefahr für Leib, Leben und Freiheit“ abgeschobener kurdischer Flüchtlinge. „Jeder aus der Bundesrepublik kommende abgewiesene Asylsuchende wird nach seiner Ankunft zunächst in polizeilichen Gewahrsam genommen ...“ Die Stiftung wen-

det sich „entschieden gegen eine Aufnahme der Türkei in eine sogenannte Liste von Nicht-Verfolger-Staaten“. Ihre Aktion, so schreibt sie, richte sich „gegen die hiesige Ignoranz der Menschenrechtsverletzungen und den Völkermord am kurdischen Volk“. — (scc)

Gesundheitsworkshop für Aidskranke!

Stuttgart. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 11. landesweiten Positivtreffens 1993 haben eine Petition an den baden-württembergischen Landtag initiiert. Ohne finanzielle Unterstützung ist der von der Aids-Hilfe seit 1988 regelmäßig mit Fachleuten durchgeführte Gesundheitsworkshop für HIV-infizierte und aidskranke Menschen gefährdet. Die Betroffenen fragen: „Wieviel ist unserem Land unsere Gesundheit, unser Überlebenskampf, unser Ringen gegen Angst, Depression und Traurigkeit wert? Damit die Aids-Hilfe Baden-Württemberg überhaupt einen Gesundheitsworkshop durchführen kann, bräuchte sie 100 DM von jedem Mitglied des Parlaments“. — (evc)

Lage der Sinti in Niedersachsen

Goslar. „500 Jahre verfolgt, vernichtet, abgeschoben. Die ‚Zigeuner‘: Ein Volk von Dieben und Asozialen?“ Zu diesem Thema führte der „Runde Tisch Asyl“ am 28. 1. 1993 eine Veranstaltung mit Vertretern des Niedersächsischen Verbandes deutscher Sinti e. V. durch. Eingeladen waren auch Geschäftsleute, die ihre Läden in der Nähe der ZAST-Außenstelle haben und sich im letzten Sommer von bettelnden Roma belästigt fühlten. — In Deutschland wurden die Sinti erstmals 1407 in einem Ur-

kundenbuch der Stadt Hildesheim erwähnt. Die heute ca. 10000 in Niedersachsen lebenden Sinti haben einen deutschen Paß und zum größten Teil einen festen Wohnsitz. Alle Familien sind in dem Verband vertreten. Um Handel zu treiben, Marktstände und dergleichen, fahren sie zum Teil mit ihren Wohnwagen über Land. Die neue Welle von Ausländerhaß stellt unter anderem ihr lange Jahre funktionierendes Campieren auf öffentlichen Plätzen in Frage. In Leer wurde das Haus einer Familie angezündet. Bis heute wurden die Sinti nur in Einzelfällen mit lächerlichen Summen für ihre Leiden als Verfolgte im Nationalsozialismus entschädigt. Sie fordern den gleichen Minderheitenschutz wie zum Beispiel die Dänen in Schleswig-Holstein, der in der neuen Verfassung zu verankern wäre. Ihre Teilnahme an der Gedenkfeier im Niedersächsischen Landtag anlässlich des 60. Jahrestages der Machtübernahme Hitlers sagten sie ab, nachdem sie dort kein Rederecht erhielten. — (suo)

Wer nicht deutsch spricht, lebt gefährlich

München. 1992 waren fast ein Viertel aller am Arbeitsplatz tödlich verunglückten Personen in Bayern Ausländer. Nach Ansicht des bayer. Sozialministers Dr. Gebhard Glück ist dafür „Unkenntnis über die geltenden Schutzvorschriften“ häufig die Ursache. Er sah sich veranlaßt, an die Arbeitgeber zu appellieren, Arbeitsschutzvorschriften und -maßnahmen „auch für ausländische Mitarbeiter verständlich“ zu machen. Die Gewerbeaufsichtsämter sollen nach Anweisung von Glück im Baugewerbe, wo schwerpunktmäßig Ausländer beschäftigt sind, verstärkt die Einhaltung der Vorschriften durchsetzen. — (rew)



Föhr: Aktion gegen Ausländerfeindlichkeit

Föhr. Bei klirrender Kälte versammelten sich am Neujahrstag vor dem Rathaus der Stadt Wyk auf der Nordseeinsel Föhr ca. 1000 Leute, um gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit zu demonstrieren. Sie führten Kreuze mit sich, die an die in den vergangenen Monaten bei Anschlügen Ermordeten erinnerten. Hauptredner auf der Kundgebung war der Landtagsabgeordnete des Südschleswighen Wählerverbandes (SSW) Karl Otto Meyer. Er wertete auch diese Aktion als Zeichen dafür, daß der Gewalt Widerstand geleistet werde und sprach von seiner Vision: „Mein Vaterland ist die Erde und mein Volk die Menschheit.“ — (hel)

Der Riß in der Sicherheitsphilosophie

Brunsbüttel. Nun ist auch die Staatsanwaltschaft damit beschäftigt, um die Risse und deren Folgen in den Rohren des Kernkraftwerkes Brunsbüttel an der Unterelbe zu flicken: Sie hat zu prüfen, ob bei der Sicherheitsüberprüfung des Kraftwerkes Manipulationen stattgefunden haben.

Denn der Spiegel hatte kürzlich berichtet von den Aussagen eines ehemaligen Werkstoffprüfers der inzwischen aufgelösten Firma „Aweco“. Danach seien Angaben auf Planungsunterlagen der Kraftwerke Brunsbüttel und Krümmel verändert, sowie Röntgenaufnahmen von schadhafte Schweißnähten beiseite geworfen.

Zunächst gab es nur das übliche schon fast rituelle Pingpong zwischen dem zuständigen Sozialministerium in Kiel, zuständig für die Atomaufsicht in Schleswig-Holstein, und dem Umweltminister Töpfer in Bonn: Kiel „warnt“ und Bonn „sieht keine Gefahr“.

Inzwischen kommt bei dem Gehacke zwischen Kiel, den Kernkraftwerksbetreibern — den Hamburger Electricitätswerken (HEW) — und dem Umweltminister die Öffentlichkeit brisanter Widerspruch in der Sicherheitsphilosophie der deutschen Kernkraftwerksbetreiber heraus: Erstmals liegen einer deutschen Atombehörde Hinweise auf betriebsbedingte Risse in Kühlrohren eines Reaktors vor. Für die Gutachter der Atomaufsichtsbehörden galt bisher der Lehrsatz,

daß diese Schweißnähte niemals reißen werden.

Vor dem Bruch einer Leitung im Atommeiler werde stets eine Leckage auftreten und somit sei eine rechtzeitige vorsorgliche Abschaltung des Reaktors immer möglich. Die Entdeckung am Reaktor Brunsbüttel steht zu diesem Lehrsatz „Leckage vor Bruch“ im Widerspruch. Denn obwohl sich die Risse stellenweise bis zu 6,3 Millimeter einer nur 7,4 Millimeter dicken Rohrwand durchgefressen haben sollen, fiel der Betriebsleitung zunächst nichts auf.

Nur durch Zufall entdeckten im August vergangenen Jahres Gutachter während der routinemäßigen Jahresinspektion Anzeichen einer starken Erschütterung am Gehäuse der Isolationsventile, die den radioaktiven Kühlkreis im Notfall an der Außenwand des Sicherheitsbehälters zuverlässig abschließen müssen. Das Gehäuse einer dieser Großarmaturen war deutlich verformt. Eines der Isolationsventile hatte sich unvermittelt und regelwidrig plötzlich geöffnet. Der tonnenschwere Stempel des Ventils war mit gefährlicher Wucht auf das Rücklager des Armaturengehäuses geprellt.

Die Atomaufsicht im schleswig-holsteinischen Sozialministerium verfügte im Fall Brunsbüttel nun eine gründliche Inspektion der Schweißnähte im an die Ventile anschließenden Rohrgefüge. Zu diesem Zweck mußten die Rohrleitun-

decken die Techniker mit bloßem Auge sofort die Risse — im angeblich unverwundlichen „Austenit“-Stahl der Schweißnähte.

Und nun kam der springende Punkt: Ein Vergleich mit Röntgenaufnahmen der gleichen Schweißnähte aus früheren Jahren zeigte ein deutliches Rißwachstum, wie aus einem Brief des Chefs der Kieler Atomaufsicht hervorgeht. Bis zum 8. 2. 93 sind von den 650 Schweißnähten rund 20% als mit Rissen behaftet festgestellt worden. Und dabei gilt „Austenit“ als ein Werkstoff, der nach Überzeugung der verantwortlichen Bonner Atombeamten für die Sicherheit der deutschen Atomreaktoren garantiert soll. Eine Ermüdung und Korrosion dieses Spezialstahls durch den radioaktiven Betrieb gilt bis heute als amtlich ausgeschlossen!

Die Materialprüfungsabteilung der Erlanger Siemens Kraftwerksunion verbreitete am 8. Februar, ihr lägen in fünf Fällen Prüfergebnisse bei den Schweißnähten vor, die auf herstellungsbedingte Fehler schließen lassen. Sozialminister Jansen dazu im Schleswig-Holstein-Magazin des Fernsehens vom 8. 2.: „Da brechen ganze Welten zusammen.“ Herr Töpfer aber will erst mal abwarten und die Reaktorsicherheitskommission ein neuerliches Prüfergebnis erbringen lassen.

Quelle: Frankfurter Rundschau und ...



Stuttgart. 2500 bis 3000 Menschen beteiligten sich nach Angaben der Veranstalter am Sternmarsch und der Kundgebung zum 30. Januar. In verschiedenen Reden wurde auch der Einsatz deutscher Soldaten im Ausland und die dafür angestrebte Änderung bzw. „klarstellende Ergänzung“ des Grundgesetzes abgelehnt. — (evc/Bild: rac)

Kürzere Wege zum Schwangerschaftsabbruch

Stuttgart. In Baden-Württemberg haben sich 50 von insgesamt 157 Krankenhäusern mit gynäkologischen Fachabteilungen zur Durchführung legaler Schwangerschaftsabbrüche bereit erklärt, 24 davon wollen Abtreibungen auch ambulant vornehmen. 77 Krankenhäuser lehnen Abbrüche ab, wobei 23 dieser Kliniken kirchliche und 39 kommunale Träger haben. Von den letzteren sind 17 durch ablehnende Kreistagsbeschlüsse gebunden. Dieses Ergebnis erbrachte eine landesweite Umfrage des Sozialministeriums zur Umsetzung des Artikel 15 Nr. 2 des Schwangerschafts- und Familienhilfegesetzes. Er verpflichtet die Länder, ein ausreichendes und fächendeckendes Angebot ambulanter und stationärer Einrichtungen für Abtreibungen sicherzustellen. Hinzu kommt eine Umfrage der Kassenärztlichen Vereinigung unter fast 1 100 Kassenärzten mit gynäkologischen Praxen: 84 Ärzte erklärten sich zur Abtreibung bereit. In Baden-Württemberg hat bisher aufgrund der restriktiven Haltung der früheren CDU-Regierung kaum eine Klinik Abbrüche vorgenommen, und es gab nur drei ambulante Abbruchpraxen. — (evc)

Jugendvertreter nicht übernommen

Essen. Das erste Mal überhaupt wollen mehrere Krupp-Betriebe in Essen Jugendvertreter, die ihre Ausbildung beendet haben, nicht übernehmen. Bei Krupp Widia klagte die Geschäftsführung inzwischen auf Entbindung von der im Betriebsverfassungsgesetz festgeschriebenen Verpflichtung zur Weiterbeschäftigung. Die Begründung: Weite-

rer Belegschaftsabbau, in diesem Jahr soll kein Auszubildender übernommen werden. Der Betriebsrat wandte sich in einem „Info“ gegen diesen Vorstoß gegen gewählte Interessenvertreter. Da kein Nachweis über vorhandene Arbeitsplätze erbracht wurde, ging die erste Instanz jedoch verloren. Die IG Metall will weitergehen. — (wof)

Ausbreitung von Armut in einer der reichsten Städte

Hamburg. In der Stadt, die von der Annexion der DDR am meisten profitierte, hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger von 1980 bis 1990 auf über 180 000 fast verdoppelt. In keiner anderen Stadt ist sie so hoch wie in Hamburg: 112 von 1 000 Einwohnern sind 1990 auf Sozialhilfe angewiesen (Bundesdurchschnitt: 58). Fast zwei Drittel der Abhängigen lebt in Ein-Personen-Haushalten: anders als früher sind nicht mehr vor allem alte, alleinstehende Frauen mit kleiner Rente betroffen, sondern in steigendem Maße alleinlebende Männer und Frauen zwischen 21 und 50 Jahren. Vielfach führen der Zerfall der Familie, die Trennung von Lebenspartnern zum Verlust der Wohnung und zum Absturz ins Elend. In 23 % aller Fälle ist die offizielle Ursache des Sozialhilfebezugs Arbeitslosigkeit: Seit Anfang der 80er Jahre ist die Arbeitslosigkeit in Hamburg überdurchschnittlich hoch, die Langzeitarbeitslosigkeit hat große Ausmaße angenommen. Eine zweite Ursache ist die Einwanderung von Menschen aus dem Ausland, denen verboten bzw. äußerst erschwert ist, für ihren Lebensunterhalt zu arbeiten. 249 von 1 000 Einwohnern ohne deutschen Paß sind 1990 in Hamburg von Sozialhilfe abhängig. — (scc)

Flüchtlingsorganisationen gegen den Aufbau einer ZAST

Hamburg. 1992 haben rund 20 000 (7 % aller) Flüchtlinge Erstaufnahmeanträge auf Asyl gestellt (rd. 30 % mehr als 1991). Insgesamt warten 37 000 Menschen auf die Entscheidung über ihr Asylverfahren.

4 000 Flüchtlinge müssen in sogenannten „Hotels“ oder „Pensionen“, 10 000 in dezentralen Unterkünften der Sozialbehörde oder der Bezirke, 4 000 in Containerdörfern sowie 600 in einer geräumten Kaserne leben. Ende letzten Jahres forderte die Sozialbehörde zwei zusätzliche „Notprogramme“ für die Unterbringung von 2 300 weiteren Flüchtlingen vom Senat ein. Plätze wurden in Containerdörfern, auf Krankenhausflächen, in einer Kaserne und für die minderjährigen Flüchtlinge in Containern auf Schulgeländen eingerichtet.

Zur Zeit leben in Hamburg ca. 2 500 Menschen (statt vorgesehener 1 500) aus 60 Nationen, darunter 500 Kinder, auf zwei Aufnahme- und drei Wohnschiffen an der Elbe in drängvoller Enge. In der Aufnahme müssen rund 1 300 Bewohner bis zu vier Monaten ausharren, bis das Zwangsverteilungsverfahren abgeschlossen ist.

Ausgezahlt bekommen die Flüchtlinge lediglich ein Taschengeld (188 DM für einen erwachsenen Alleinstehenden). An Bord wird „Vollverpflegung“ organisiert, d. h. drei mal am Tag wird in Plastik verpacktes Essen serviert. Küchen bzw. Warmhaltevorrichtungen gibt es lediglich auf den Wohnschiffen. Die dort Lebenden erhalten dann auch den vollen Sozialhilfesatz. Viele Flüchtlinge leiden aufgrund der Fehlernährung unter

Darm-, Leber- und Magenerkrankungen. Ärzte und Pflegepersonal zweier naheliegender Krankenhäuser haben bereits mehrfach über örtliche Pressemeldungen gerade auf den schlechten Gesundheitszustand von in ihrem Heimatland Gefolterten und Verletzten und die Mangelerscheinungen bei den Kindern hingewiesen.

Erst auf Druck der Sozialarbeiter vor Ort und flüchtlingsbetreuenden Organisationen wurden einige Räume und ein Spielplatz vor den Schiffen und Betreuungsmöglichkeiten durch den Arbeiter-Samariter-Bund und Terre des Hommes durchgesetzt. Obwohl die Flüchtlingsschiffe zwischen einem Industriegelände (Fischverarbeitung) und der Elbpromenade, weit weg von den Wohngebieten des Stadtteils, liegen, haben in den letzten Monaten mehrere Anwohner, Schüler und Kircheninitiativen nicht nur Kleider- und Geldsammlungen organisiert, sondern auch Treffen und Feste mit Flüchtlingen veranstaltet und die Bezirksversammlung aufgefordert, die Lebens- und Gesundheitsbedingungen auf den Schiffen zu verbessern.

Das neue Asylverfahrensgesetz (1.7.92) regelt für alle Bundesländer verbindlich, daß alle neu ankommenden Flüchtlinge in Sammellagern unterzubringen seien, da dieses „im Interesse der sachgemäßen und beschleunigten Durchführung des Asylverfahrens“ liegt. Weil er die „Sogwirkung“ der Stadt begrenzen will, hat der Senat beschlossen, während des Aprils vier der bisherigen Schiffseinheiten durch zwei größere zu ersetzen. Die angestrebten

1 500 Plätze sollen ausschließlich für die Erstaufnahme von Antragstellern genutzt werden. Erstmals sollen in einem Verwaltungstrakt auf einem Schiff Abteilungen sämtlicher Behörden untergebracht werden, mit denen der Flüchtling gleich in den ersten Tagen konfrontiert wird. Die Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung von Flüchtlingen soll innerhalb von Tagen über „begründete“ bzw. „offensichtlich unbegründete“ Asylanträge entscheiden, Zwangsumverteilungs- oder Abschiebungsverfahren einleiten. Das Gesundheitsamt stellt die ärztliche Versorgung. Das Sozialamt zahlt das Taschengeld aus, denn die Vollverpflegung bleibt. Lange Warte- und Übersendezeiten der Behörden sollen begrenzt werden.

Flüchtlingsbetreuende Organisationen stehen der Einrichtung der Zentralen Aufnahmestelle (ZAST) ablehnend gegenüber. Gefordert werden verbesserte Lebensbedingungen auf den Schiffen (ausreichender Wohnraum, Gemeinschaftsräume, Kochgelegenheiten, volle Sozialhilfe u. ä.), keine Überwachung durch Sondergesetze und Sonderbehörden. Die Unterbringung auf Schiffen kann nur eine Notlösung sein. Dezentrale Unterbringung in Wohngebieten verschiedener Stadtteile statt Kasernen in Lagern wird angestrebt. Mehrere in Hamburg leerstehende Bürogebäude können schnell und kostengünstig umgebaut werden. In den nächsten Wochen sollen zur Verbreiterung des Widerstandes gegen die ZAST zahlreiche Veranstaltungen genutzt werden. — (ena)



5 000 demonstrierten zum Industrieclub

Düsseldorf. Rund 5 000 Antifaschisten demonstrierten am 30. Januar in Düsseldorf. Abgesehen von den Lichterketten und den Sternmärschen am Nachmittag in Köln, an denen sich 8 000 beteiligten, war die Demonstration damit eine der größten Aktionen zum 60. Jahrestag der Machübertragung an Hitler. Viele Teilnehmer mobilisiert hatte die VVN-BdA, gewerkschaftliche Kräfte waren ebenso vertreten wie Jugendorganisationen und Autonome. Mehrere hundert Teilnehmer waren aus Belgien und den Niederlanden angereist. Vor dem Düsseldorfer Industrieclub, wo eine Zwischenkundgebung stattfand, ertönte ein gellendes Pfeifkonzert.

Trotz einer Blockade der meisten Medien bis zum letzten Tag ist die Demonstration ein Erfolg gewesen. Der Aufruf wandte sich deutlich gegen die Rolle der Konzerne und Banken bei der Machtübertragung. Er trat gegen die Abschaffung des Asylrechts und gegen weltweite Einsätze der Bundeswehr ein und forderte das Verbot faschistischer Organisationen. Die in einer Auflage von 20 000 Exemplaren in NRW verbreitete Zeitung „60 Jahre danach...“ trug im Vorfeld dazu bei, die Auseinandersetzung mit einer Faschismus fördernden Politik der Bundes- und auch der Landesregierung zu führen. Die u. a. von der Stadt Düsseldorf, der SPD und den Kirchen getragene Lichterkette am gleichen Abend, an der 100 000 Leute teilnah-

men, war insofern keine Konkurrenz; ihre Zielrichtung war eben anders.

Bei den Kundgebungen sprach für die Initiatoren und die VVN-BdA Fritz Hollstein, der schon 1932 bei Hitlers Vortrag vor Konzern- und Bankchefs vor dem Industrieclub demonstrierte. Anschließend sprachen u. a. Vertreter der Antifa Bonn-Rhein-Sieg, der evangelischen Kirche und Beate Klarsfeld. Die stellv. Bundesvorsitzende der Gewerkschaft HBV, Margret Mönig-Raane, forderte die Bundestagsabgeordneten auf, gegen den „Asylkompromiß“ zu stimmen. Ein Vertreter der DIDF trat für den Kampf für gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche ein. Fatima Hartmann vom Rom e.V. forderte eindringlich dazu auf, die Abschiebungen von Roma vor allem nach Jugoslawien zu verhindern. Rundfunk und Presse haben hinterher zumindest in der Region berichtet und auch die Inhalte der Demonstration hervorgehoben.

Der Koordinationskreis der landesweiten Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW verwies im Schlußwort auf die Aufgabe, die nächste Konferenz vorzubereiten. Sie soll spätestens im Juni stattfinden, ein Ort wird noch gesucht. Die Konferenz kann zur Vernetzung unterschiedlicher Ansätze antifaschistischer Politik beitragen. Das ist gerade wichtig in einer Situation, in der sich an vielen Orten neue Initiativen und Gruppen bilden. — (wof)

Fast 7 Wochen unschuldig in Haft Ergebnisse einer Razzia im Asyllager

Augsburg. Am 12. 11. 92 fand in einem der größten Flüchtlingslager der BRD, in der Augsburger Proviantbachstraße, eine Großrazzia statt. Vorausgegangen waren wochenlange Proteste gegen die Einführung von Essenspaketen. Dabei kam es auch zu Blockadeaktionen. Die Razzia hatte den Zweck, den Widerstand der Flüchtlinge gegen die Essenspakete zu brechen. Um dies zu erreichen, ging die Polizei (insbesondere das USK) mit brutaler Härte gegen die Flüchtlinge vor. Um 3.00 Uhr morgens wurde das von ca. 1 500 Menschen bewohnte Gelände für acht Stunden abgeriegelt und durchsucht. Mehrere Flüchtlinge wurden als angebliche Rädelführer festgenommen und noch am selben Abend in andere Lager verschleppt. Die Resonanz der Presse war erschreckend. Überall war von Verbrechern, Rauschgifthändlern, Hehlern und Sozialhilfebetrüger die Rede. Die Polizei sprach davon, daß mehrere Personen wegen der oben angeführten Delikte verhaftet wurden.

Die Wahrheit sieht jedoch ganz anders aus. Die Ermittlungen wegen angeblicher Rädelführerschaft mußten eingestellt werden. Unter den 1 500 Flüchtlingen wurde nur ein Illegaler entdeckt. Ebenso konnte nur einem Flüchtling nachgewiesen werden, daß er doppelt Sozialhilfe bezog. Fehlerware gab es nicht. Bis auf ein japanisches Würgeholz wurden keinerlei Waffen gefunden. Zu-

dem wurden zwei Personen wegen Verstoß gegen das Betäubungsmittel-Gesetz verhaftet. Beide sollten angeblich Dealer sein. Während es sich bei einem der beiden um einen Konsumenten handelt, bei dem eine Selbstverbrauchermenge Haschisch gefunden wurde, saß der andere wegen einer „noch nicht identifizierten Substanz“ fast sieben Wochen in Haft.

Eine „UnterstützerInnengruppe der Flüchtlinge aus der Proviantbachstraße“ hatte diesen Skandal zusammen mit dem Rechtsanwalt des Betroffenen aufgedeckt, und schildert die Ereignisse aus ihrer Sicht: „Kenny A., der betroffene Flüchtling, hatte im Zusammenhang mit der Einführung der Essenspakete den Kontakt zu UnterstützerInnengruppen hergestellt und unter anderem dafür gesorgt, daß bei einer Antifa-Demo Anfang November ein solches Paket ausgestellt wurde. Während der gesamten Proteste hatte sich Kenny nichts Gerichtsverwertbares zuschulden kommen lassen, trotzdem sollte er wegen seiner Kontakte aus dem Verkehr gezogen werden. Dazu bot die Razzia eine willkommene Gelegenheit. Abgesehen von der Tatsache, daß Kenny als gläubiger „Zeuge Jehovas“ Drogen an sich ablehnt, machte uns bei der Festnahme einiges stutzig: Die angeblichen Drogen befanden sich nicht in dem Container, in dem Kenny zur Festnahmezeit lebte. Im Container, in dem die „Drogen“ gefun-

den wurden, lebte Kenny schon mehrere Wochen nicht mehr. Der Flüchtling, der zur Zeit der Razzia in diesem Container lebte und auch anwesend war, wurde nicht behelligt. Kenny wurde jedoch aus seinem Container heraus unmittelbar nach Auffinden der „Drogen“ gezielt festgenommen... Obwohl Kenny sofort erkrankungsdienstlich behandelt wurde, wurden die Fingerabdrücke auf der Tasche, in der sich die Substanz befand, nicht untersucht. Dies geschah erst sechs Wochen später auf Antrag des Rechtsanwaltes von Kenny. Das Ergebnis, keine Fingerabdrücke identisch, führte dann auch sofort zur Freilassung. Etwa eine Woche später wurde RA Wächtler durch den Staatsanwalt mitgeteilt, daß das angebliche Rohopium eine „noch nicht identifizierte Substanz“, jedoch sicher keine Droge sei.

RA Wächtler kann sich das ganze nur so erklären: „Entweder ist hier bewußt der falsche Stoff genannt worden, um Kenny oder andere Ausländer in Mißkredit zu bringen, oder die Polizei ist Opfer ihrer eigenen Vorurteile geworden. Weil sie glaubte, sie würde so etwas finden, ist sie auf einen Stoff, der ähnlich aussah, hereingefallen. Beides ist natürlich skandalös und schlimm für die Polizei und jeden, der von ihr betroffen ist.“ Herr Wächtler will jetzt Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung gegen die Polizistin stellen, die die Haftanzeige Kennys unterschrieben hat. — (zof)

Kurz berichtet

Justizskandal: Die Senatorin wird's überleben

Berlin. Das neu geschaffene Landesverfassungsgericht (LVG) hatte als ersten „Fall“ über die Haftbeschwerde Honeckers zu befanden. Dieses Urteil führte zur Aufhebung des Haftbefehls durch das Landgericht Berlin. Das LVG warf dem Landgericht Mißachtung der Menschenwürde Honeckers vor. Die Beschwerde einer Nebenklägerin beim Bundesverfassungsgericht wurde zurückgewiesen. Honecker reiste aus.

Gegen diesen Vorwurf gab Generalstaatsanwalt Neumann eine Erklärung ab. Die Heftigkeit dieser „Gerichtsschelte“ provozierte Gegenreaktionen. Es kam zutage, daß Justizsenatorin Limbach (SPD) beteiligt war. Am 21. 1. weigerte sich die Justizsenatorin im Abgeordnetenhaus, die Erklärung des Generalstaatsanwaltes zu kommentieren. Am 25. 1. mußte sie im Landesvorstand der SPD zugeben, daß „in der Justizverwaltung Formulierungshilfe geleistet worden ist... Doch sei zu keiner Zeit von ihrer Seite aus der Versuch gemacht worden, die Gerichtspräsidenten oder die Generalstaatsanwälte zu veranlassen, sich zur Entscheidung der Berliner Verfassungsrichter in der Öffentlichkeit zu äußern.“ Am 26. 1. gab Frau Limbach im Senat zu, „im Rahmen der Dienstaufsicht technische und Formulierungshilfe geleistet“ zu haben, da die Erklärung des Generalstaatsanwaltes „aus Gründen mangelnder sprachlicher Klarheit überarbeitungsbedürftig gewesen sei“. Vor dem parlamentarischen Rechtsausschuß des Abgeordnetenhauses am 28. 1. räumte sie schließlich ein, daß von dem ursprünglichen Entwurf Neumanns „nichts übriggeblieben (sei), es ist ein völlig neuer geworden“.

Die CDU-Fraktion hat sich voll hinter die Justizsenatorin gestellt, inzwischen hat ihr auch die SPD-Fraktion verziehen. Alle miteinander teilen ihre kritische Bewertung der Gerichtsentscheidung. Lediglich die Fraktion von Bündnis 90/Grüne (AL) bleibt bei ihrem Vorwurf der Mißachtung der Gewaltenteilung. Sie wird einen Mißtrauensantrag im Abgeordnetenhaus einbringen. — (har, zit. nach *Der Tagesspiegel*)

Sonderkündigungsregelung jetzt vor dem BVG

Gegen die Verlängerung der Sonderkündigungsvorschriften im Einigungsvertrag über den 30.9.92 hinaus bis zum 31. 12. 93 haben jetzt mit Hilfe der ÖTV 300 Beschäftigte aus Ostdeutschland Klage vor dem Bundesverfassungsgericht erhoben. Zweck der Verlängerung dieser „Bedarfskündigungen“ ist es, den Personalbestand des öffentlichen Dienstes zu reduzieren. Unter Rückgriff auf diese vereinfachte Kündigungsmöglichkeit sind bereits rund 200000 Beschäftigtenverhältnisse in der ehemaligen DDR aufgelöst worden; mit weiteren 100000 Bedarfskündigungen wird gerechnet. — (har)

BVG: Privatisierung zurückgenommen

Berlin. Ohne die Personalvertretung zu unterrichten, haben zwei Direktoren der BVG im Dezember einen Vertrag mit Daimler-Benz und MAN abgeschlossen, der neben dem Kauf von mehr als 1000 Bussen auch die Übertragung der Instandhaltung und Wartung auf diese Firmen vorsah. Nachdem die ÖTV in einem Flugblatt am 27. 1. die rund 1300 Beschäftigten von diesem Arbeitsplatzverkauf unterrichtet hatte, zogen mehrere Hundert Beschäftigte aus den Buswerkstätten vor das Verwaltungshauptgebäude. Die Direktion gab eine Erklärung ab, die von den Beschäftigten aber nicht akzeptiert wurde. Die Beschäftigten ließen nicht locker. Nach einer halben Stunde marschierten sie in das Gebäude. „Der Vertrag wird in dem Teil, der die Betriebswerkstätten betrifft, annulliert und neu verhandelt“, erklärte schließlich die Direktion. Die Beschäftigten ließen sich dies schriftlich geben und kehrten erst dann auf die Betriebshöfe zurück. — (har)

„Angebot“ Chemie Ost: Lohnpause plus 7,5%

Die Chemiekapitalisten haben die Tarifverhandlungen für die nur noch 80000 Arbeiter und Angestellten in der ostdeutschen Chemieindustrie mit ihrem provozierenden Angebot in der dritten Verhandlungsrunde zum Scheitern gebracht: 5 Monate Lohnpause ab 1. 1. 93 und anschließende Lohnerhöhung um 7,5% für 12 Monate. Die Schlichtung beginnt am 22. Februar.

Zur realistischen Beurteilung dieses „Angebotes“ der Chemiekapitalisten zur drastischen Senkung der Reallohne muß sowohl das niedrige Tarifniveau in der Ostchemie von durchschnittlich unter 60 Prozent der Westtarife als auch die Ost-Preissteigerungsrate der letzten 12 Monate von offiziell 11 bis 12 Prozent in Betracht gezogen werden. Im Handelsblatt vom 27. 1. fordert der Hauptgeschäftsführer des Bundesarbeitgeberverbandes der chemischen Industrie (BAVC), Dr. Molitor, unter der dicken Überschrift „Westlöhne sind in Ostdeutschland kein Thema mehr“, daß in der ostdeutschen Tarifpolitik endlich der Bezug zu den Westlöhnen aufgegeben werden müsse. Alle Stufenregelungen, mit denen der Anschluß an die Westlöhne gesucht werden sollte, seien falsch. Dementsprechend dann auch am Abend der Versuch der Chemiekapitalisten, die Löhne und Gehälter in der chemischen Industrie Ostdeutschlands bis Mitte 1994 auf einem Elendsniveau von nicht einmal 2/3 der Westtarife quasi einzufrieren.

Bei den letztjährigen Tarifverhandlungen hatte die IG Chemie ihr erklärtes Ziel nicht erreicht, eine Angleichung der Tarife in einem Stufenplan zu vereinbaren. Durch die prozentuale Anbindung der Ost-Tarife an die West-Tarife hätte eine Verbindung der mit der Tarifpolitik verfolgten sozialen Interessen in der Alt-BRD und im Anschlußgebiet erreicht werden können. — (mio)

Der Begriff „Berufsverbot“ ist viel zu harmlos

Am 16. und 17. Januar fand in Berlin ein internationales Hearing statt zum Thema: „Die Berufsverbote im vereinigten Deutschland und das neue Europa“. In den *Politischen Berichten* Nr. 25/92 hatten wir den Aufruf hierzu veröffentlicht. Nach Anschluß der DDR war dieses Hearing das erste große öffentliche Diskussionsforum zu diesem Thema. Aus dem Ausland nahmen Gäste aus Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien und den Niederlanden teil. Die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer kam aus Ostdeutschland. Bedauerlich wenige Teilnehmer kamen aus Westdeutschland und waren meist zugleich Referenten.

Die sehr arbeitsintensive Tagung war grob in einen Teil *Information* am Samstag und *Diskussion* am Sonntag gegliedert. Als zu beantwortende Fragen wurden zu Beginn aufgeworfen: — Welcher völkerrechtliche Standard ist in Europa durch die KSZE, die Charta von Paris und die internationale Verbürgung von Menschenrechten und Grundfreiheiten erreicht? Wie sieht es damit in Deutschland aus? — Verhindern Berufsverbote in der BRD die Freizügigkeit im gemeinsamen Arbeitsmarkt der EG? Behindert die spezifische Treupflicht des deutschen

aufgrund ihrer Funktionen — nicht wegen ihrer Aktivitäten — ausgegrenzt werden. Auf diese Weise soll eine Wiederholung des „Versuchs Sozialismus“ ein für allemal ausgeschlossen werden.

An diese Ausführungen schloß sich eine lange Reihe von gutachterlichen Beiträgen und Berichten Betroffener an. Zum Thema „Das deutsche Berufsbeamtentum und die europäische Einigung“ führte der Jurist M. Kutscha (Berlin) aus, daß der Begriff der *Verfassungstreue*, die von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verlangt wird, fälschlicherweise mit dem Begriff der *Staatstreue* gleichgesetzt wird. Während *Verfassungstreue* eigentlich ein positives Bekenntnis zu den Grundzielen der Verfassung meint, bedeutet *Staatstreue* politische Loyalität zu der jeweiligen Regierung. Im Zusammenhang mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der DDR wird das ganze jedoch absurd. Die Anwendung der sogenannten *Gewährbieteklausel* (jemand bietet die Gewähr, jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten) findet in der Umkehrform statt. Während in der Alt-BRD die Gewährbietung als gegeben angesehen wird, wenn man nicht aufgefallen ist, so wird jetzt derjenige Ex-DDR-Bürger als ge-

konnte er beweisen, daß der Gauck-Bescheid nachweislich falsch ist. Es interessierte niemand. Auch die Presse (z. B. *Spiegel*) schickte seine Dokumente zurück.

Am zweiten Tage des Hearings fanden 5 Arbeitsgruppen statt: — Internationale Solidarität und Zusammenarbeit; — Parlamentarische Aktivitäten gegen Berufsverbote; — Gewerkschaften, Verbände und gesellschaftliche Gruppen und der Kampf gegen Berufsverbote/ Erfahrungen der Solidaritätsarbeit vor Ort; — Aktuelle Rechtslage in Arbeitsrechtsverfahren; — Berufsverbote in der deutschen Geschichte und im „kalten Krieg“. Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppen wurden im Abschlußplenum vorgetragen und werden zusammen mit den anderen Redebeiträgen veröffentlicht werden. Manche Arbeitsgruppen werden ihre Tätigkeit fortsetzen.

Insgesamt war das Hearing ein Erfolg. Durch die Darlegungen in der Breite wie Tiefe konnte ein guter Eindruck über die Diskriminierung der Ostdeutschen vermittelt werden. Der Begriff „Berufsverbote“ trifft das Ausmaß der Mißhandlung nicht. Es geht nicht in erster Linie

Kündigungen im öffentlichen Dienst/ BT-Drucksache 12/3635
(Antwort auf eine Kleine Anfrage des PDS-Abgeordneten J.-U. Heuer)

Geschäftsbereich	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Bundeskanzleramt	4	-	249	16	31	2
Auswärtiges Amt	-	10	2172	108	458	42
BM des Inneren	886	792	7045	9143	11639	1579
BM für Wirtschaft	55	2	8104	1376	360	20
BM für Verteidigung	12136	281	-	50836	1500	160
BM für Verkehr	64	1089	21407	14716	2566	118
BM Arbeit u. Soziales	1	-	149	293	429	19

Erläuterungen: (1) Anzahl der ordentlichen Kündigungen; (2) Anzahl der außerordentlichen Kündigungen gemäß Einigungsvertrag; (3) Anzahl der abgewickelten Beschäftigten; (4) Anzahl der übernommenen Beschäftigten; (5) Anzahl der überprüften Personen; (6) davon als belastet angesehen. Alle Angaben aus der Dokumentation „Politische Diskriminierung und Berufsverbote in Ostdeutschland“

Berufsbeamtentums einen demokratischen öffentlichen Dienst in Europa? — In welchem Zusammenhang steht der massenhafte Prozeß der Ausgrenzung und Diskriminierung im öffentlichen Dienst in Ostdeutschland mit den traditionellen Berufsverboten in der Alt-BRD? Wie steht es um die Rehabilitierung der Opfer von Berufsverboten in beiden deutschen Staaten? — Begünstigt die administrative Verfolgung von Linken durch Berufsverbote und Ausgrenzung die Zunahme von Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit? Behindert das die politische und weltanschauliche Pluralität bei der Herausbildung eines multikulturellen, demokratischen Europas?

Zu Beginn sprach Pierre Kaldor, langjähriger Vorsitzender der französischen Komitees gegen Berufsverbote, über Befürchtungen in Frankreich, die sich seit der „Vereinigung“ verstärkt haben. Der Optimismus, daß die Berufsverbote zuzunehmen würden, habe sich nicht erfüllt. Der Umgang mit den Menschen aus der DDR sei ein Angriff auf die Würde des Menschen.

Eckhard Spoo (Rechtsanwalt) wies auf die lange Tradition der Berufsverbote hin. Er ging hauptsächlich auf die Berufsverbotepraxis der Alt-BRD ein und legte dar, wie mit dem Begriff „Verfassungseindlichkeit“ operiert wurde. Betroffen waren insbesondere Personen, denen DDR-Nähe nachgesagt wurde bzw. von deren prokommunistischer Einstellung der Staat überzeugt war. Spoo ging auch auf die Existenz von Berufsverboten in der DDR ein.

Einen interessanten Vortrag hielt Jens-Uwe Heuer (Mitglied der PDS-Fraktion im Bundestag). Beim Umgang mit der ehemaligen DDR gehe es darum, das *Nicht-Staatsein* der DDR im Bewußtsein der Menschen zu zementieren. Es gehe um die Delegitimierung des SED-Systems. Die ständige Gleichsetzung des DDR-Systems mit dem NS-Regime und der permanente Gebrauch des Wortes „Unrechtsstaat“ im Zusammenhang mit der DDR schaffen das politisch-moralische Klima, in dem mittels Berufsverboten die Liquidierung einer ganzen (mittleren) Schicht durchgesetzt werden kann. Heuer dokumentierte mit Zahlen, wieviele Beschäftigte des ehemaligen öffentlichen Dienstes (der auch Bereiche wie Versicherungen umfaßte)

währbietend betrachtet, wenn er zu DDR-Zeiten negativ aufgefallen ist. Konkret: Es wird im Grunde von allen ehemaligen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der DDR verlangt, daß sie aktive Gegner ihres Staates gewesen sein mußten, um heute für staatstragend gehalten zu werden. Diese, von Kutscha als *Konsensschuld* bezeichnete Verleugnung der eigenen Sozialisation müsse abgelehnt werden.

Die Berichte der von Berufsverboten Betroffenen kamen aus allen ostdeutschen Ländern sowie aus Hamburg und Niedersachsen. Sie dokumentierten die Vielfalt der Diskriminierungen, denen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst (aber nicht nur hier) ausgesetzt sind. Diese Diskriminierungen treffen grundsätzlich Beschäftigte aller Ebenen der gesellschaftlichen Hierarchie (beispielsweise auch Lokführer, Pförtner). Auffallend ist jedoch die Zähigkeit, mit der „beliebte“, national und international anerkannte Personen in Leitungsfunktionen verfolgt werden, auch wenn die Angelegenheit teilweise schon peinlich wird. Erinnert sei hier an die Fälle Heinrich Fink oder des ehemaligen Vorsitzenden der Akademie der Wissenschaften der DDR, Klinkmann. Letzterer erzwang eine zweite Anhörung unter Aufzeichnung des „Verhörs“ (diese Bezeichnung dürfte bei einer 12 Stunden ununterbrochen andauernden Anhörung bei 22 gegenüberstehenden „Richtern“ gerechtfertigt sein), da er nach der ersten Anhörung — für ihn nicht erklärbar — gekündigt worden war. Eine Abschrift dieser Aufzeichnung hat er noch nicht erhalten, wohl aber eine zweite Kündigung.

Mehrere Beiträge kamen von Betroffenen, die bereits während des SED-Regimes von Berufsverboten betroffen waren oder deren Familien politischer Verfolgung ausgesetzt waren. Sie selbst sahen darin einen Beweis dafür, daß es um die politische Ausgrenzung von Sozialisten gehe und nicht — wie es öffentlich versucht wird darzustellen — um die Entfernung von besonders treuen SED-Anhängern.

Beispielhaft schilderte auch ein Hochschullehrer aus Greifswald (Prof. Möhrig), wie schwierig es ist, die Behörden zur Rücknahme einer einmal erhobenen Beschuldigung und deren Folgen (Kündigung) zu bewegen. In seinem Fall

um die Entlassung einzelner aus dem öffentlichen Dienst oder um die Verweigerung des Zugangs zu einem bestimmten Beruf, wie dies in der Alt-BRD meist der Fall war und ist (besonders betroffen sind bekannterweise Beamte und hierunter häufig Pädagogen). In Ostdeutschland geht es um das Entziehen jeglicher Existenz für Hunderttausende. Ganze Berufsgruppen werden von potentiellen Trägern sozialistischer Ideen gesäubert (z. B. reicht die Funktion eines Schulleiters für die Kündigung aus); ganze Belegschaften werden entsorgt (z. B. MfS-Mitarbeiter, Beschäftigte des Außenministeriums). Entscheidend ist jedoch, daß ihnen damit meist jeglicher Zugang zu anderen Tätigkeiten verwehrt ist, d. h., sie bleiben arbeitslos, sinken ab in die Sozialhilfebedürftigkeit. Wolfgang Richter von der Gesellschaft für Bürgerrechte und Menschenwürde bezeichnete dies als die größte Entehrung in der deutschen Geschichte. Für die meisten sei dies die größte Demütigung ihres Lebens. Statt von Berufsverbot spricht er deshalb von politischer Verfolgung.

Diese neue Qualität nicht sehen zu wollen, ist ein Vorwurf, der — wenn auch verhalten, so doch öffentlich — der Linken im Westen gemacht wurde. Nicht nur die verschwindend geringe Anzahl von Teilnehmern aus dem westlichen Bundesgebiet belegt das Desinteresse. Auch seitens der Gewerkschaften wird dieses Thema nicht offen, schon gar nicht öffentlich problematisiert. Die einzige offizielle Vertreterin einer Gewerkschaft war nicht erschienen. Daß diese Ignoranz gegenüber dem Vorgehen der Herrschenden in der Ex-DDR ein Eigentor wird, belegen die Pläne der Länder Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und jetzt auch Berlin, die alle mehr oder weniger weit vorgeschritten sind bei der Wiedereinführung der Regelanfrage oder ähnlicher politischer Gesinnungsüberprüfungen. — (har)

Die Konferenzergebnisse können bei der Initiative für die volle Gewährung der verfassungsmäßigen Grundrechte und gegen Berufsverbote (Oberwasserstraße 12, O-1080 Berlin) für DM 10 bestellt werden. Lesenswert auch die Dokumentation „Politische Diskriminierung und Berufsverbote in Ostdeutschland“, hrsg. von der Bundestagsfraktion der LL/PDS (Redaktion Öffentlichkeitsarbeit, Bundeshaus — Bonn Center, W-5300 Bonn).



Aus Anlaß des sechzigsten Jahrestages der nationalsozialistischen Machtergreifung am 30. Januar 1933 fanden in Berlin drei Gedenkveranstaltungen statt. Mit mehreren zehntausend Teilnehmern war die von einer liberalen Künstlerinitiative (Martin Buchholz bis Harald Juhnke) initiierte Lichterkette die meistbesuchte Veranstaltung. An der Demonstration und Kundgebung am 30. 1. (siehe Bild), die von einem Bündnis um die Friedenskoordination durchgeführt wurde, beteiligten sich 6000 Menschen, an einer Kundgebung der PDS ungefähr 10000. Die Friedenskoordination hat seit langem das Prinzip, daß auf ihren Veranstaltungen keine direkten Parteivertreter sprechen. Die PDS hielt es aber für unabdingbar, daß G. Gysi reden sollte. So kam es zu den zwei Aktionen. — (chk)

Wie weiter mit dem § 218? Zu Aufgaben auf kommunaler Ebene

Laut Einigungsvertrag müßte in den „neuen“ und „alten“ Bundesländern seit dem 1. Januar 1993 ein einheitliches Recht zur Schwangerschaftsunterbrechung herrschen. Daß dem (noch) nicht so ist, hängt bekanntlich mit der Klage zusammen, die von der Bayerischen Landesregierung und einer größeren CSU/CDU-Bundestagesgruppe eingebracht wurde. Sie richtet sich gegen den mehrheitlich im Deutschen Bundestag am 25. Juni 1992 gefaßten Beschluß (das sogenannte Kompromiß-Gesetz, für den Osten die Wiedereinführung des § 218), der eine Schwangerschaftsunterbrechung möglich macht, wenn diese vor Ablauf von 12 Wochen nach Eintritt der Schwangerschaft durch einen Frauenarzt erfolgt. Dem frauenärztlichen Eingriff vorausgegangen sein muß zunächst die ärztliche Feststellung der Schwangerschaft und danach die schriftliche Bestätigung über die Inanspruchnahme einer Beratung in einer dafür zugelassenen Stelle. (...)

Des Pudels Kern liegt darin, daß die Frau danach zwar das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, aber mit Pflichtberatung haben wird, jedoch nur mit großem persönlichen Aufwand herausfinden kann, wie und wo das für sie subjektiv und objektiv überhaupt möglich ist. Landesstellen haben hier, je nach ihrer politischen Dominanz, einen großen Einfluß nicht nur auf die Einrichtung von staatlichen Beratungsstellen, sondern auch die der „freien Träger“, wozu außer den kirchlichen auch die Beratungsstellen der nichtkonfessionellen

Wohlfahrtsverbände zählen. Alle diese Beratungsstellen sind gehalten, im Sinne des Schutzes ungeborenen Lebens zu wirken. Die Einstellung der Frau zu einer ungewollten Schwangerschaft hat hier erst sekundäre Bedeutung. Man zähle im übrigen bereits jetzt einmal, wie hoch der Prozentsatz der konfessionell gebundenen Beratungsstellen im Lande, seiner Mitarbeiter und der zur Verfügung stehenden Mittel im Verhältnis zu den konfessionell gebundenen Frauen ist, um einmal einen Aspekt zu verdeutlichen, mit dem eine „in Not“ geratene Frau sich zudem noch konfrontiert sehen kann.

Einrichtungen „freier Träger“, die außer der sozialen Beratung wie die staatlichen Einrichtungen auch die Konfliktberatung durchführen, können Einrichtungen der katholischen oder evangelischen Kirche (Caritas oder Diakonisches Werk), von Pro Familia, des Deutschen Roten Kreuzes oder anderen im Paritätischen Wohlfahrtsverband vereinigten Träger sein. Aber wer weiß schon, auf welchen Prinzipien die Arbeit bei den Trägern überhaupt basiert, wer dort das Sagen hat? Kann sich die Mitarbeiterin einer katholischen Beratungsstelle beispielsweise überhaupt gegen die Festlegungen des Vatikans aussprechen? Man denke nur an den von dem katholisch dominierten polnischen Parlament gefaßten Beschluß, das Recht auf Schwangerschaftsunterbrechung zu beiseite.

Anderes Problem: Welche Beratungsstelle erreicht eine Schwangere ohne

großen zeitlichen und finanziellen Aufwand überhaupt, wenn sie z. B. in Hinterhermsdorf, Raun, Oybin oder Schildau wohnt? Wer wird sie an die geeignete Beratungsstelle verweisen, wenn die meisten Mitmenschen nicht einmal erraten, welche Auffassungen sich hinter den mehr oder weniger vertraut klingenden Namen der Einrichtung verbergen? Pro Familie z. B., die sich für das Recht der Frau auf selbstbestimmte Schwangerschaft und für die Abschaffung des § 218 einsetzt (natürlich auch bestimmten Verpflichtungen hinsichtlich „Lebensschutz“ unterliegt), hat in Sachsen Beratungsstellen nur in Leipzig, Chemnitz und Aue.

Ein anderer Gesichtspunkt: An wen kann sich die Schwangere jüdischen Glaubens wenden, oder gar die Mohammedanerin, um nicht nur die Interessen der atheistischen Frau ins Gespräch zu bringen. Hat die Schwangere die Beratungspflicht spätestens bis zum „Ultimo“ hinter sich gebracht, muß sie noch einen Arzt oder eine Klinik finden, wo die Unterbrechung überhaupt vorgenommen wird. Denn der Frauenarzt wird auch hier nicht mehr wie in früheren Zeiten fast immer „der Frau in Not“ seine Hilfe gewähren. Das ist aus Gewissensgründen selbstverständlich sein gutes Recht. Aber wie oft dürfte das wohl vorgeschützt werden, um der „Obrigkeit“ gefällig zu sein, die das (vermeintlich oder nicht vermeintlich) bei der Vergabe von Stellen und Ämtern usw. durchaus honorieren kann. (...)

Kurzum, es ist höchste Zeit, in den

Kommunen zu ermitteln, wie die Beratungspflicht für Frauen — unabhängig davon, ob sie konfessionell gebunden sind oder nicht — ohne Gewissensnötigung tatsächlich gewährleistet ist. Dafür im Landtag und in den kommunalen Parlamenten gemeinsam Sorge zu tragen, das sollte man den Parlamentarierinnen und Parlamentariern anbieten, die sich in der Öffentlichkeit auch gegen den Gebärzwang ausgesprochen haben. Sie dürften hier im Interesse ihrer Wählerinnen und Wähler zur Kooperation zu veranlassen sein. . . . Zumindest käme es auf den Versuch an. Ungewollt Schwangere und alle, die sich für das Menschenrecht der Frau auf selbstbestimmte Schwangerschaft und für die ersatzlose Streichung des § 218 eingesetzt haben und auch künftig einsetzen, würden es ihnen danken. Und das dürfte eine beträchtliche Klientel sein!

Wo diese Zusammenarbeit aus parteipolitischen Gründen nicht zustande kommt, sollten baldmöglichst öffentliche Anfragen zum Thema Schwangerschaftsunterbrechung und den Problemen, die sich aus der Zwangsberatung ergeben, in Gang gesetzt und die „Gegenseite“ zu Bekenntnissen veranlaßt werden, damit die Bürgerinnen und Bürger sehen, wie ihre Interessen auf diesem Gebiet vertreten werden. Ratsam sind auch Kontakte zu Beratungsstellen und gegebenenfalls zu Ärzten.

Die Machtausübenden müssen veranlaßt werden, die Bedingungen zumindest für die würdevolle Wahrnehmung der Beratungspflicht entsprechend konfessioneller oder atheistischer Auffassungen zu gewährleisten. — (J. Ludwig)

Der Beitrag wurde entnommen aus „kommunalpolitisches forum — informationsblatt“ Nr. 2. Er wurde aus Platzgründen gekürzt und konzentriert sich auf die Frage einer möglichen Umsetzung des sog. Kompromiß-Gesetzes. — (Red.)

Kommentiert

Was hat unser deutsches Vaterland von den Parteien der Regierungskoalition und ihnen Gleichgesinnten zu erwarten? Alle Fakten belegen: Der Generalangriff gegen den „Sozialstaat“ und die Demokratie wird mit aller Entschlossenheit und Brutalität forciert. Als Vehikel soll der Angriff gegen die Ex-DDR und alles, was irgendwie an sozialistische Elemente erinnert, dienen. Geführt wird er mit allen politischen, ökonomischen, juristischen Mitteln.

Der Haß dafür, daß „wir uns ihnen weggenommen haben“ (Hermann Kant noch vor der Wende) und diesen Versuch gewagt haben, der trotz alledem 40 Jahre hielt, sitzt so tief, daß das Kapitel enthemmt ist in seinem Rachefeldzug, nachdem es einen „Blitzkrieg“ nach einem „Blitzkrieg“ (Oktober 89 — Oktober 90) errungen hat. Aber wie so oft in der deutschen Geschichte: Aus dem Blitzkrieg wird ein langwieriger Stellungskrieg. Wie war die Goebbelsche Devise in eigener Terminologie? Jahr 1 des Krieges: Wir haben gesiegt. Jahr 2: Wir werden siegen. Jahr 3: Wir müssen siegen. Jahr 4: Wir können nicht besiegt werden. Das Ende ist bekannt.

Siegen will es bei den Bundestagswahlen 94. Bis dahin sollen jegliche positive Erinnerungen an sozialistische Elemente ausgelöscht sein. 1993 soll für die Hintermänner der neuen deutschen Spaltung die entscheidende Etappe werden. Der Krieg mit dem Blei auf dem Geldschein und auf dem Zeitungspapier, der Gesetzestexte und des gedruckten und gesprochenen Wortes wird resolut verschärft. Der 2. Weltkrieg und der „Bellheim“-Film im ZDF belegen es. Die Ex-DDR-Bürger werden verstärkt in die Zange genommen.

Ende Dezember 92 gab Manfred Kittlaus, Leiter der Kommission für „Regierungs- und Vereinigungskriminalität“, das Startsignal für 93. Justizsenatorin Limbach will weitere Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrates der DDR vors Gericht zeren. Zehntausende sollen per Justiz kriminalisiert werden.

Ziel ist ihre Einschüchterung und Demütigung. Die Diskriminierung richtet sich gegen das intellektuelle Potential und sein Vermögen, die Strukturen der Gesellschaft zu erkennen und kritische Fragen zu stellen. Es ist also auch und besonders ein Krieg gegen das erreichte Bildungsniveau. Denn nach Brzezinski „wird Wissen zum Werkzeug der Macht“. Dieses muß ausgeschaltet werden. So will man leicht manipulierbare Menschen, die wieder zu allem hörig gemacht werden sollen.

Die Bundeswehr verpraßt sinnlos Milliarden, doch man klagt über einen vermeintlichen Geldmangel. Der Ausweg? Weitere Enteignung der Ex-DDR-Bürger durch geringere Löhne, wachsende Mieten usw. Eine besonders perfide Form ist das Setzen auf biologische Lösungen bei Rentnern. Bewußte Verzögerung der genauen Berechnung — auch in der Hoffnung, die Betroffenen werden auf Widerstand verzichten. Die Generation der jetzt 50-jährigen soll durch geringe Renten mundtot gemacht werden.

Nachdem bisher die erste und zweite Führungssetze in allen Bereichen durch Wessis besetzt wurde, geht diese besondere Form der Kolonisierung in allen anderen Etagen weiter. Die Konzeptlosigkeit der Regierenden wird zu einer weiteren Verschärfung der Verteilungskämpfe führen und das Land immer unregierbarer machen. Aus der Politik ziehen sich Vernunftbegabte zurück — aufs Altenteil und in die Wirtschaft. Hinein drängen immer Skrupelloser. Soll sich aus ihnen der „starke Mann“ rekrutieren?

Die Politik wird immer unberechenbarer. Die Krise wird sich rasch zuspitzen. Militärische Abenteuer als Ablenkung von der innenpolitischen Krise sind nicht mehr ausgeschlossen.

Der Ausweg, die Rettung? Wenn Deutsche aus Ost und West diesmal — endlich einmal — millionenfach ihre eigene Verantwortung wahrnehmen und ihre Interessen selber vertreten — ohne Gewalt und auf der Straße (siehe DDR-Herbst 89).

Die größte Gefahr für die Demokratie entsteht dadurch, daß erstrangige Entscheidungen von immer kleineren Gremien getroffen werden: vom Bundestag zur Bundesregierung delegiert, von dort im Streitfall zum Verfassungsgericht. Eine Volksbefragung, in der der Bürger sich direkt entscheiden kann, wird als Bedrohung für die Demokratie angesehen. — (K.C.)

Eckwerte zur Vereinigung Berlin-Brandenburg

Termingemäß zum 12. Januar hat der Senat von Berlin der Fusion Berlin-Brandenburg zugestimmt. In Brandenburg ging's etwas holpriger, und erst am 19. Januar stimmte die Landesregierung dem Eckwertepapier vom 5. Dezember vergangenen Jahres zu. Allerdings mit der Einschränkung, daß zwar ein Neugliederungsstaatsvertrag verhandelt werden soll, aber ein eindeutiges Votum für die Fusion nicht vorab erteilt wird. Im übrigen will man sich aber an die Punkte in dem Eckwertepapier der gemeinsamen Regierungskommission halten. So ist ein gemeinsames Landesentwicklungsprogramm und ein plan für den engeren Verflechtungsraum Brandenburg/Berlin vorgesehen.

Die Bundeshauptstadtpolitiker möchten möglichst schnell eine Regionalplanung für Berlin und Umland in Gang setzen. Die Großstadtinteressen könnten dann in einem größeren Gebiet durchgedrückt werden. Was aus dem „räumlichen Leitbild der dezentralen Konzentration“ dann in der Praxis wird, steht in den Sternen. Vermutlich nichts, denn die Berliner Politiker können eine Bevölkerung von ca. 3,5 Mio. Menschen in

die Waagschale werfen, Brandenburg dagegen nur etwa 2,5 Mio.

Ein Versuch zu verhindern, daß sich in allen Fragen der Großberliner Standpunkt durchsetzt, ist die Festlegung im Eckwertepapier: „Im übrigen (nämlich soweit es sich nicht um gesamtstädtische, überbezirkliche oder spezifisch hauptstädtische Angelegenheiten handelt) besteht die grundsätzliche Vermutung für die Verwaltungszuständigkeit der Stadtbezirke (bezirkseigene Aufgaben). In der Ausübung der bezirkseigenen Aufgaben unterliegen die Stadtbezirke der Rechtsaufsicht der Stadt. In ihren Angelegenheiten können die Bezirke mit benachbarten Gemeinden im Namen Berlins Verträge schließen.“ Die Frage der Entwicklung regionaler Zentren in Brandenburg bleibt jedoch offen. Solche Entwicklungszentren sollen nach Brandenburger Ansicht Neuruppin, Eberswalde/Finow, Frankfurt/Oder, Cottbus, Lübben/Lübbenu, Luckenwalde/Jüterborg und Brandenburg werden.

Ein kürzlich vom brandenburgischen Umweltminister Platzek (Bündnis 90) vorgestelltes Gutachten kommt zu dem

Ergebnis, ohne Prioritätensetzung sei der ländliche Raum „auch mittel- und langfristig nicht zu stabilisieren“. Gerechnet wird mit einer Verödung, die im ländlichen Raum Brandenburgs die Abwanderung von 250000 Menschen bis zum Jahr 2010 zur Folge haben wird. Dagegen wird für den engeren Verflechtungsraum um Berlin mit einer Zuwanderung von 185000 Menschen gerechnet und für Berlin selbst mit einem Bevölkerungswachstum von 100000 bis 180000 Personen. Für den Verschmelzungsvertrag liegt bislang kein Konzept vor, diesen Entwicklungstendenzen zu begegnen, so daß der „natürliche Gang der Dinge“ Brandenburg zum abhängigen Hinterland von Berlin macht.

Allerdings ist der Anschluß noch sehr fraglich. Es sind Zweidrittelmehrheiten in den Parlamenten nötig. Dann der Volksentscheid: Selbst die CDU-Präsidentin des Abgeordnetenhauses Laurien meint, daß die Zustimmung sich in der brandenburgischen Bevölkerung mit ca. 20% der Abstimmungsberechtigten in engen Grenzen hält. Auch der Bund und die anderen Länder müssen helfen: Im Länderfinanzausgleich soll Berlin-Bran-

„Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte gegen Rassismus“

Ende August 1992 entschloß sich eine Gruppe von Berliner Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, eine Initiative gegen Rassismus zu starten. Unter anderem versehen einige der Initiatorinnen und Initiatoren seitdem ihre Post mit dem Stempelaufdruck „Gegen Rassismus“.

In einer Zeitungsanzeige, die in mehreren Berliner Tageszeitungen veröffentlicht wurde und von 66 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten unterschrieben wurde, wird das Ziel der Initiative so beschrieben: „Die menschenverachtenden Pogrome der letzten Wochen geben uns Veranlassung, mit aller Deutlichkeit darauf hinzuweisen, daß der Schutz der Menschenwürde und der körperlichen Integrität aller in Deutschland lebenden Menschen, gerade auch der Flüchtlinge und Asylsuchenden, durch den Staat ohne jede Einschränkung zu gewährleisten ist. Wir wenden uns gegen jeden Versuch, die in Deutschland lebenden und Schutz suchenden AusländerInnen als Menschen zweiter Klasse zu behandeln oder

zum Spielball (wahl-)politischer Manöver zu machen. Aus diesem Grund hat sich ein Teil der UnterzeichnerInnen dazu entschlossen, den Schriftverkehr ab sofort mit dem Stempelaufdruck „Gegen Rassismus“ zu versehen. Das Grundrecht auf Asyl ist unverzichtbar.“

Die Vorsitzende RichterIn der 23. Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin, Karin Haegert, die auch mit Asylverfahren betraut ist, lehnte es ab, eine mit dem Stempelaufdruck „Gegen Rassismus“ versehene Klage zu bearbeiten. Sie sandte den Schriftsatz zurück und bat die Anwältin darum, in Zukunft Schriftsätze zu schicken, „die keine politische Werbung enthalten“. „Wir versehen unsere Urteile ja auch nicht mit irgendwelchen Aufrufen“, heißt es in dem Brief weiter.

Inzwischen ist wegen des Stempels eine Beschwerde bei der Berliner Anwaltskammer eingegangen, die den Fall aber noch nicht entschieden hat. Der Sprecher der Justizverwaltung redete gegenüber der Berliner Zeitung von

einer „rechtlichen Grauzone“. Der Hamburger Rechtsanwalt Ove Simonsen, Spezialist für anwaltliches Berufsrecht, äußerte gegenüber derselben Zeitung: „Es kann der Standpunkt vertreten werden, daß erlaubt ist, was nicht ausdrücklich verboten ist.“

Verboten werden könnte der Stempel mit dem § 43 der Bundesrechtsanwaltsordnung: „Der Rechtsanwalt hat seinen Beruf gewissenhaft auszuüben. Er hat sich innerhalb und außerhalb seines Berufs der Achtung und des Vertrauens, welche die Stellung des Rechtsanwalts erfordert, würdig zu erweisen.“ Die Frage wird also sein, ob Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, die sich mittels Stempel gegen Rassismus aussprechen, die Würde ihres Berufsstandes verletzen.

In einer jetzt veröffentlichten Presseerklärung der Initiative heißt es zu der geplanten Abschaffung des Art. 16 Abs. 2 Grundgesetz: „Anstatt sich Pogromen und rassistischen Übergriffen gegen Ausländer/Ausländerinnen, Deutsche

nicht-weißer Hautfarbe und jüdischen Glaubens mit Entschiedenheit entgegenzustellen, haben die Regierungsparteien und die SPD die Gelegenheit ergriffen, die derzeitige Debatte über den angeblichen „Mißbrauch des Asylrechts“ mitzuintitulieren, anzuhetzen und auszunützen. Asylsuchende werden als Verursacher eines vermeintlichen „Staatsnotstands“ ausgemacht, um von den im Zusammenhang mit der Vereinigung Deutschlands entstandenen wirtschaftlichen Problemen abzulenken.

Die Schaffung des neuen Art. 16a des Grundgesetzes und der begleitenden Änderungen des Asylverfahrensrechts bedeuten die faktische Streichung des Grundrechts auf Asyl, hohlen rechtsstaatliche Prinzipien wie die Rechtsweggarantie oder die richterliche Unabhängigkeit aus und gewöhnen die Bevölkerung letztlich an eine beliebige Abänderbarkeit des Grundgesetzes je nach politischer Interessenlage. . . . Wir wehren uns entschieden dagegen, essentielle Grundsätze des Grundgesetzes zur Disposition zu stellen und fördern die demokratische Öffentlichkeit zur Einflußnahme auf den Entscheidungsprozeß auf.“

Die Initiative ist der Auffassung, daß gerade Juristen, angesichts der deutschen Justizgeschichte, Position gegen Rassismus beziehen müssen. — (zic)

Vom 29. - 31. Januar wählten die Delegierten des 3. Parteitag der PDS einen neuen Vorsitzenden, diskutierten über ein neues Programm, einen neuen MfS-Beschluß, über „Stalinismus“ und über die Perspektive der Partei. Das oft prophezeite Auseinanderfallen der PDS im Falle des Rücktritts ihres Vorsitzenden Gysi hat nicht stattgefunden. Diese Einschätzung hat sich als unbegründet, als Vorurteil herausgestellt. Der Verlauf des Parteitages bestätigte im Gegenteil vielmehr: Die PDS hat sich stabilisiert und ihre Mitglieder und Delegierten haben an Selbstbewußtsein gewonnen. Im folgenden soll auf einige wesentliche Ergebnisse des Parteitages eingegangen werden.

Das neue Programm

Die Delegierten haben mit über 90 % der Stimmen das neue Programm verabschiedet. Das war keineswegs zu erwarten gewesen. Hunderte von Änderungsanträgen waren vordem von der Grundsatzausschusskommission bearbeitet und eingearbeitet worden. Dennoch lagen außer diesem Entwurf noch andere alternative Programmwürfe dem Parteitag vor. Zumeist waren sie geprägt von der Intention, doch lediglich einen Minimalkonsens zur Abstimmung zu stellen. Doch die Delegierten wollten einerseits mehr als das, andererseits den Konsens nicht gefährden durch eine zu weit reichende Festlegung auf Positionen, die den begonnenen Diskussionsprozeß abschließen. Der Entwurf der Grundsatzausschusskommission hat sich deshalb durchgesetzt, weil er tatsächlich den Konsens der vielfältigen Richtungen und Strömungen möglich macht, die Diskussion nicht abschließt, ohne deshalb orientierungslos zu sein. Als eine wesentliche Ergänzung ist lediglich ein Teil zur Kommunalpolitik und kommunalen Selbstverwaltung aufgenommen worden. Mit diesem Programm positioniert sich, bei aller Kritik im Einzelnen, die PDS als eine Kraft des Widerstandes und des positiven Bezugs auf die innerhalb und außerhalb der Partei existierende Vielfalt linker programmatischer Ansätze. Offensichtlich entsprach gerade das den Wünschen und Erwartungen der Delegierten. Das Abstimmungsergebnis wäre sonst nicht erklärbar.

Der Parteivorsitz

Gregor Gysi referierte in seinem Grundsatzerferat über den Nutzen der PDS für die Linken in der ganzen BRD. Sowohl in der außerparlamentarischen als auch parlamentarischen Arbeit einschließlich des Wirkens im Bonner Bundestag konnte die PDS nachweislich zumindest punktuell, z.B. in bezug auf den Widerstand gegen die propagierten Einsätze der Bundeswehr in Somalia, gegen Serbien und anderswo, ihren Nutzen als politisch relevante Widerstandskraft entwickeln.

Gregor Gysi geht jetzt, um, wie es heißt, sich dem Aufbau der PDS im Westen zu widmen. Jeder weiß, sein Rücktritt war erforderlich angesichts seines Verhaltens um die Vorgänge um Andre Brie. Jedenfalls machte auch Gregor Gysi bei seinem Abgang nicht den Eindruck, als schätzte er seine Fähigkeiten, z.B. in Talkshows, als unverzichtbar für die PDS ein.

Der neu gewählte Vorsitzende Bisky bemühte sich sichtlich darum, zu hohe Erwartungen in das Wirken von Parteivorsitzenden herunterzuschrauben. Die Einsicht, daß die Stabilität der PDS heute weniger der Person des Vorsitzenden zuzuschreiben ist als vielmehr der Tatsache, daß die große Mehrheit der PDS-Mitglieder die politische Vielfalt in ihren Reihen als einen Gewinn ansieht, ist allgemein und prägte den Parteitag nachdrücklich. Ein weiterer wesentlicher Grund für die Stabilität der PDS ist wohl auch die Tatsache, daß staatliche Instanzen SED-Gelder gesperrt haben und damit — sicher ungewollt — die Bereitschaft der Parteimitglieder gefördert haben, die PDS auch in finanzieller Hinsicht selbst zu tragen.

Positive Erwartungen weckte Bisky bei seiner Vorstellung im Hinblick auf sein Eintreten für mehr Selbstständigkeit der Landesverbände. Fragwürdig allerdings bleiben seine Ausführungen über Medienpolitik, die eine geschicktere Präsentation und geschickteren Umgang mit den Medien zum Inhalt hatten. Die Ansicht, eine Zurücknahme der Kritik an den Machenschaften der heutigen großen Medienkonzerne bei gleichzeitigem neuen Stil im Umgang mit eben diesen Konzernen würde die öffentliche

Nach dem 3. Parteitag der PDS in Berlin

Position der PDS verbessern, erscheint angesichts der Erfahrungen naiv.

Der MfS-Beschluß

Der unrühmliche Beschluß des letzten Parteitages zum Umgang mit MfS-Tätigkeiten wurde bestätigt, ja sogar noch erweitert. Künftig müssen Mandatsträger der PDS die Offenlegung ihrer Vergangenheit auf ihre gesamte Biographie ausdehnen. Die Ergebnisse dieses Beschlusses sind bekannt. Sie sind nicht etwa deshalb so katastrophal, weil die Aufarbeitung der Vergangenheit der PDS dadurch zugänglich gemacht worden ist, sondern deshalb, weil der Beschluß keinerlei Schutz herstellte vor dem, was dann tatsächlich einsetzte. Ein Teil der PDS-Mandatsträger sind einer teilweise blindwütigen Hatz ausgeliefert worden, einer Hatz, die noch andauert und schlichtweg alles Böse der Vergangenheit, ja sogar der Gegenwart, dem ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit und den für diese Institution tätig gewesenen Menschen anlastet.

Dem Ansinnen einer starken Minderheit, den Beschluß wieder aufzuheben, wurde dennoch nicht entsprochen. Der PDS und den Betroffenen ist allerdings auch ein solcher Schaden entstanden, daß selbst die Aufhebung des damaligen Beschlusses nichts mehr reparieren könnte. Auch die Beteuerungen ehemaliger Beschlußbefürworter, man hätte damals dem Beschluß einen anderen „Rahmen“ geben müssen, helfen nun nicht mehr. Eine sachliche Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR scheint im gegenwärtig aufgeheizten Klima nicht möglich. Vielleicht wird man abwarten müssen.

„Stalinismus“

Ausdrücklich hat die Mehrheit der Parteidelegierten sich angesichts der Debatte um die Veröffentlichungen des Vorstandsmitglieds Sahra Wagenknecht in den „Weißener Blättern“ (Hefte zu Fragen aus Theologie, Kirche und Gesellschaft) dagegen verwahrt, Denkverbote auszusprechen oder Auffassungen zu geschichtlichen Vorgängen als „Stalinismus“ zu diffamieren und zu verfolgen. Der Parteivorstand hat insofern wegen seiner Rolle bei der Diffamierung von Sahra Wagenknecht eine ernste Schlappe hinnehmen müssen. Sahra Wagenknecht selber kritisierte in ihrer persönlichen Erklärung den Gebrauch des Kampfbegriffs Stalinismus als eine Methode zur undifferenzierten Verleumdung alles Mißliebigen. Redner und Rednerinnen der verschiedensten Richtungen verwahrten sich gleichfalls gegen Versuche zur Ausgrenzung bestimmter historischer oder politischer Positionen mit Hilfe des Begriffs Stalinismus. Allerdings ist gleichwohl festzustellen, daß die Verfechter der kommunistischen Fraktion in der PDS viel zu Versachlichung beitragen könnten, wenn sie in ihren Stellungnahmen die Zweifel ausräumen würden, die angesichts ihrer Haltung zur Fragen des Pluralismus in der Partei bestehen. Erkenntnisse zum Pluralismus, die rein taktischer Natur sind, würden den innerparteilichen Konsens tief verletzen. Nicht alle Zweifel konnten diesbezüglich ausgeräumt werden. Dennoch, die PDS-Delegierten wollen keine Ausgrenzung zulassen, auch nicht von jemandem, der des Stalinismus bezichtigt worden ist. Daran können auch die nach der Debatte zum Teil erregt vorgetragenen persönlichen Erklärungen von Gysi, Brie und anderen nichts ändern. Als die Liste der persönlichen Erklärungen schier kein Ende nehmen wollte, beschlossen die Delegierten den Abbruch dieser Erklärungen. Die daraufhin sich entwickelnde Unruhe entspannte sich erst mit dem Vorschlag des Ehrenvorsitzenden Modrow, man möge doch die Gründungsdokumente der PDS hinsichtlich der Passagen über den Stalinismus noch einmal ausdrücklich bestätigen und den Vorstand beauftragen, geeignete Methoden zu entwickeln, die Diskussion fortzusetzen. Der Vorschlag fand die überwiegende Mehrheit des Parteitages.

Westliche Landesverbände

Überaus eindrucksvoll war der von den Delegierten der westlichen Landesver-

bände geleistete Widerstand gegen Pläne von Gysi und Gehrke, die westlichen Landesverbände einer statutenwidrigen Aufsichtsinstanz in Form eines sogenannten Regionalverbandes West auszusetzen. Der Plan war kurz vor dem Parteitag bekanntgeworden, war mit den Mitgliedern im Westen nicht diskutiert, ihnen noch nicht einmal umfassend zur Kenntnis gebracht worden. Der Parteitag weigerte sich deshalb, die Beschlussempfehlung Gysi/Gehrke auch nur zu befassen. Vielmehr folgten die Delegierten den von etlichen Rednern aus den westlichen und einigen aus den östlichen Landesverbänden gemachten Vorschlag, man möge doch eine Arbeitsgruppe mit Mitgliedern des Vorstandes und der westlichen Landesverbände einrichten, um die Probleme der PDS im Westen zu erörtern und Vorschläge zu entwickeln.

Wahlkampfstrategie 1994

Obwohl die Wahlen (1994 stehen sechs Landtagswahlen, Europawahlen und Bundestagswahlen an) erst auf einer Parteitagstagung Mitte des Jahres behandelt werden sollen, waren die Wahlkampfkonzepte bereits Thema des Parteitages. Das ist insofern mißlich, als die Vorstandsmitglieder sich öffentlich zur Taktik festlegen, Stellungnahmen zu diesen Wahlen bereits jetzt verabschiedet werden mußten und abgegeben worden sind auf der Tagung des Parteitages, ohne daß es in diesem Gremium zu einer ausführlichen Aussprache über die Taktik gekommen wäre.

Aus den unbestritten schwierigen Aufgaben im Kampf gegen die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik und aus der für die Linke komplizierten Aufgabe in diesem Zusammenhang folgte G. Gysi in seinem Parteitagserferat: „Für die Zukunft ist unsere weitere bündnispolitische Orientierung von ausschlaggebender Bedeutung ... Alle Kraft für breite demokratische Bündnisse, keine Selbstbeschränkung auf die eigene Partei oder nur auf ein enges linkes Bündnis ausgewählter kleiner sozialistischer Gruppen ...“ Und er teilt weiter mit, daß Angebote für Wahlbündnisse bereits vorlägen, diese aber genau geprüft werden müßten, denn: „Sektierische oder nationalistische Angebote kommen m.E. für uns nicht in Frage. Linksdemokratische, linksökologische und linksliberale Angebote sind dagegen

für uns von hohem Interesse.“ Nun findet diese Ansicht nicht ungeteilte Zustimmung. Es wurde in der Aussprache eingewandt, daß man nicht kleine sozialistische oder kommunistische Gruppen pauschal als sektiererisch hinstellen darf. Eine Ausgrenzung sollte nach dieser Auffassung nicht stattfinden.

Tatsächlich legt G. Gysi den Grundstein für eine Wiederholung des Wahlkampfkonzeptes vom vergangenen Bundestagswahlkampf, obwohl die Ergebnisse ja eigentlich abschrecken sollten. Man versuche nur eine längere Liste von jenen Prominenten, auf die man damals geschickt hatte und die dann auch für die PDS kandidiert oder sie unterstützt hätten, herzusagen, nicht zu reden von den gemieteten leeren Veranstaltungssälen. Auf die Frage: Es gibt noch immer hartnäckige Gerüchte, daß Sie Vorsitzender einer neuen Ostpartei werden wollen, antwortet G. Gysi im *Neues Deutschland*-Interview vom 28.1.: „Eine Ostpartei im Sinne einer Massenpartei halte ich für einen nicht gangbaren Weg, weil ohne historisch beständiges Profil. Ich fühle mich in einer sozialistischen Partei auch sehr viel wohler. Eine andere Frage ist, ob eine Wahlpartei für die Bundestagswahl 1994 gegebenenfalls Sinn macht. Wenn uns entsprechende Angebote erreichen, wäre es unverantwortlich, darüber nicht wenigstens zu sprechen. Mit solchen Sondierungsgesprächen hat der Bundesvorstand Lothar Bisky und mich beauftragt.“

Bis Ende Februar legt das Wahlbüro dem Parteivorstand ein Wahlstrategiepapier vor, das bei Annahme „ein zentrales und für die gesamte Partei gültiges politisches Führungsdokument“ wird (Vorstandsbeschluß vom 21.12.1992). Es ist zu befürchten, daß dies ja nicht gerade öffentlich erarbeitete Dokument bereits die Wahlparteitaktik enthält oder die Aussagen und Forderungen bereits voraussetzend auf die Bedürfnisse eventuell zur Zusammenarbeit geeigneter Prominenter zurechtstutzt. Ein solches Verfahren allerdings wäre das genaue Gegenteil einer oft auch von der PDS proklamierten öffentlichen und demokratischen Auseinandersetzung aller Kräfte des Widerstandes um Positionen für eine gemeinsame Politik. Immerhin beschloß der Parteitag auch folgenden Antrag des Thüringer Landesparteitages:

„Der Parteivorstand wird beauftragt, sich mit der Einladung zu einem Reader „Unsere Vorstellungen für

eine Charta ‚Leben in Europa‘ an linke Gruppierungen, an Gewerkschaften, gesellschaftliche Organisationen und Vereinigungen zu wenden und einen solchen Reader im Frühjahr 1993 zum Gegenstand eines Runden Tisches zu machen.“

Mindestens im Hinblick auf die Europa-Wahlen eröffnet dieser Beschluß des Parteitages Chancen für eine Diskussion um ein fortschrittliches Bündnis. Hoffentlich werden sie auch genutzt.

Personelles

Auf dem Parteitag sind neben dem neuen Vorsitzenden Bisky auch eine Stellvertreterin, ein neuer Bundesgeschäftsführer sowie ein weiterer Stellvertreter gewählt worden. Dieser Wahl ging gleich zu Beginn des Parteitages eine Kontroverse um die Bedeutung der Einhaltung von Statut und Rahmenwahlordnung voraus. Den Bestimmungen der Rahmenwahlordnung entsprechend war die Wahl dieser Funktionen nämlich nicht rechtzeitig vorher den Mitgliedern und Delegierten bekanntgemacht worden. Entsprechend kennzeichnete der Sprecher der Schiedskommission die Durchführung der Wahlen als statutenwidrig. Dennoch wurde gewählt, obwohl eine starke Minderheit dagegen protestierte. Auf Antrag hin hatte der Parteitag kurzerhand Bestimmungen der Rahmenwahlordnung außer Kraft gesetzt. Dieser Vorgang zeigt eindringlich, daß neben den positiven Eindrücken über die Stabilisierung der PDS und die allenthalben anzutreffende Bereitschaft zur Diskussion auch mit anderen linken Kräften sich dem Beobachter auch eine PDS zeigt, in der Kräfte wirken, die recht rüde und rücksichtslos ihre Interessen bereiten sind durchzusetzen, auch wenn dies verbindliche Regeln verletzt. Nicht so sehr die unbedingte Einhaltung einer Wahlordnung ist hier gemeint. Nein, die Tatsache, daß die Zweifel einer erheblichen Anzahl von Delegierten an der Korrektheit übergangen wurden, ja sogar Kompromißvorschläge über die kommissarische Besetzung der Funktionen, bei Wahlverschiebung um wenige Monate, schlicht ignoriert wurden, stimmt enttäuschend.

Viel Enttäuschung bei einem Teil der Delegierten gab es auch um die Frage der inszenierten Kundgebung der PDS am Vorabend des sechzigsten Jahrestags der Machtübergabe an die NSDAP. Vor allem junge und im Antifa-Bereich tätige Genossen kritisierten den Alleingang der Partei, der nach ihrer Meinung viel kaputt macht hinsichtlich der Beziehungen zu anderen Linken und antifaschistischen Gruppen und Organisationen. — (brt, chk)

Erscheint neu im GNN-Verlag

Widerstand wahrnehmen

Dokumente eines Dialogs mit Peter Weiss

Gespräche, Aufsätze und Materialien zur „Ästhetik des Widerstands“

Hrsg. von Jens-F. Dwars, Dieter Strützel, Matias Mieth

Bestellungen

sind ab sofort möglich bei:
GNN-Verlag, Postfach 26 02 26,
W-5000 Köln 1, Tel.: (02 21) 21 16 58,
Fax: (02 21) 21 53 73
Bis zum 20. März kann das Buch (voraussichtlich knapp 300 Seiten) zum Subskriptionspreis von 20 DM bestellt werden, danach kostet es 25 DM. Die Auslieferung beginnt Ende März.

„... dies ist ja das Wesen der Zeit, daß wir uns fortwährend entwerfen, aus den Augen verlieren, auf neue Art wiederfinden ...“

Peter Weiss, der nie aus dem Exil zurückgekehrte Deutsche, Mitglied der Schwedischen Linkspartei, Träger bundesdeutscher Literaturpreise, Streiter gegen den Vietnam-Krieg und gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings, ein avantgardistischer Maler und Filmemacher, Stückeschreiber über Hölderlin und Trotzki, Autor fein ziselierter Erzählungen, Schüler Hermann Hesses und Freund der kommunistischen Künstler und DDR-Kulturpolitiker Konrad Wolf und Anselm Perten, hat die Veröffentlichung der 1971 - 1980 zwischen der Genesung von lebensgefährlicher Erkrankung und dem frühen Tod 1982 geschriebenen *Ästhetik des Widerstands* in der DDR nicht mehr erlebt. Heute zeitigt der neue Markt im Osten die Verdrängung dieses unbequemen, zur Zerstreung nicht geeigneten Buchs, das im Erinnern der Niederlagen europäischer Arbeiterbewegung, im rückhaltlosen Ausschreiten menschlicher Hoffnungen und Verbrechen, im Wahrnehmen eines endlosen Kontinuums immer gleicher Formen von Gewalt und Ausgrenzung nach Keimen lebensbewahrender Erneuerung sucht.

In jenem Lande, wo der Antifaschismus Staatsdoktrin war, wurde der Roman mit einer kleinen, schnell vergriffenen Auflage in akademische Randzonen verbannt. Trotzdem wurde der Roman schnell zum Geheimtip, auch hier von den einen zum Jahrhundertbuch, von den anderen zum linken Heimatroman erklärt. Dauernde Spuren einer intensiven Auseinandersetzung mit der Arbeit von Peter Weiss finden sich im

Kunstschaffen der achtziger Jahre, auffällig in Volker Brauns *Übergangsgesellschaft*, verhaltener im Tonfall einer jüngeren Lyrik-Generation und wohl am kraftvoll eigenständigsten in der Bild-Welt von Hubertus Giebe und Fritz Cremer.

Die direkte politische und ästhetische Auseinandersetzung mit dem Roman dagegen ist schriftlich nur vereinzelt dokumentiert. Die vorliegenden Texte geben ein Zeugnis dieser gebremsten Wirkungsgeschichte. Ihren Mittelpunkt bilden Gespräche und Einzelstudien von Mitarbeitern aus unterschiedlichen Fachrichtungen, die sich seit 1984 in einer Arbeitsgruppe an der Friedrich-Schiller-Universität zu Jena mit der *Ästhetik des Widerstands* auseinandersetzen. Der Roman von Peter Weiss kam, wie kein zweites, den Erfahrungen der Beteiligten, ihrem Verlangen nach Bewegungs- und Orientierungsmöglichkeiten in einer zum Zerreißen gespannten, einer sich hektisch beschleunigenden und zugleich stagnativ empfundenen Wirklichkeit entgegen. Mit Weiss schien ein Sprechen über noch immer oder wieder tabuisierte Bezirke der Geschichte möglich, eine Re-Vision der lang verdammten Moderne, ein Fragen nach Möglichkeiten und Grenzen von Avantgarden in Kunst und Politik, mehr ein Brückenschlag zur wenig später einsetzenden „Perestrojka“ und dem Anspruch auf „Neues Denken“. Einer dokumentarisch angelegten Rekonstruktion von Weiss' DDR-Erfahrungen als Schreibimpulse der *Ästhetik des Widerstands* stehen in kontrastierender Erweiterung Wortmeldungen aus anderen Perspektiven von Berlin bis New York gegenüber.

Vierhalb Jahre nach der „berühmten“ WAA-Anhörung in Neunburg vorm Wald stand im Januar in Bayern erstmals wieder ein atomrechtlicher Erörterungstermin auf der Tagesordnung: der Einsatz der gefährlichen, weil plutoniumhaltigen MOX-Brennelemente in Siedewasserreaktoren, konkret in den beiden Atomkraftwerken in Gundremmingen. Der MOX-Erörterungstermin, der vom 14.-19. Januar in Augsburg stattfand, ist mit den bisherigen Erörterungsverfahren nicht zu vergleichen, nicht zuletzt deswegen, weil eine psychologisch geschulte Verhandlungsleitung fast jede zusammenhängende Argumentation der EinwenderInnen verhinderte.

Inhalt der Erörterung sollte eine geplante Weltpremiere sein: noch nirgends wurden MOX-Brennelemente in einem so gigantischen Ausmaß in einem Siedewasserreaktor eingesetzt, wie es RWE und Bayernwerk in Gundremmingen beabsichtigen. Mehr als 40000 Einwendungen wurden gegen diese Pläne beim Bayerischen Umweltministerium eingereicht.

Eine Behörde organisiert die psychologische Kriegsführung

Dem bayerischen Umweltministerium stecken die Erfahrungen des WAA-Erörterungstermin 1988 noch tief in den Knochen. Eine ähnlich blamable Vorstellung mußte beim MOX-Termin auf alle Fälle verhindert werden. Darum sollte diese Erörterung ganz anders verlaufen.

Der erfahrene Erörterungsterminleiter Rudolf Mauker wurde durch die Juristin Edeltraud Böhm-Amtmann ausgetauscht, die sich in der Vergangenheit als willige Dienerin der CSU-Umweltminister bewährt hat.

Das Ministerium unterzog sich eine psychologischen Schulung eines früheren Polizeipsychologen.

Mitarbeiter des psychologischen Dienstes mischten sich unter die EinwenderInnen und setzten sich an die Presstische.

Sämtliche Foto-, Film- und Tonaufnahmen wurden verboten.

Pressekonferenzen der Initiativen wurden durch gleichzeitige Anwesenheit von vier Ministeriumsmitarbeitern „beobachtet“.

Anhörung über Einsatz von MOX-Brennelementen

— Seit der Bekanntmachung des Erörterungstermin wurden jede Akteneinsicht verweigert, selbst dem Rechtsanwalt und der Stadt München.

— Die Versammlungshalle wurde durch einen Wall von Containern geschützt. Der Zutritt war nur durch diese Container möglich, wobei bis zu dreimal jeweils zwei Ausweise vorgezeigt werden mußten.

— Während die Antragsteller vom RWE Bürocontainer direkt neben der Halle erhalten haben, mußten die EinwenderInnen mehr als 400 Meter entfernt, außerhalb des Containerwalls ihre Infrastruktur einrichten.

All dies hat nach Ansicht von Frau Böhm-Amtmann natürlich überhaupt nichts mit Behinderung oder gar Schikane zu tun, sondern ist ihrer Meinung nach juristisch einwandfrei.

Der spärliche Inhalt einer dreitägigen Erörterung

Das Umweltministerium hatte die vorliegenden Einwendungen in 55 Themen gegliedert und wollte diese Punkt für Punkt abarbeiten. Wesentliche Einwendungen waren darin jedoch gar nicht enthalten, wie z.B. die Vollständigkeit der Antragsunterlagen, die Zuverlässigkeit der Betreiber, das Transportrisiko oder die Erforderlichkeit des MOX-Einsatzes. So mußten in einem zähen Ringen mit der Verhandlungsleiterin erstmal grundsätzliche Fragen geklärt werden.

Erster Punkt war die Aktenlage. Die bisherigen 11 Teilgenehmigungen für den Bau und Betrieb des AKW wurden nämlich bisher nicht bei den Akten geführt. Wie aber sollen EinwenderInnen die Gefährlichkeit von neuen Brennelementen einschätzen können, wenn die bisherige Genehmigungssituation nicht klar wird? Weiter fehlte eine ordnungsgemäße Umweltverträglichkeitsprüfung. Die Verweigerung der Akteneinsicht ist ein eklatanter Verstoß gegen die seit 1.1.93 gültige EG-Umweltinformationsrichtlinie.

In einem weiteren Schritt wurden die von den Betreibern vorgelegten Antragsunterlagen geprüft. Dabei stellte sich heraus, daß die Betreiber nicht mal in der Lage sind zu sagen, welche Zusammensetzung das Plutonium in der MOX-Brennelementen haben wird. Für viele Sicherheitsfragen, wie die Steuerbarkeit oder das Störfallverhalten ist es natürlich von zentraler Bedeutung, die Zusammensetzung des Brennstoffs zu wissen. Ebenso machten sie keine verbindlichen Angaben über die Beladestrategie, d.h. wo innerhalb des Atomkraftwerks welche Brennelemente eingesetzt werden sollen. Desgleichen weigerten sie sich, konkrete Aussagen über den „Abbrand“, also die Einsatzdauer der MOX-Brennelemente zu treffen.

Nachdem deutlich wurde, wie spärlich die vorgelegten Unterlagen der AKW-Betreiber sind, begannen die EinwenderInnen am dritten Tag die Richtigkeit der Unterlagen anzusprechen. Dabei kam heraus, daß selbst elementarste Angaben, wie die Anzahl der verzöger-

ten Neutronen, im Sicherheitsbericht falsch angegeben sind.

Als selbst diese Fragen von den Antragstellern nicht geklärt wurden, war der Geduldsfaden für die EinwenderInnen gerissen. Der Erörterungstermin stellte sich als sinnlose Veranstaltung heraus, weil angesichts des miserablen Zustands der Antragsunterlagen und einer redseligen Verhandlungsleitung die wirklichen Fragen nicht auf den Tisch kamen. Das „Schutz vor MOX-Bündnis“ beschloß deshalb am Ende des dritten Tags die Erörterung, die immer noch bei Tagesordnungspunkt 1.1. verharrete, zu verlassen. Die restlichen 54 Tagesordnungspunkte wurden dann in weniger als 6 Stunden abgehandelt.

Fazit 1: Ohne KritikerInnen diskutiert sich einfach leichter.

Fazit 2: Die Auseinandersetzung um die MOX-Brennelemente ist nach dem Erörterungstermin noch lange nicht beendet.

— (Rudi Amannsberger)



Eine MOX-Anhörung nach den Regeln der psychologischen Kriegsführung

Dokumentiert: Offener Brief des ZK der MLPD an den Parteivorstand der PDS zu den Bundestagswahlen 1994

Vorschlag des ZK der MLPD für die Bildung eines gemeinsamen Wahlbündnisses zu den Bundestagswahlen 1994

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wenden uns heute mit dem Vorschlag zur Bildung eines Wahlbündnisses zu den Bundestagswahlen 1994 an Euch.

Die PDS wie die MLPD lehnen das volksfeindliche Bonner Krisenprogramm zur Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Massen ab. Uns verbindet der gemeinsame antifaschistische Kampf, die Verteidigung des uneingeschränkten Asylrechts sowie die entschiedene Ablehnung des weltweiten Einsatzes deutscher Truppen.

Gemeinsam droht uns auch die Gefahr, bei den nächsten Bundestagswahlen — zur Freude der Reaktionäre — an der undemokratischen Fünf-Prozent-Sperrklausel zu scheitern. Damit würden die Kräfte links von der SPD in den Augen vieler Wähler in die bundespolitische Bedeutungslosigkeit versinken.

Ein gemeinsames Wahlbündnis, welches die wichtigsten tagespolitischen Forderungen der Werktätigen aufgreift, könnte dagegen für alle Menschen, die sich angewidert von den bürgerlichen Parteien abwenden, eine wählbare Alternative links von der SPD sein.

Die zwischen MLPD und PDS bestehenden grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten würden dadurch nicht beseitigt.

Wir erwarten von Euch nicht, daß ihr Grundsatzpositionen aufgibt. Ebenso selbstverständlich ist es für uns, im Wahlkampf als Sozialistische Alternative anzutreten und unsere Kritik am „realen Sozialismus“ zu verbreiten. Dennoch sollte dies einer konkreten politischen Zusammenarbeit im Wahl-

kampf nicht im Wege stehen. Bei Bundestagswahlen wird ohnehin nicht über den Sozialismus entschieden.

Unser Vorschlag wäre auf jeden Fall ein konkreter, heute möglicher Schritt gegen die Spaltung und für die Arbeitereinheit in Ost und West. Er würde die Entwicklung des außerparlamentarischen Kampfes ein Stück weit voranbringen.

Für die MLPD ist es nicht wichtig, möglichst viele Kandidaten auf einer gemeinsamen Liste zu haben. Auch legen wir keinen Wert auf die vorderen Listenplätze.

Unter welchen Bedingungen wäre ein Wahlbündnis MLPD/PDS bei den Bundestagswahlen '94 möglich?

1. Von seinem Charakter her muß es ein praktisch-politisches Bündnis sein, das sich auf eine gemeinsame Wahlplattform stellt. Die Wahlplattform muß ihren Hauptstoß gegen das volksfeindliche Bonner Krisenprogramm richten und die gegenwärtig wichtigsten tagespolitischen Forderungen für die Herstellung der Arbeitereinheit in Ost und West enthalten.

— Gegen Massenarbeitslosigkeit und das volksfeindliche Bonner Krisenprogramm. Für ein Sofortprogramm für den Erhalt und die Schaffung von fünf Millionen Arbeitsplätzen. Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in Ost und West.

— Für den Erhalt und die Erweiterung der bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten — gegen die Faschisierung des Staatsapparates. Für die Verteidigung des uneingeschränkten Asylrechts für politisch verfolgte Demokraten, Antifaschisten und Marxisten-Leninisten.

Verbot aller faschistischen Organisationen. Verpflichtung der Massenme-

dien zur antifaschistischen Aufklärung. Aufhebung der undemokratischen Fünf-Prozent-Sperrklausel.

— Rette die Umwelt vor der Profitgier. Sofortiger FCKW-Stop! Schutz der tropischen Regenwälder. Strafrechtliche Verfolgung der Konzerne, die an der Zerstörung der Regenwälder beteiligt sind. Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene. Ausbau des öffentlichen Personen-Nahverkehrs und Einführung des Nulltarifs. Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie.

— Gegen die Militarisierung von Staat und Gesellschaft — für Internationale Solidarität und Völkerfreundschaft. Keine deutschen Truppen ins Ausland. Auflösung von NATO, WEU und ihrer schnellen Eingreiftruppen.

2. Unter der Bedingung, daß die in der Wahlplattform vereinbarte Politik mitgetragen wird, bleibt es jedem Teilnehmer des Wahlbündnisses freigestellt, seine eigenständige Agitation und Propaganda im Wahlkampf zu betreiben. Das schließt die Verbreitung der prinzipiell unterschiedlichen Grundsatzpositionen von MLPD und PDS zu Weg und Ziel der Arbeiterbewegung mit ein. Ebenso die eigenständige Aufstellung von Direktkandidaten von PDS und MLPD in ihren jeweiligen Schwerpunktkreisen.

3. Das Wahlbündnis darf die zwischen MLPD und PDS bestehenden prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten nicht verwischen. Es versteht sich nicht als neue „Linke Sammelbewegung“. Die laut Wahlgesetz notwendige Gründung einer Wahlpartei als konkrete Form des Wahlbündnisses beschränkt sich auf die Herstellung der juristischen Voraussetzungen für die Wahlzulassung.

Unterstützt und verbreitet den Gedanken eines Wahlbündnisses zu den Bundestagswahlen 1994! Stärkt die Arbeitereinheit in Ost und West und nicht die Spaltung! In Erwartung einer baldigen Antwort Vorsitzender des Zentralkomitees der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD)

Stefan Engel Essen, den 27. Januar 1993

Diskussion über Inhalte wäre gut

Die inhaltlichen Schwerpunkte, die sich die MLPD setzt, scheinen uns diskussionsbedürftig und nicht ausreichend. Warum z.B. in dem Forderungsteil die Gegnerschaft zum Ausländergesetz, für gleiche Rechte für die ausländischen Werkstätten und für das Wahlrecht für Ausländer nicht enthalten sind, ist nicht ganz ersichtlich. In unseren Augen sind das Forderungen, für die sich gerade die Linke einsetzt.

Forderungen zur Sozialpolitik, wie Renten, Forderungen zum Gesundheitswesen, gegen §218 und zur Wohnungspolitik sind überhaupt nicht enthalten. Über Forderungen, die den Ausbeutungsbedingungen der Kapitalisten Schranken setzen (Akkordarbeit, Nachtarbeit etc.), sollte diskutiert werden.

Die Vorstellung, eine „Wahlpartei“ zu gründen, ist gewiß nicht neu. Schlechte Erfahrungen konnte man in den letzten Jahren mit der Friedensliste und dem Linke Liste-Projekt bei den letzten Wahlen machen. Die Positionen scheinen uns unrealistisch. Wer bestimmt die Politik, wenn die Partei in den Bundestag kommt? Wir verstehen den Punkt 3. so, daß die Wahlpartei nach der Kandidatur faktisch nicht mehr bestehen soll. Warum dann zusätzlich einzelne Organisationen das Recht haben sollen, „eigenständige“ Direktkandidaten „in ihren jeweiligen Schwerpunktkreisen“ aufzustellen, bleibt uns unklar. Geht es der MLPD dabei darum, ihre Parteieigenschaft zu sichern (eine Partei muß alle sechs Jahre zu Wahlen kandidieren)?

Die organisatorischen Vorschläge der MLPD sind wenig überzeugend. Trotzdem ist mit der inhaltlichen Positionsbestimmung ein erster Schritt für eine gemeinsame Politik gegen die Faschisierung des Staates getan. Die inhaltliche Diskussion sollte aufgegriffen werden, dann findet man auch leichter organisatorische Formen für die Wahl. — (jöd)

Termine

13.2. Zentraler Roter Tisch: Öffentliche Diskussion zu programmatischen Orientierungen bestehender kommunistischer/sozialistischer Organisationen mit einleitenden Beiträgen von Vertretern des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD, des BWK, der DKP, der Kommunistischen Plattform in der PDS, der KPD und der PDS. Samstag, 11 Uhr, DKP-Bezirksbüro, Volgersweg 6, Hannover.

20.2. Erste landesweite Konferenz zur Bildung einer Linken Liste Niedersachsen. Als TO ist vorgeschlagen:

- Beratung und Verabschiedung eines „Aufruf zur Bildung einer Linken Liste Niedersachsen“.
- Beratung über und Bildung von offenen Arbeitsgruppen zur Erarbeitung von programmatischen Positionen.
- Zeitplanung für die weitere Arbeit zur Bildung einer Linken Liste Nds.
- Wahl/Benennung eines Koordinationskreises zur Durchführung der nächsten Konferenz.

Ort: Hannover; Freizeitheim Linden; Windheimstr. 3, 10 bis 18 Uhr.

21.2. Erstes Herausbertreffen der Antifaschistischen Nachrichten, von 9 bis 16 Uhr, im Karl-Liebknecht-Haus, Leverkusen. Einladet ist ein Kreis von Personen aus verschiedenen Organisationen, die im antifaschistischen Kampf tätig sind. Sie schreiben: „Wir sind an einer Zusammenarbeit aller antifaschistischen Kräfte interessiert. Die Antifaschistischen Nachrichten sind ein Mittel, den Dialog zwischen uns zu fördern.“ Beraten werden sollen u.a. Redaktionsgrundsätze, ein Vorschlag für die Organisationsform, inhaltliche Verbesserungen des Heftes. Nähere Informationen bei: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, Tel. 0221/245643.

21./22.2.93. Treffen der Kurdistan-Solidaritätsgruppen in Frankfurt, 3.-Welt-Haus, Westerbachstr. 40, Übernachtung; Haus der Revolution, Deutscherhrufer 12. Anmeldung bis 12.2. bei: Kurdistan-Komitee Karlsruhe, c/o GNN-Verlag, Postfach 2748, 7500 Karlsruhe.

27./28.2. Konferenz für eine „Internationale Kampagne zur Verteidigung des Lebens von Abimael Guzman“ (verhafteter Vorsitzender der peruanischen Organisation „Leuchtender Pfad“ in Duisburg. Nähere Informationen über: I.E.C. Unterstützer in Deutschland, Telefon 030/6127491, Fax 030/6115021.

März Voraussichtlich 2. und 3. Lesung des neuen Asylrechtsartikels 16a im Grundgesetz im Bundestag. Geplant ist von verschiedenen Trägerkreisen u.a. eine Demonstration in der Bannmeile vor dem Bundestag. Außerdem soll ein öffentliches Hearing stattfinden. An vielen Orten bereiten lokale Bündnisse die Aktionen vor.

13./14.3. 13. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz des BWK in Köln.

20./21.3. Treffen der Arbeitsgemeinschaft Ost-West-Solidarität im Gesundheitswesen bei Stuttgart. Themen u.a.: Statistische Unterlagen zu den Ursachen der „Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen. Anmeldung: GNN-Verlag, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz

20./21.3. Außerordentliche zentrale Delegiertenkonferenz der VSP zur Klärung des Verhältnisses von VSP und IV. Internationale. Beginn 12 Uhr, in Duisburg.

8.5. Frühjahrstagung der GNN-Verlage, Jugendgästehaus, Köln.

9.5. Frühjahrskonferenz des Arbeitskreises Politische Berichte. Jugendgästehaus, Köln.

29.7. bis 4.8. „Linke Sommerschule“ 1993: 30. Juli (Anreise 29.7.) bis 3. August (Abreise 4. August); Kinderbetreuung wird diesmal angestrebt. — Die Themen der Kurse stehen noch nicht fest; die Beteiligung weiterer linker Kräfte ist erwünscht.

16./17.10. Herbstkonferenz der 13. Bundesdelegiertenkonferenz des BWK in Köln.

Der Autor des folgenden Beitrags ist der Gautinger Maler Stefan Britt. Zur Gruppe seiner Schüler, dem „Malerkolleg“, gehört auch Hans Waschkau, dessen Bilder Dezember 1992 und Januar 1993 in München in der Galerie des DGB-Bildungswerkes ausgestellt waren. Auf diese Ausstellung bezieht sich die Besprechung. Auf der nächsten Gemeinschaftsausstellung des „Malerkollegs“ werden auch Bilder von Hans Waschkau zu sehen sein. Sie findet statt in der Kreissparkasse Starnberg, Wittelsbacher Straße 9, und beginnt Donnerstag, den 25. Februar, um 19 Uhr. Anschließend ist sie bis zum 26. März zu sehen, jeweils Montag bis Freitag 8.30 Uhr bis 16 Uhr, Donnerstag bis 18 Uhr.

Eine Ausstellung von Bildern, Zeichnungen und Druckgrafik, in der man auf die im kommerziellen Kunstbetrieb üblichen Mittel der Publikumsbeeinflussung anscheinend bewußt verzichtet hat, ist bis Ende Januar im

Eine ungewöhnliche Kunstausstellung: Skizzen, Bilder, Drucke von Hans Waschkau

Münchner Gewerkschaftshaus zu sehen.

Statt verschwenderischer Rahmen und Glanzkataloge, statt verkaufswirksamer Präsentation, bietet diese Ausstellung viele offene und nützliche Informationen über den Maler Hans Waschkau und seine Arbeit:

Man lernt politische Grundhaltung und bildnerische Absichten des Künstlers kennen, man erfährt, wo er seine Ideen hernimmt, welche technischen Mittel er sich angeeignet hat und bei wem. Die für mich wichtige Frage, ob die Zielgruppe seines Ausdrucks zugleich die Gruppe ist, der er sich selber zuzählt, beantwortet Hans Waschkau durch den eindringlichen Ernst, mit dem er seine Porträtstudien ausführt.

Talent ist kein sanftes Ruhekitzen

Ohne Vorwarnung tauchte vor einigen Jahren der Programmierer Hans Waschkau in einem meiner maltechnischen Kurse an der Münchner Volkshochschule auf. Bald wurde er festes Mitglied in unserem sogenannten „Malerkolleg“.

Wir schätzen ihn seitdem als lebenden Beweis gegen die Legende, jemand könne, ohne Hilfe des Verstandes, allein mit dem Bauch malen.

Er malt und denkt — und denkt und malt, seit ich ihn kenne, mit einer kaum noch zu steigenden Intensität. Dennoch erscheinen die an den Bildern erkennbaren Zeichen von Veränderung und malerischem Fortschritt heute in kürzeren Zeitabständen als früher. Eine Art persönlicher Leistungskurve scheint also steiler nach oben zu führen.

Hans Waschkau gelang zum Beispiel die zielstrebige Nutzung einer von mir eher zufällig erwähnten — „Perzeptionismus“ genannten — Methode der Verwendung von Farbabstufungen im Bilde und der einschlägigen Literatur (1).

Letztes überzeugendes Ergebnis ist das in diesem Jahr fertiggestellte große Bild von der „Auferstehung“ des deutschen Militarismus. Die Grüntöne seines Hintergrundes leuchten gespenstisch und geben dem Bild eine suggestive Kraft.

Gute politische Kunst — eine Ausnahme?

Guernica und sein Maler Picasso sind unbestritten politisch und sie sind unbestritten gut. Vedova (2) ist ebenso politisch und seine Bilder sind gut, aber sind seine Bilder auch politisch? Viele Surrealisten waren Mitglieder der französischen KP. Sie weigerten sich empört, irgendwelche politisch-illustrative Kunst zu machen mit der Begründung, der Surrealismus sei bereits seiner Natur nach revolutionär. Aber Dali war am Ende weder gut noch revolutionär. Und die Avantgarde der Oktoberrevolution? Vielen hat man übel mitgespielt. Wie viele konnten ihr Engagement in die neue Heimat USA hinüberretten? Die DDR hat einige profilierte Künstler hervorgebracht. Was machen die jetzt?

Aufrechter Gang erweitert den Horizont

Hans Waschkau nennt als Vorbilder John Heartfield und René Magritte. Heartfield hat die Technik der (gesellschaftskritischen) Photomontage zur Kunst entwickelt, Magritte berichtet genauestens von der „Surrealität des Alltags“. Was die beiden scheinbar so verschiedenen Künstler verbindet, ist vielleicht eine Erfahrung, die jeder macht, der mit der Wahrnehmung experimentiert:

„Je genauer ich ein Ding stu-

diere, um so fremder — oder befremdlicher — erscheint es mir.“ Das gilt für das Hören der Tagesnachrichten ebenso wie für das Zeichnen einer Ameise.

Wenn ich versuche, Bildteile verschiedener Herkunft zu einem einzigen Bild mit widerspruchsfreier Perspektive zu montieren, so muß ich die unterschiedlichen Horizontlinien der Teile auf eine gemeinsame Linie bringen. Wie leicht mir das fällt, hängt nicht zuletzt von meiner Bereitschaft ab, meinen eigenen „Standpunkt“ zu verändern.

Daß die nächste Ausstellung Hans Waschkaus, sich mit den Terminen unseres Malerkollegs ebenfalls auf eine gemeinsame Linie bringen lassen wird, hoffe ich sehr, denn auf seine weitere Arbeit darf man mit Recht neugierig sein — und, er hat ja eben erst so richtig angefangen.

— (Stefan Britt)

(1) siehe folgenden Beitrag

(2) Emilio Vedova, italienischer Maler, geb. 1919, wird dem abstrakten Expressionismus zugeordnet

Perzeptionismus

Die Theorie des Perzeptionismus („Perzeption“ = visuelle Wahrnehmung) wird entwickelt im Buch „Schöpferische Farbe“ des Amerikaners Faber Birren, deutsche Ausgabe im Werk-Verlag, Winterthur (Schweiz):

„Die Kunst der Farbe hat vieles den Psychologen zu verdanken, denn sie haben die Eigenarten des menschlichen Sehvorgangs enthüllt. Sie betrachten Farbe als sehr persönliche Gefühlsempfindung, auch wenn die Wirkung von der Lichtquelle abhängig ist. Farbe ist — in anderen Worten — eine Interpretation des Auges und des Geistes, eine innere Reaktion, die wenig mit Physik und Chemie zu tun hat. ... Um in der Kunst der Farbe neue Erkenntnisse zu gewinnen, muß man nicht die objektiven, sondern die subjektiven Faktoren studieren.“

Anwendungen sind beispielsweise: „Das Gesetz der Flächenproportionen — die größte Fläche bestimmt die Beleuchtungsqualität, gegen welche die verschiedenen Effekte ausgespielt werden können ...“

Der Glanzeffekt — reine und intensive Farblichter auf einem durchgehend gedämpften Hintergrund sowie Akzente von reinen Farben auf gleichmäßig dunklem Hintergrund ...

Das Leuchten — eine Farbe muß unter den gleichen Bedingungen heller erscheinen als Weiß, wenn sie als schimmernd gelten soll ...

Das Schillern — reine und aufgehellte Farben auf einer gedämpften Grundfläche ...

Farbiges Licht — auffallende Farbwirkungen sind viel mehr von der meisterhaften Beherrschung der Beleuchtung abhängig als von der harmonischen Anordnung der Farben ...“



Ende der Spätschicht, Hans Waschkau, 1985 — 1989, Acryl auf Hartfaser, 90 cm x 110 cm



Auferstanden aus Ruinen, Hans Waschkau, 1992, Acryl auf Nessel, 140 cm x 110 cm



Der apokalyptische Reiter, Hans Waschkau, 1990, Acryl auf Nessel, 100 cm x 123 cm

Bilderbuch



Skizzen von Elisabeth Mayr und Hans Waschkau

Zur Ausstellung ist eine Broschüre mit Skizzen von Elisabeth Mayr und Hans Waschkau erschienen. Sie kostet 8 DM inkl. Porto und Verpackung. Bestellungen bei Hans Waschkau, Welßenburger Str. 36, 8000 München 80 (bitte Verrechnungsscheck beilegen).

AUSSTELLUNG MALERKOLLEG STEFAN BRITT



C. IRMHOF
B. HEINRIGS
U. MÖLLER
M. DIETRICH

B. JACOBY
G. SCHNEIDER
A. VOGEL
H. WENGLER

10.12.92 - 17.2.93 im Gasteig München

Die Gemeinschaftsausstellungen des „Malerkollegs“ Stefan Britt zeigen, daß sich in dieser Gruppe ganz unterschiedliche Künstlerpersönlichkeiten entwickeln können.

Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- 6 Ausgaben für 10 Mark (bellegen) zum Kennenlernen.
- Im Halbjahres-/ Jahresabo (32,50 bzw. 65,- DM je Einzelabo)
- Im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).
- Halb-/ Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank)

Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

4/93

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistankomitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 8000 München 2), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz), Werner Thümmeler (über: GNN, Czerninski Str. 5, W-1000 Berlin 62).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65,- DM (Förderabo 78,-

DM). Für Bezueher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volkfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volkfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volkfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czerninski Str. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1

GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverlag, Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Schwanthaler Str. 139, 8000 München 2

für Bezueher aus Ostdeutschland

GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz